**Zeitschrift:** Das Konzept : die Monatszeitung

**Herausgeber:** Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

**Band:** 2 (1973)

**Heft:** 7

**Heft**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

A. Z. 8021 Zürich 2. Jahrgang Nr. 7 20. Dezember 1973
Erscheint monatlich

# konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

**Redaktion:** Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber

**Redaktions- und Verlagsadresse:** Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telephon ☏ (01) 47 75 30

**Abonnemente:** Jahresabonnement Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.— Bestellungen beim Verlag

**Inserate:** Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

**Abonnements-Geschenk-Aktion 3 für 2 Talon in dieser Nummer**

**«Brecht-Theater» ist nicht Brecht-Theater**
Der Regisseur Klaus Völker über Brechts Theorie und Praxis heute *Seite 3*

**Hinter Erkenntnis stehen immer Interessen**
Es gibt Wissenschaft, die die Welt verändert, und solche, die Unrecht stabilisiert *Seite 5*

**Das Chaos aus dem Norden importieren . . .**
In der BRD funktioniert die Mitbestimmung, ohne ein Wirtschaftschaos zu verursachen *Seite 6*

**«Lieber Onkel Adolar»**
Der «konzept»-Briefkastenonkel steht mit Rat und Tat an ihrer Seite *Seite 6*

**Forschungsförderung in forschen Schritten?**
Zusammenfassung und Kommentierung des Forschungsberichtes vom Schweiz. Wissenschaftsrat *Seite 7*

**Presseherbst**
Eine Untersuchung des Zeitungssterbens in der Schweiz, insbesondere des Eingehens der Zürcher «AZ» *Seite 11*

Am Flimmerkasten wird Parteilichkeit für Unparteilichkeit verkauft

# Tagesschau — objektiv für wen?

**In der zweiten Dezemberwoche erscheint die Tagesschau-Analyse der Arbeitsgruppe Kritische Publizistik (AKP) unter dem Titel «Welttheater für Eidgenossen» im Buchhandel. Wir haben die Autoren – eine Gruppe von zwölf Zürcher Publizistikstudenten – gebeten, ihre Gedanken über die Objektivität als zentralen Begriff bürgerlicher Medienpraxis für die «konzept»-Leser zusammenzufassen und gleichzeitig zwei weitere Neuerscheinungen über Objektivität bzw. das Schweizer Fernsehen in die Diskussion einzubeziehen. Red.**

Der Begriff Objektivität ist für die bürgerliche Publizistik so zentral wie der Begriff der Wertfreiheit für die bürgerliche Wissenschaft. Im Gegensatz zur Wertfreiheit wird die Objektivität indessen weit weniger diskutiert und in Frage gestellt. Objektivität wird heute sowohl für die politisch kontrollierten Monopolmedien Radio und Fernsehen gefordert wie auch für die privatwirtschaftlich organisierte Informationspresse.

Die bundesrätliche Konzession für die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) verpflichtet Radio und Fernsehen auf *«eine objektive, umfassende und rasche Information»*. Und die SRG-Richtlinien für Informationssendungen – laut «Tagesschau»-Chef Robbiani *«unser Katechismus und Gesetz»* – erheben die Objektivität zum *«obersten Ziel der Informationstätigkeit»*. Das berüchtigte Postulat der SVP-Parlamentarier Akeret und Krauchthaler rügte *«die oftmals ungenügende Objektivität und Ausgewogenheit»* der Radio- und Fernsehsendungen. *«Der oberste Grundsatz, den die SDA ihrer Tätigkeit zugrunde legt, ist die Ausrichtung auf sachliche Richtigkeit und Objektivität in jeder Hinsicht»*, heisst es in der *«Wegleitung für Korrespondenten»* der Schweizerischen Depeschenagentur. Auch die Informationspresse pocht gern auf ihre Objektivität, etwa die *«Weltwoche»*, die sich als *«objektive, kritische Informationsquelle»* anpreist.

## Definitions-Wirrwar

Der Begriff Objektivität nimmt zwar im Ideologietempel der bürgerlichen Massenmedien einen Ehrenplatz ein. Darüber, was Objektivität denn wirklich ist, bestehen indessen beinahe so viele verschiedene Ansichten wie Fachleute. Meist wird der ominöse Begriff negativ umrissen: Massenmedien sollten unparteiisch, nicht einseitig, nicht tendenziös, nicht propagandistisch und vor allen Dingen nicht manipulierend berichten. Positive Erklärungsversuche betonen höchst unterschiedliche Aspekte, wie die im Kasten aufgeführten Definitionen illustrieren.

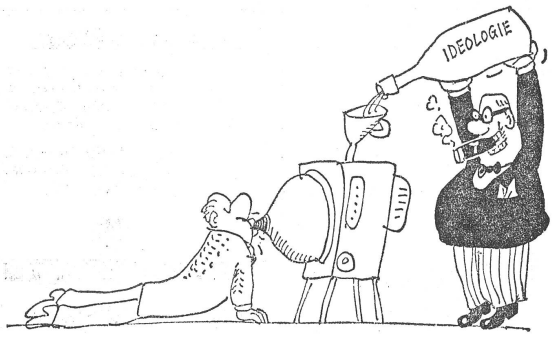
Den Widerspruch zwischen zentralem Stellenwert des Objektivitätsbegriffs und der grossen Unsicherheit bei dessen inhaltlicher Bestimmung versucht unter anderem der erste Band einer SRG-Schriftenreihe zu mindern (der bei der Pressestelle des Schweizer Fernsehens, Postfach, 8052 Zürich, gratis angefordert werden kann): *«Fernsehen: Stichwort Objektivität»*. Auch Jürg Toblers *«Bemerkungen zur Politik am Schweizer Fernsehen und zum Fernsehen der Schweizer Politik»*, die unter dem Titel *«Guten Abend, liebe Zuschauer»* bei Huber in Frauenfeld erschienen sind, befassen sich in einem Kapitel mit der «Illusion der Objektivität».

Die neue SRG-Taschenbuchreihe *«Fernsehen: Stichwort . . .»* hat zum Ziel, *«allmählich eine gemeinsame Sprache zu finden oder vielmehr zu entwickeln, in der sinnvoll über Medienbelange diskutiert werden kann»* – so der Herausgeber, der Zürcher Assistenzprofessor für Publizistik Ulrich Saxer, im Geleitwort. Damit sich diese Diskussion von vornherein innerhalb eines (bereits politisch bestimmten) Rahmens abspielt, unterscheidet Saxer vier Positionen in der Objektivitätsdebatte – um zwei davon gleich aus der Diskussion auszuschliessen, nämlich die uneingeschränkten Befürworter des Objektivitätspostulats (etwa die SVP) und den hier vertretenen Standpunkt.

Die hier interessierenden und diskutierten Objektivitätsdefinitionen bewegen sich auf der pragmatischen Ebene des Journalismus und nicht auf einer theoretisch-philosophischen Ebene wie etwa im Philosophischen Wörterbuch von Klaus/Buhr: *«Einer Aussage, Theorie usw. kommt Objektivität zu, wenn es in der objektiven Realität Sachverhalte gibt, die unabhängig von der Aussage, Theorie usw. und dem, der sie aufstellt, sind und die so beschaffen sind, weil es in der Aussage, Theorie usw. behauptet wird»* (vgl. auch Klaus: «Die Macht des Wortes», Berlin [3]1972, S. 94 ff.). Denn primär ist ja von Interesse, was diejenigen unter objektiver Information verstehen, von denen diese permanent gefordert wird.

In den gängigen Definitionsversuchen von Journalisten, Politikern oder Publizistikwissenschaftern lassen sich mindestens folgende fünf Elemente ausmachen:

1. *Objektivität wird garantiert durch die journalistische Ethik.*
2. *Objektivität bedeutet die Beschränkung auf wertfreie Nachrichten, formuliert in einer neutralen Sprache.*
3. *Objektivität wird erreicht durch ausgewogene Berücksichtigung der verschiedenen Standpunkte.*
4. *Objektiv ist, worüber sich Publizisten und Publikum einig sind.*




5. *Bildinformationen sind objektiv, weil das Kameraobjektiv die Realität objektiv wiedergibt.*

Wir versuchen im folgenden, wo möglich anhand unserer Untersuchungsergebnisse, zu zeigen, dass die «Tagesschau» (wie andere Medien auch) den selbst formulierten Ansprüchen nicht gerecht wird – und auch nicht gerecht werden kann.

## 1. Reif, ehrlich ausgebildet

Für «Tagesschau»-Chefredaktor Robbiani ist Objektivität eine Frage des Subjekts: Bester oder gar einziger Garant für Objektivität ist das journalistische Ethos, ist der reife, ehrliche, gut ausgebildete Journalist. Diese Vorstellung vom menschlich reifen und fachlich vollkommenen Medienschaffenden ist bürgerlichem Idealismus entsprungen. Sie verlegt ein gesellschaftliches Problem auf die individuelle Ebene, auf die Ebene des angeblich unabhängigen, über allem Parteiengezänk thronenden *«Hüters der Demokratie»*, wie sich Journalisten bisweilen gerne selbst bezeichnen. Sie vergisst, dass in Berichten über Ereignisse – wie in den Ereignissen selbst – bestimmte gesellschaftliche Interessen verwirklicht werden.

Diese Vorstellung lässt auch ausser acht, dass Journalisten in Kindheit, Erziehung und Beruf weitgehend auf die vorherrschenden Normen dieser Gesellschaft sozialisiert worden sind. Eine (Tagesschau»-)Redaktion ist kein Tummelplatz, der Individualisten einen unbeschränkten Spielraum lässt. Redaktionen – jene in Monopolmedien besonders – sind Institutionen, denen von der Gesellschaft ganz bestimmte Grenzen gesetzt werden. Werden diese

## Objektivitäts-Definitionen

**«Das Lexikon sagt, die Objektivität sei eine Qualität, die die Realität zur Grundlage habe. Nun, der Fernsehjournalismus ist Realität. Wir widerspiegeln die Ereignisse, wir lassen Persönlichkeiten sprechen. Also müsen wir potentiell objektiv sein, wenn wir das Medium Fernsehen in verantwortungsvoller Weise anwenden. Natürlich sind Manipulation und Subjektivität möglich, vor allem auf der Ebene der Auswahl von Nachrichten. In unserem Beruf gibt es nur eine Regel: Sich sein Handeln nicht von den Regeln bestimmen zu lassen. Der Fernsehjournalismus ist Improvisation. Für mich bedeutet Objektivität in erster Linie menschliche Reife, Ehrlichkeit und berufliches Wissen. Der qualifizierte Journalist, auch ohne Direktiven und Ehrenkodexe, ist ehrlich und objektiv.»**

**Tagesschau-Chefredaktor Dario Robbiani im Fernsehfilm «Eine Tageszeitung in Bildern», 27. 2. 73.**

**«Immerhin ist eindeutig zu erkennen, dass Objektivität nicht in einem philosophischen Sinne der absoluten Erkenntnis verstanden wird, sondern als die in der Massenkommunikation allen Hindernissen und Beschwernissen zum Trotz mögliche Uebereinstimmung von Feststellung und Darstellung der Dinge dieser Welt. Im Rahmen dieser Relativierung wird publizistische Objektivität zum kategorischen Imperativ der Publizisten, deren Tun und Lassen sie normiert; die allseitige, sachlich zutreffende, in der Auswahl der Elemente repräsentative und auf eigenes Werturteil bewusst verzichtende Information bildet dein Kriterium für publizistische Qualität und Qualifikation.»**

**Prof. Christian Padrutt in «Fernsehen: Stichwort Objektivität».**

**«Die Kommission möchte dazu lediglich zum Ausdruck bringen, dass unter einer objektiven Informationssendung eine Sendung verstanden werden sollte, die geeignet ist, dem Publikum zu ermöglichen, über eine bestimmte Frage sich eine möglichst objektive Meinung zu bilden. Und für eine solche Meinungsbildung kann sicher auf die Ausgewogenheit nicht verzichtet werden, selbst wenn eine der dabei wiedergegebenen Meinungen nicht das gleiche politische Gewicht hat wie eine andere, die trotz ihrer Bedeutung nicht bevorzugt behandelt wird. Letztlich sollten die Argumente massgebend sein für die Meinungsbildung durch das Publikum und nicht der Umstand, dass Meinungen von verschiedener Bedeutung in einer Sendung scheinbar gleichwertig aneinandergereiht werden.»**

**SRG-Kommission Luvini zur Abklärung der SVP-Vorwürfe.**

**«Publizistische Objektivität ist stets auf bestimmte Haupttypen von Wirklichkeitserfahrung beschränkt und damit bloss konsensuell definiert. Die publizistische Darstellung der Realität wird also nur bei einem grundsätzlichen Einverständnis von Publizisten und Publikum über die Wirklichkeit vom letzteren als objektiv anerkannt.»**

**Prof. Ulrich Saxer in der NZZ Nr. 578 vom 11. 12. 72.**

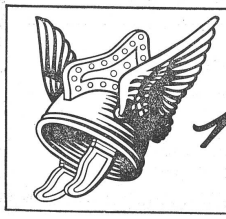
*Niklaus Meienberg* **Explosive Archive**

*Endlich soll, so lässt der Bundesrat verlauten, das Bundesarchiv für die Jahre 1939–45 geöffnet werden. Bisher war es nur einem einzigen Forscher möglich gewesen, die betreffenden Akten zu inspizieren. Dieser hiess Bonjour und war das letzte freilebende Universalgenie unter den Historikern, der letzte Generalgouverneur des Nationalgewissens, die letzte allgemeine Aufwaschfrau mit dem allumfassenden Putzlappen. Dieser Bonjour war so begabt, dass er die ganze Schweizer Geschichte von 1939 bis 45 allein bewältigen konnte, nachdem er schon grosse Stücke des 19. Jahrhunderts mit den Verdauungssäften eines baslerisch-patrizischen Historiographen sterilisiert hatte («Geschichte der Schweizerischen Neutralität – als ob sich die Neutralität in der Form einer gesonderten Wesenheit im geschichtlichen Ablauf herauspräparieren liesse!).*

*Die Historiker, und nicht mehr Edgar Bonjour allein dürfen jetzt 1939–45 erforschen. Aber mit Einschränkungen: «Falls die staatliche Sicherheit oder die Privatsphäre der betroffenen Personen in Frage steht, können Akten gesperrt werden.» Ob heisse Akten eingesehen werden können oder nicht, bestimmt also der Bundesarchivar und seine Helfer, im Ernstfall der Bundesrat. Kann zum Beispiel die Privatkorrespondenz des Generals Guisan eingesehen werden? (Sie liegt im Bundesarchiv.) Ist sie in erster Linie privat oder in erster Linie die Korrespondenz eines Generals? Oder wenn ein Historiker untersuchen will, wie es sich mit den Bunkern verhielt, die ein bisschen zu wackelig gebaut waren, weil die Bauunternehmer ein wenig Material sparen wollten (Affäre der sogenannten weichen Bunker): wird man ihm alle Dossiers zeigen? Oder wenn einer wissen möchte, weshalb genau die siebzehn Landesverräter zwischen 1942–44 erschossen wurden, und wenn er die Namen der Richter und Psychiater veröffentlichen möchte, die mit ihrem Gutachten die Sündenböcke erschossen haben (es gibt Gutachten, die sind gefährlicher als ein Gewehr): wird dann die Veröffentlichung gestoppt werden?*

*Kein Zweifel, das Bundesarchiv wäre eine schöne Fundgrube für Historiker. Aber nur für Historiker, welche eine gute Wünschelrute haben. Unter Wünschelruten verstehe ich die Kategorien des Historikers, welche ihm das Aufspüren relevanter Materialien ermöglichen. Weil es in der Schweiz aber fast keine Historiker gibt, welche mit den Kategorien der politischen Oekonomie und der Sozialgeschichte operieren können, und weil es keine Kredite gibt, welche diese Operationen ermöglichen, denn der Nationalfonds wird die Zerstörung der Nationalmythen kaum finanzieren, und andere Stipendien gibt es auch nicht: deshalb werden die explosiven Archive vorläufig harmlos bleiben. Der Sprengstoff ist vorhanden, die Zündschnur fehlt. Explodieren respektive nicht explodieren werden die gefährlichen Stücke erst, wenn Gras über die Beteiligten von damals gewachsen ist und 1939–45 mit demselben akademischen Interesse betrachtet wird wie die Zeit der Karolinger.*

*Unterdessen werden der Vorsteher des Bundesarchivs, Haas und der Defacto-Vorsteher der höchst interessanten militärischen Archive, Hans-Rudolf Kurz, die Genehmigung für ausgiebiges Forschen vor allem solchen Leuten gewähren, die ihnen gefallen, nämlich den Herren Haas und Kurz. Haas und Kurz sind beide (auch) wissenschaftlich tätig und machen von der Archivbesichtigung, die sie sich ausgiebig gewähren, einen gründlichen Gebrauch. Auch andere Akademiker, die Gewähr bieten für eine Forschungstätigkeit entlang den nationalen mythologischen Kriterien, werden zugelassen. Man kann Gift drauf nehmen: Wenn einer den Gütestempel einer schweizerischen Universität aufgedrückt erhalten hat, nach langem Verschimmeln in historischen Seminarien, Akzessarbeit, Diplomarbeit, Liz-Arbeit, Doktorarbeit und wie die Stufen alle heissen die zum Gipfel der Sterilisation und Abtötung des gründlichen Denkens führen, wenn einer so abgestempelt ist und indoktriniert, dann darf man ihn gefahrlos forschen lassen, es wird schon nichts herauskommen dabei. Willy Gautschi mit seinem harmlos-rührenden Buch über «Lenin in der Schweiz» (ach, der heitere Wladimir Iljitsch und seine entzückende Gemahlin!) hat das gezeigt. Und weitere Gautschis werden weitere Anekdotensammlungen edieren.*



*prenez la vie par le bon bout avec une...* **GAULOISE**

Grenzen verletzt, setzt die politische Kontrolle ein.

Ein Redaktor kann sich an diese Grenzen anpassen, was als Berufserfahrung geschätzt und bezahlt wird), oder er kann in die innere Emigration gehen. In Toblers Worten liest sich das so: *«Das Engagement des Publizisten kühlt sich denn auch nach einiger Zeit spürbar ab, was heissen will, dass sich seine Motivation selbsttätig (?) nach den Bedürfnissen der öffentlichen Funktion umbaut . . .»*

## 2. Nackte Fakten, neutrale Sprache

*«Kommentar gehört nie in eine Nachrichtensendung. Der Zuschauer erwartet von einer Nachrichtensendung Fakten, nichts als Fakten. Die Meinung des Journalisten XY interessiert den Zuschauer nicht im geringsten. Der Journalist ergreift nicht Partei. Seine Sprache ist neutral.»* So steht es im fernsehinternen Ausbildungsheft über *«Nachrichtenredaktion»*. Deshalb werde ein objektiv schreibender Journalist, ist an gleicher Stelle nachzulesen, *«wertende Formulierung vermeiden, auf Formulierungen, die beim Zuschauer Emotionen wecken oder den Zuschauer zum Handeln auffordern, vermeiden, tendenziöse Wortwahl und Sprachregelungen vermeiden.»*

Die publizistische Faustregel, die den wertenden Kommentar von der scheinbar wertfreien, objektiven Nachricht trennt, beschränkt sich von vornherein darauf, die oberflächliche Erscheinungsform der Ereignisse zu rapportieren – nicht aber Zusammenhänge, Bedingungen, Interessenstandpunkte und geschichtliche Hintergründe aufzuzeigen.

Nackte Fakten, in neutrale Sprache verpackt, gibt es nicht. Bereits Auswahl und Gewichtung der News sind «Kommentar», d. h. Einnehmen eines parteilichen Standpunkts. Und die Sprache, wie sie auch die «Tagesschau» verwendet, ist alles andere denn neutral. Sprache, das Sprechen wie das Perzipieren, ist immer gebunden an einen sozialen Standort, wie die soziolinguistische Forschung hinreichend aufgezeigt hat.

Die Parteilichkeit von Sprache zeigt sich am augenfälligsten in Bereichen, wo wirtschaftliche und politische Interessen im Spiel sind, etwa bei Sprachregelungen wie Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Arbeitsfrieden usw. Wenn die «Tagesschau» statt von der Wahl von *«der Machtübernahme Allendes»* spricht, wenn sie in Amsterdam *«einen wilden Streik ausbrechen»* lässt, der *«noch nicht auf Rotterdam übergegriffen hat»*, wenn sie im Zusammenhang mit dem EWG-Freihandelsabkommen von notwendigen *«Strukturbereinigungen»*, von einer *«Intensivierung des Warenaustauschs»* und von der *«Verstärkung der schweizerischen Position im internationalen Wettbewerb»* spricht, nimmt sie schon im Sprachgebrauch je den Standpunkt der herrschenden Klasse in der kapitalistisch-bürgerlichen Schweizer Gesellschaft ein.

## 3. Proporz der Herrschenden

Einer der am häufigsten vertretenen Standpunkte behauptet, eine sachlich ausgewogene Präsentation verschiedener Argumente ermögliche im freien Wettbewerb der konkurrierenden Gesichtspunkte eine objektive Meinungsbildung. Auch Tobler meint: *«Objektivität kann daher einzig mit der Darstellung möglichst vieler, möglichst aller Standpunkte angestrebt werden.»*

Die Ansicht, alle Meinungen und Interessengruppen sollten ausgewogen berücksichtigt werden, ist auf dem gleichen idealistischen Mist gewachsen wie jene vom autonomen Journalisten. Das Pluralismuskonzept will nicht zur Kenntnis nehmen, dass unter gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen nur bestimmte Interessen durchgesetzt werden, dass Pluralismus nur das pseudodemokratische Mäntelchen eines Proporzes der herrschenden Klasse ist. Die idealistische Behauptung der Ausgewogenheit, der Chancengleichheit und dem freien Wettbewerb der Meinungen wird auch durch unsere Untersuchungsergebnisse eindeutig widerlegt:

- Die Vertreter der Regierung werden gegenüber der politischen Opposition eindeutig bevorzugt. In der Inlandberichterstattung sind zusätzlich die Unternehmerorganisationen gegenüber den Arbeiterorganisationen im Vorteil.
- Wirtschafts- und finanzpolitische Themen nehmen einen breiten Raum ein. Der Anteil an sozialpolitischen Meldungen ist dagegen bedeutungslos.
- Die Herkunft der «Tagesschau»-Nachrichten zeigt eine starke Schlagseite zugunsten der kapitalistischen Staaten des Westens. Berichte aus den sozialistischen Ländern und aus der dritten Welt fehlen dagegen fast völlig.
- Ein grosser Teil der «Tagesschau»-Informationen ist unpolitisch aufgemacht und eher auf Unterhaltung und Zerstreuung des Zuschauers angelegt.
- Zu Politik und Wirtschaft reden die Inhaber der politischen Macht im Staat beziehungsweise Wirtschaftsvertreter, und sie geben ihre Interessen als die Interessen der Allgemeinheit aus. Die «Tagesschau» übernimmt deren Meinungen unrelativiert und kritiklos. Opposition kommt kaum zu Wort.

## 4. Einigkeit macht objektiv

Eine besonders bemerkenswerte Variante einer Objektivitätsdefinition hat der Staiger-Schüler Ulrich Saxer *(«Gotthelfs Bemühungen um das Theater»)* in die Diskussion eingebracht: Objektiv ist, worüber sich Publizist und Publikum einig sind. Indem Saxer Objektivität vor allem als grundsätzliche Uebereinstimmung zwischen Publikum und Publizisten definiert, kümmert er sich letztlich nicht um die Sachverhalte, sondern nur um die Meinungen über diese Sachverhalte. Die völlige Absurdität dieser Sichtweise zeigt sich unter anderem darin, dass z. B. die Berichterstattung in der Nazipresse nachträglich als «objektiv» bezeichnet werden müsste. Denn an Uebereinstimmung zwischen Publizisten und Publikum hat es damals nicht gefehlt. Der reaktionäre Gehalt solcher Begriffsbestimmung zeigt sich auch darin, dass eine Berichterstattung, die die herrschenden Wertvorstellungen nicht übernimmt, zum vornherein als nicht objektiv abgetan werden kann.

Saxers Konsensualdefinition, die auch von Tobler kritisiert wird, würde bedeuten: Privatwirtschaftlich organisierte Zeitungen und Agenturen und die vom Proporz der Herrschenden kontrollierten Monopolmedien Radio und Fernsehen berichten um so objektiver, je erfolgreicher sie in der Anpassung und Vermittlung jener Wertstrukturen sind, die von diesen kapitalistischen Produktionsstrukturen hervorgebracht wurden, und je konsequenter sie in der Einordnung von Informationen in eben diesen Wertrahmen sind.

Die Konsensbildung zwischen Fernsehen und Publikum könnte nur dann sinnvolles Kriterium für Objektivität sein, wenn die Urteile über Wirklichkeit bei Publizisten und Publikum unabhängig voneinander entstünden. Wie die jüngere soziolinguistische Forschung gezeigt hat, sind die Perzeptionsstrukturen sowohl von Produzenten wie von Konsumenten in den sozioökonomischen Verhältnissen der Gesellschaft bedingt. Ein vorhandener Konsens von Publikum und Publizisten verweist also auf gemeinsame Grundbedingungen. Dabei wird dieser Konsens noch verstärkt durch den Einfluss des Fernsehens selber auf den Zuschauer.

## 5. Bilder lügen nicht

Fernsehen sei ganz besonders objektiv, wird argumentiert, weil das Objektiv der TV-Kamera die Realität widergebe, *«wie sie ist»*. Fernsehen sei Realität, denn Fernsehfilme zeigten Fakten und keine erfundenen Geschichten. Kurz: Bilder lügen nicht. Oder mit den Worten des Chefredaktors der «Tagesschau», die sich selbst als *«Tageszeitung in Bildern»* bezeichnet: *«Bei uns schreiben die Redaktoren immer noch zuviel. Wir vergessen gerne, dass die Bilder für sich sprechen.»* Zwei Drittel aller Informationen sollten seiner Ansicht nach illustriert sein. Heute ist es knapp die Hälfte.

Die naive These Fernsehen = Realität übersieht, dass der Fernseher am Bildschirm eine *«zweite Wirklichkeit»* sieht, die sich zwischen die primäre Wirklichkeit (die Ereignisse) und ihn selbst schiebt – vermittelt durch den Fernsehfilm, der selbst ein produziertes Ereignis und ein Produkt der Wirklichkeit ist.

Nicht alle Ereignisse haben die gleiche Chance, verfilmt zu werden. Fernsehfilme werden nur dort gedreht, wo Kamerateams und Uebermittlungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Und diese Infrastruktur wird von den privatwirtschaftlich organisierten Filmagenturen nur dort installiert, von wo sich genügend Filme verkaufen lassen. Sobald es sich lohnt, z. B. in Chile oder in Griechenland, Filmteams einzusetzen, sind auch prompt in den «Tagesschau»-Sendungen täglich Filme aus Chile oder Griechenland zu sehen. Nachrichtenfilme stammen vorwiegend aus dem kapitalistischen «Westen» und den Krisengebieten, in denen die Grossmächte involviert sind, kaum aber aus dem sozialistischen «Osten» und dem weniger entwickelten «Süden».

Bevorzugt werden nicht nur bestimmte Gegenden, sondern auch bestimmte Themen, nämlich die «unpolitischen», die gegenüber den politischen Ereignissen angeblich besser filmbar sind. Dazu kommt, dass von politischen Ereignissen oft die immer gleichen stereotypen Filme zu sehen sind: Diplomaten auf Flugplätzen, vor Konferenzgebäuden, in Konferenzsälen, bei Empfängen und so weiter. Während der untersuchten «Tagesschau»-Woche waren rund die Hälfte der ausgestrahlten Filme stereotyp. Von ihnen zu behaupten, sie sprächen für sich, ist unhaltbar. Denn die stereotypen Filme über diplomatische Aktivitäten, Demonstrationen, Versammlungen und Kriegshandlungen sagen meist nichts oder wenig aus über die Bedingungen, Begründungszusammenhänge und Inhalte der betreffenden Ereignisse. Indem sie beim Zuschauer oft eine Aufmerksamkeitsspaltung (Asynchronie von Bild und Ton) bewirken, lenken sie gar vom gesprochenen Text ab.

Mit dem Bilderfetischismus der «Tagesschau» – Illustration um beinahe jeden Preis – ist die Ideologie der direkten Teilnahme verbunden, die dem Tagesschauer angeblich ermöglicht wird: *«Sie (die «Tagesschau», AKP) lässt uns die Ereignisse zu Hause miterleben, sie erlaubt uns eine persönliche Teilnahme (!) am dramatischen oder heiteren Vorfall»* – so der «Tagesschau»-Chefredaktor, der weiter meint, *«dass wir keinen Augenblick vergessen dürfen, dass wir dem Zuschauer das Gefühl geben müssen, dabeizusein, und zwar möglichst live»* (siehe oben, zweite Wirklichkeit).

## Objektiv und demokratisch

Während andernorts Kommunikationswissenschafter dazu aufrufen, endlich vom Unsinn der Ojektivitäts- und Ausgewogenheitsdebatte abzurücken und nicht weiter damit Zeit zu verschwenden (Halloran), scheint die Objektivitätsdiskussion in unseren Breitengraden erst recht in Schwung zu kommen – auch bei den Wissenschaftern (vgl. *«Fernsehen: Stichwort Objektivität»*). Immerhin wird frank und frei gesagt, dass die Forderung nach Objektivität funktional ist für *diese* Gesellschaft. Padrutt, der es in seinem historischen Rückblick fertigbringt, auch noch die ausgesprochen parteiliche Gesinnungspresse in der Zeit der liberalen Revolution unter dem Titel *«Objektivität durch Meinungsvielfalt»* abzuhandeln, bezeichnet Objektivität als *«konstituierenden Faktor der Demokratie»* und als *«institutionelle Forderung der demokratischen Gesellschaft»*: *«Objektivität als übergeordnetes Ziel publizistischer Arbeit – insbesondere im Informationssektor – bildet eine institutionelle Verpflichtung, die der Erhaltung und Festigung der Demokratie dient . . .»*

Und für Saxer ist klar, dass die Objektivität *«Integrationsleistungen, Beiträge an eine gewisse Gemeinsamkeit des Bewusstseins»*, erbringt und *«eine gewisse Anerkennung des politischen Systems»* bedeutet. *«Das Objektivitätspostulat und die Demokratie im überkommenen Wortsinn sind somit einander zugeordnet; die Feinde der letzteren, zur Rechten wie zur Linken, müssen auch das erstere ablehnen.»* So einfach ist das.

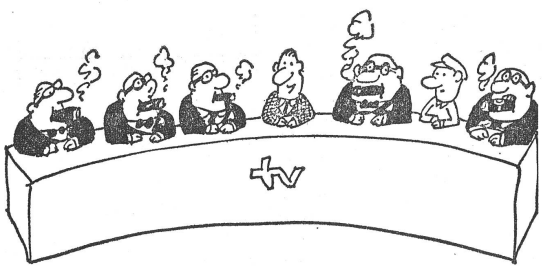
Objektivität, wie sie von den hiesigen Apologeten propagiert wird, heisst allemal Einordnung von Informationen in den vorherrschenden Wertrahmen. Indem dies als objektiv-unparteilich-ausgewogen bezeichnet wird, wird einerseits der herrschaftsstabilisierende Charakter angeblich objektiver Information verschleiert; zum andern lässt sich damit auch ein gutes Geschäft machen: Ueberparteiliche Blätter verkaufen sich besser, decken ein bestimmtes Gebiet besser ab und bringen mehr Inserateneinnahmen.

Warum wird am Begriff der Objektivität so hartnäckig festgehalten, obschon er einer kritischen Prüfung nicht standhält und obgleich die Massenmedien den selbst formulierten Ansprüchen nicht gerecht werden (können)? *Objektivität wird so lange als oberste Norm des Journalismus propagiert werden, als sich unter dem Deckmantel dieses Begriffs weiterhin Parteilichkeit verkaufen lässt. Solange kommen den Herrrschenden auch Objektivitätsschriftgelehrte zupass, die weiterhin die Illusion nähren, eine einigermassen überparteilich-wertneutrale, eben «objektive» Berichterstattung sei möglich. Denn die Objektivitätsideologie trägt zur Verschleierung der grundsätzlichen Interessengegensätze dieser Gesellschaft bei. Sie ist nicht zufällig die heiligste Kuh der herrschenden Medienpraxis. Denn vor ihrer Milch wird die herrschende Klasse noch immer fett.*

*Arbeitsgruppe Kritische Publizistik*

**«Ein Göhnerswil des Schweizer Fernsehens?» fragte die AZ, als die AKP im Februar im Journalistischen Seminar der Universität Zürich erste Ergebnisse ihrer Tagesschau-Analyse präsentierte. Jene Präsentation führte zum Rausschmiss der Gruppe aus dem Seminar durch Erziehungsdirektor Gilgen. Unter erschwerten Bedingungen und unter mancherlei Repressionsversuchen hat die AKP die Analyse inzwischen zu einer Buchfassung aufgearbeitet, die in der zweiten Dezemberwoche erscheinen wird – 200 Seiten stark, mit zahlreichen Grafiken, Fotos und rund 20 Karikaturen von Peter Hürzeler, zum Preis von 14 Franken, mit einem Geleitwort der schweizerischen Journalisten-Union (Sektion des VPOD).**

**Im ersten Kapitel wird die Bedeutung der Tagesschau für die politische Information der Schweizer Bevölkerung untersucht. In den Kapiteln 2 und 3 wird gefragt, wer und was am Bildschirm erscheint. In den Kapiteln 4 bis 7 wird ausführlich darauf eingegangen, auf welche Weise – und in wessen Interesse – die Tagesschau Informationen an den Zuschauer weitergibt. Im achten Kapitel werden die materiellen und ideologischen Bedingungen untersucht, unter denen die Tagesschau produziert wird. Im letzten Kapitel wird nach der Funktion der Tagesschau in der schweizerischen Gesellschaft gefragt.**




++ redaktionelles ++ redak

# *Unglückliche Konkurrenz*

*Ambitiöse Projekte zu hegen ist ja niemandem verboten, besonders nicht, wenn man Klaus Rainer Röhl heisst und es in der linken «konkret»-Zeitungsstube zum handfesten Hauskrach gekommen ist.*

*Zu einem beachtlichen Erfolg brachte es der Hamburger Verleger innert 18 Jahren mit seinem Konzept einer Polit-Porno-Postille. Namhafte Journalisten machten mit, von Günther Wallraf bis Ulrike Meinhoff, die 1960 Chefredaktorin des Blattes wurde, das 11 Jahre später titeln musste: «Gib auf, Ulrike!» In letzter Zeit bewegte sich das Blatt indessen immer mehr auf einem SPD-Mitglied Röhl wohl genehmen SPD-Kurs. Die «konkret»-Macher bekamen davon die Nase voll und machten ihrem Verleger die Hölle heiss. Röhl musste das «von Querköpfen für Querköpfe gemachte Blatt» (Röhl über «konkret») verlassen. «konkret» hat inzwischen – von Schulden erdrückt – Konkurs gemacht.*

*Ein Verleger ohne Blatt ist wie ein Fisch ohne Wasser – auch wenn er ein Finanzloch von angeblich rund einer halben Million DM hinter sich lässt. Deshalb sah sich Röhl nach einer Zeitung um, die auch ihm wieder die Möglichkeit geben würde, «frei und unzensiert meine Meinung zu verbreiten». Zusammen mit seinem Bruder Wolfgang wollte er am 4. Oktober die erste Nummer von «Röhls konzept» herausgeben. Erhofftes Erfolgsrezept: linke Stories, mit Fleischschau, nach bewährtem «konkret»-Muster. Ein offensichtlicher «konkret»-Konkurrent, da letzteres unter Einbusse eines grossen Teils seiner Auflage auf die nackigen Mädchen verzichtet hatte.*

*Die Redaktion von «konzept» (von diesem «konzept», das Sie vor Augen haben) schickte sich schon an, dem initiativen Hamburger Verleger per Brief unmissverständlich klarzumachen, dass der von ihm auserkorene Zeitungstitel in der Schweiz schon besetzt sei, seine Publikation infolgedessen hierzulande nicht verkauft werden dürfe. Da durchkreuzte das Schicksal, oder besser gesagt der neue Herausgeber von «konkret», Röhls Pläne: Wegen einer Konkurrenzklausel, die Röhl umgangen hatte, konnte «konkret» mit gerichtlicher Hilfe das Erscheinen von Röhls «konzept» verhindern. Röhl musste sein Busenblatt unter dem Titel «das da» herausgeben, und «konzept» bleibt somit allein auf weiter Flur.*

*Ohne Pornobildchen vermittelt es jeden Monat sein Scherflein seriöser Information, fundierter Analysen und kritischer Kommentare. Dass auch das ein Erfolgsrezept sein kann, das zeigen Sie uns, lieber Leser, indem Sie «konzept» lesen und weiterempfehlen.*

*Redaktion «konzept»*

**konzept**

Herausgegeben von der Redaktion des «zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

**Redaktion und Administration:** Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30. Postscheckkonto: 80-37626.

**Redaktion:** Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

**Inserate:** Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

**Druck und Versand:** Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

**Redaktionsschluss: 4. Januar 1974**
**Inseratenschluss: 11. Januar 1974**

Klaus Völker über Brechts Theorie und Praxis heute

# Mit Brechtschen Mitteln über Brecht hinweg

**pf. «Es gibt ausser der Westberliner Schaubühne kein Theater, das sich in der Auseinandersetzung mit den Stücken und Theorien Brechts entwickelt hätte», schreibt Klaus Völker, der 1969/70 am Zürcher Schauspielhaus als Chefdramaturg tätig war und auf Druck des Verwaltungsrates entlassen wurde. Seine Aussage mag provokant wirken, im Zeitpunkt wo auf allen Bühnen Brecht aufgeführt wird. Völker wirft die Frage auf, inwiefern die musealen Aufführungen von heute noch tatsächlich die geniale Schule des Autors der «Mutter» weiterführen. Ueber diese Frage hinaus stellt Völker den ganzen Theaterbetrieb der Schauspielhäuser in Frage. Im Zeitpunkt des Theater-Debakels in Basel und der andauernden Theater-Lethargie in Zürich bekommen die Ausführungen des Dramaturgen am Zürcher «Theater am Neumarkt» eine besondere Brisanz.**

Brecht versuchte das *Beispielhafte*, nicht das Repräsentative. Er schrieb Stücke und stellte Aufführungen her, die die Welt als veränderbar zeigten. Das Theater, meinte er, soll mithelfen, «*die Welt zu gestalten*». Ausgehend von der Erfahrung, dass eine Generation von Schauspielern nach falschen Gesichtspunkten und falschen Doktrinen ausgebildet worden war, kümmerte er sich in der DDR um die Förderung und Entwicklung eines neuen Schauspielertyps. Er verlangte von seinen Schauspielern *Kenntnisse und Leidenschaft*, kein Temperament. Das künstlerische Ergebnis, das der Aufbau des *Berliner Ensembles* einbrachte, hätte der Stückeschreiber ausserhalb der DDR nicht erreichen können. Nur hier konnte er, trotz aller Schwierigkeiten und Vorurteile, gegen die er zu kämpfen hatte, zu einem mitbestimmenden Organisator eines künstlerischen und kulturpolitischen Neubeginns werden.

## Politische Haltung provozieren

Theaterarbeit bedeutete: «*Man muss merken, dass da viele Künstler als ein Kollektiv (Ensemble) an der Arbeit sind, Geschichten, Ideen, Kunststücke gemeinsam dem Publikum zu übermitteln.*» Brechts Theater wollte die literarische Reflexion über das Theater vermeiden. Es war ein Theater, an dem der «Philosoph» die Richtlinien bestimmte. Man beschäftigte sich mit *geschichtlichen Realitäten*. Der Zuschauer sollte folgern, «*worauf es in der Wirklichkeit ankommt*». Die Aufführung bewertete Brecht als *politisches theatralisches Ereignis*, das auch im Zuschauer eine *politische Haltung* provozieren sollte. An Max Frisch schrieb er im Juli 1948: «*Aber die Geschichte des grossen Dramas zeigt, dass der Zaunpfahl ein legitimes Instrument ästhetischer Veranstaltungen ist.*» Dennoch war ihm immer klar, dass er nur durch poetische und artistische Reize politische Wirkungen auf der Bühne herstellen konnte. Er wusste um die Eigentümlichkeit theatralischer Mittel, «*dass sie Erkenntnisse und Impulse in Form von Genüssen vermitteln*».

Die Theater der Bundesrepublik haben die exemplarische Bedeutung der Theaterarbeit Brechts ignoriert. Zu seinen Lebzeiten stritt und diskutierte man lediglich über seine politischen Ansichten und boykottierte sein Werk, heute behandelt man ihn als Klassiker. Es gibt ausser der *Westberliner Schaubühne* kein Theater, das sich in der Auseinandersetzung mit den Stücken und Thoerien Brechts entwickelt hätte. Entscheidend ist nämlich nicht, wieviel Stücke von Brecht ein Intendant in den Spielplan aufgenommen oder wie perfekt er das Modell einer Aufführung im Brecht-Stil realisiert hat, entscheidend ist, ob er *die grundsätzlichen Ueberlegungen zur gesellschaftlichen Funktion des Theaters akzeptiert*, die dem Stückeschreiber den Aufbau eines arbeitsfähigen Schauspielensembles ermöglicht haben.

**Klaus Völker**

«*Kollektive Arbeit heisst nicht, dass der Regisseur überflüssig ist.*»

Ansätze zu einer auf Veränderung drängenden Theaterarbeit, die sowohl kulturpolitische als auch ästhetische Ergebnisse vorweisen konnte, hat es zeitweise gegeben: in Darmstadt, in Ulm, in Stuttgart und vor allen Dingen in *Bremen*. Dass diese Ansätze nicht ausgebaut, nicht auf längere Sicht wirksam geworden sind, ist auf die Ignoranz der Behörden sowie die Ungeduld und das mangelnde politische Bewusstsein der beteiligten Künstler zurückzuführen. Das entscheidende Hindernis ist die anachronistische und undemokratische Verwaltungsstruktur der Betriebe. Hinzu kommt eine unangemessene Repräsentationssucht. Unzählige Theaterneubauten wurden errichtet, in denen mit Routine und nach bewährten Rezepten weitergewurstelt wird. Es gibt nur nachgespielte, keine selbst erarbeiteten Experimente. *Die Stadttheaterorganisationen und die Intendanten sind nur fähig, Experimente und Aufführungen, die anderswo Erfolg hatten, mit entsprechender Verspätung zu reproduzieren, möglichst dann unter Leitung des Experimentsfinders, der ohne seine auf ihn eingespielte Mannschaft anreist und den völlig uninformierten und unvorbereiteten Schauspielern Haltungen abverlangt, die sie auf Anhieb gar nicht liefern können und auch nicht liefern sollten, wenn zuvor keine Gelegenheit war, sie kritisch zu überprüfen.*

## Die Brecht-Schule nach Brecht

Nach Brechts Tod übernahmen *Benno Besson, Peter Palitzsch* und *Manfred Wekwerth* die Aufgabe, die Arbeit am Berliner Ensemble im Sinne ihres Lehrers fortzusetzen. Palitzsch und Wekwerth bildeten ein Team und ergänzten sich ausgezeichnet in ihrer unterschiedlichen Art, sich einem Stück zu nähern und in szenische Realität umzusetzen. Mit «*Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui*» hatten sie ihren grössten Erfolg. Seit vierzehn Jahren steht diese Aufführung auf dem Spielplan des Theaters. Den Ui spielt Ekkehard Schall, der einzige namhafte Schauspieler, der, von Brecht noch ausgebildet, dem Ensemble treu geblieben ist.

Zwischen Besson und Wekwerth kam es 1958, nach der «*Sezuan*»-Inszenierung, zu Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise der Interpretation der Stücke von Brecht, Besson war das erste Opfer einer kurzsichtigen Brecht-Pflege, die die *Disziplinierung der Schüler* verfügte und nur die Epigonen begünstigte. An den Ansichten des Meisters dogmatisch festhalten, warnte Käthe Rülicke im Hinblick auf die Argumente der Erbverwalter, «*heisst sie ruinieren*».

Die Theaterarbeit Brechts hat die Entwicklung des Dramas und der Dramaturgie in der DDR entscheidend geprägt und beeinflusst. Vor allen Dingen die jüngeren Regisseure der Brecht-Schule haben erst ausserhalb des Berliner Ensembles ihre Begabung schöpferisch entfalten können. Die Inszenierungen, die sie im Kollektiv des Ensembles gemacht haben, waren dagegen zu verspielt oder angestrengt episch und politisch ziemlich unverbindlich. Beispielsweise gelang *Uta Birnbaum* eine Aufführung von «*Mann ist Mann*» mit Schülern der Schauspielschule, die sich durch Aggressivität auszeichnete und die Widersprüche des Stücks produktiv machte, während ihre Inszenierung im Berliner Ensemble ganz harmlos und voll ungelöster Widersprüche war, und nur die clowneske Spielweise von *Hilmar Thate* als *Galy Gay* bewirkte, dass man die Vorgänge des Stücks mit einigem Interesse verfolgte. *Das Brecht-Theater zehrt heute von seiner einstigen Grösse und seinem berechtigten Ruhm. Es ist kein lebendiges Theater mehr, weil es Brecht als tote Vergangenheit mitschleppt.*

## Besson, Wekwerth und Palitsch

*Benno Besson* ist sicher der begabteste und eigenständigste Schüler Brechts. Mit Inszenierungen wie «*Der Frieden*» von Aristophanes/Hacks, «*Der Drache*» von Schwarz und «*Oedipus, Tyrann*» von Sophokles/Müller am Deutschen Theater bewies er, dass er die Lehren des Stückeschreibers erstaunlich lebendig und wirksam anwenden kann. Politische Wirkung erreicht er auf der sicheren Basis der Form eines Stücks. Er ändert nicht den Inhalt der zu inszenierenden Texte, sondern überprüft sie anhand historischer Veränderungen und kritisiert sie. Inzwischen verselbständigen sich Bessons artistische Mittel, da er, seit er Intendant der Ostberliner Volksbühne ist, nur noch selten gute Stücke inszeniert. Seine formale Könnerschaft hat in den unliterarischen Vorlagen, die er zur Zeit bevorzugt, nicht genügend Widerstand. Besson veredelt Tand und propagiert ein Volkstheater, das nur charmante Kleinkunst ist.

*Manfred Wekwerth* fehlte immer die Leichtigkeit Bessons. Er galt als intellektueller Regisseur, konnte aber daneben auch derbe Komik entfalten. Die Entwicklung des Ensembles zum Brecht-Museum geht zu einem grossen Teil zu seinen Lasten. In der Hoffnung, der entscheidende Nachfolger zu werden, widersprach er nur wenig den Entschlüssen und Prinzipien der Weigel. Als sie bei der Besetzung der Titelrolle in «*Die heilige Johanna der Schlachthöfe*» auf Brechts Tochter Hanne Hiob bestand, Wekwerth aber seine Frau Renate Richter einsetzen wollte, kam es zum Bruch. Seit 1968 arbeitet Manfred Wekwerth frei, er inszeniert in London Shakespeares «*Coriolan*», am Deutschen Theater «*Richard III*» und kürzlich in Zürich Gorkis «*Jegor Bulytschow*». Diese Aufführungen hatten eine grosse Klarheit in der Fabelführung und zeigten gesellschaftliche Zustände in ihren Widersprüchen. Mehr als früher vermittelten sich Aussagen durch die Spielweise von Schauspielern und nicht durch ein interessantes Arrangement. In seinen Ansprüchen ans Bühnenbild steckte Wekwerth ungeheuer zurück. Es kamen dabei Stadttheateraufführungen mit Stars heraus, aber es waren Arbeiten von grosser Intensität und spannenden szenischen Momenten, die in den letzten Inszenierungen Wekwerths am Berliner Ensemble («*Oppenheimer*» von Kipphardt und «*Heilige Johanna der Schlachthöfe*») völlig fehlten. Für diesen Regisseur sind solche Gastinszenierungen möglicherweise wichtige Experimente, die ihn auflockern und ihn zur Revision eingespielter Brechtscher Theoreme zwingen.

Am weitesten von Brecht entfernt, ohne das ihn prägende Vermächtnis abschütteln zu können, hat sich *Peter Palitzsch*. Er kehrte nach dem Bau der Mauer 1961 nicht mehr in die DDR zurück. Unter dem Zwang, Brecht unbedingt überwinden zu müssen, versuchte er vergeblich mit Aktualisierungen Stücke wie «*Mutter Courage*» oder «*Puntila*» aktuell zu machen. Palitzsch ist der in Dialektik am wenigsten geschulte Regisseur der Brecht-Schule und der für modische Attitüden anfälligste. Episches Theater wird bei ihm sehr leicht zu anämischem Theater. Nur wenn er bei seinen Mitteln bleibt, ganz unverkrampft, unprätentiös und von der Psychologie der Figuren ausgehend ein Stück erschliesst, erzielt er auch grosse künstlerische Wirkungen.

## Was «Kunst» wird, wird wirkungslos

Brecht ist zur Zeit der meistgespielte Dramatiker auf den deutschsprachigen Bühnen. Die Politiker, die Lehrer und ganz besonders gern die Pfarrer schmücken sich mit Zitaten aus seinen Werken. Dass Brecht ein *Klassiker* geworden ist, spricht nicht gegen ihn. Klassiker sollte man nicht wie Totgeburten behandeln. *Das Problem der «Wirkungslosigkeit» von Klassikern hängt mit der Rolle zusammen, die die Kunst in unserer Gesellschaft hat. Ist ein Werk einmal mit der Aura von Kunst geadelt, ist ihm der propagandistische Stachel genommen. Erst eine Theaterpraxis, die sich zu diesem Kunstverständnis kontrovers verhält und vor Konfrontationen nicht zurückschreckt, vermag die Aktualität von Brecht neu zu begründen.* Die *Schaubühne* in West-Berlin ist zur Zeit wohl das einzige Theater in Deutschland, dessen Praxis so etwas wie eine Fortsetzung der Brechtschen Theaterarbeit mit anderen Mitteln und unter anderen Bedingungen bedeutet. Es handelt sich hier um kein Brecht-Theater. Aber in ihrem künstlerischen Selbstverständnis sind die Mitglieder dieses Ensembles doch hauptsächlich durch die Erfahrungen im Umgang mit der Theorie und den Stücken Brechts gewachsen.

## Die Westberliner Schaubühne und Peter Stein

Die Schaubühne in ihrer gegenwärtigen Form besteht seit drei Jahren, aber zu ihrer Geschichte gehören auch die Wege und Voraussetzungen, die zu ihr führten. Das kollektiv geleitete Theater, an dem alle Ensemblemitglieder entscheidend mitbestimmen können, ist aus einer Gruppe von Schauspielern entstanden, die vorher in Bremen, München und Zürich mit dem Regisseur *Peter Stein* zusammengearbeitet haben. Nachdem die Projekte der Gruppe, deren Arbeitsweise sich gegen das unreflektierte Selbstverständnis, die Traditionsschlamperei und vor allem die aufwendigen Verwaltungsapparate der Stadttheaterbetriebe richtete, von den Intendanten oder städtischen Behörden immer wieder abgebrochen oder nicht länger toleriert wurden, blieb als einzige Möglichkeit das Angebot der seit 1962 bestehenden Westberliner Schaubühne an Peter Stein, seine Vorstellungen von zeitgenössischem Theater und kollektiver Arbeitsweise hier auszuprobieren und weiterzuentwickeln. Die Schaubühne, ein Privattheater, das Zuschüsse von der Stadt erhält, ist immer ein linkes Theater gewesen, dessen theoretischer Anspruch leider allzu oft der künstlerischen Praxis weit voraus war.

Peter Stein hat die grossen Aufführungen des Berliner Ensembles gesehen, er ist aber Brecht gegenüber zunächst sehr skeptisch und wenig aufgeschlossen gewesen. Als seinen wichtigsten Lehrer betrachtet er Fritz Kortner. Mit seiner ersten Inszenierung, «*Geettet*» von Edward Bond im Werkraumtheater der Münchner Kammerspiele 1967, erregte Stein grosses Aufsehen. In Bremen folgte dann die Inszenierung von Schillers «*Kabale und Liebe*», bei der er den Kern der späteren Schaubühnendarsteller kennenlernte, die fast alle aus der Schule von Peter Zadek kamen. Bereits damals wollte Stein eine Produktionsgruppe gründen, für die er das Werkraumtheater in München bekommen sollte. Politisch denken lernte er durch Ereignisse und Begegnungen im Zusammenhang mit der Studentenbewegung um 1968. Seine Inszenierung von «*Im Dickicht der Städte*» wurde die überzeugendste deutschsprachige Brecht-Aufführung nach 1945 ausserhalb des Berliner Ensembles. Sie brachte die Wiederentdeckung dieses frühen Stücks. Die politische Bedeutung der merkwürdigen Vorgänge und der Kampfsituationen konnte Stein damals noch nicht klar genug aus der Fabel selbst entwickeln, deshalb hängte er noch einen verdeutlichenden Schluss an mit dem Rockefeller-Song aus «*Happy End*». Das war ein legitimer «Zaunpfahl», den aber Stein heute wahrscheinlich so aufgesetzt und überdeutlich nicht benutzen würde.

## Keine nachhaltigen politischen Wirkungen

Die Inszenierung des «*Vietnam-Diskurs*» von *Peter Weiss* führte im Sommer 1968 zum Konflikt mit dem Intendanten der Münchner Kammerspiele, August Everding, der Peter Stein entliess, als er auf einer Geldsammlung für das revolutionäre Vietnam während der Vorstellung bestand. Die Sammlung war das Eingeständnis der politischen Wirkungslosigkeit des Stücks, und das Verbot zeigte, dass im Theater nur Kunst, aber keine Politik geduldet wurde. Diese Arbeit und die Folgen brachten für Stein vor allen Dingen die

***Klaus Völker***

*existiert seit 1938. Studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte, vorerst in Frankfurt, bei Höllerer und Adorno. Spielte und inszenierte Studententheater. Siedelte 1959 nach Berlin über. Literatur- und Theaterkritiken. 1969/70 Chefdramaturg am Schauspielhaus Zürich, mit Peter Stein als Regisseur und Peter Löffler als Direktor. Alle drei 1970 mit grossem Krach entlassen. 1971/72 Lektor im «Verlag der Autoren», Frankfurt. Seit 1973 Dramaturg im Theater am Neumarkt.*

*Völker hat verschiedene Dramatiker-Porträts auf dem Gewissen, so «Frank Wedekind» (1965), «Yeats und Synge» sowie «Sean O'Casey» (2 Bände irisches Theater, 1967 bzw. 1968). Bekannt ist vor allem seine «Brecht-Chronik» (1971).*

### *Absage-Versuch*

*Toll lasst uns*
*umkurven die Weltküsten*
*die*
*vom heiligen Christo**
*in Segeltuch verpackten*
*und sausen*
*im blauen Zürcher Tram*
*durch den*
*von unheiligen Geschäftsleuten*
*in Zellophan verpackten*
*Dezember*
*scharf an den Versuchungen*
*der Reklame vorbei*
*schlingernd*
*an den Haltebügeln*
*und nicht zu kaufen*

*Wie viele*
*können das*
*mit uns sagen*
*Wie lang kann ich's*

* Moderner Environment-Künstler. Er verpackte ein Stück Küste und die Berner Kunsthalle in Tücher.

### *Eia Weihnacht*

*Die heiligen Tage*
*waren dadurch*
*nicht Tage wie alle*
*(erinnere ich mich)*
*dass Mutter dann immer eine*
*ganz neue Begründung*
*hatte fürs übliche*
*Holzsparen im Ofen:*
*am Tannenbaum, sprach sie,*
*fallen von zuviel Wärme*
*die Nadeln zu schnell.*
*So kam's, dass*
*mich auch weihnachts*
*fror.*

*Clemens Mettler*

**Es gibt genug dumme Geschenke!**
**Machen Sie's besser: schenken Sie ein Jahr konzept**

Jeden Monat Information zum Nachdenken, Kommentare und Berichte, die nicht an der Oberfläche bleiben. Eine Alternative zum unkritischen «Meinungskonsum»!

**Sonderangebot** (gültig bis 31. 12. 73) 1 Abonnement (bis Dezember 1974) Fr. 12.–, 2 Abonnemente Fr. 19.–, 3 Abonnemente Fr. 24.–.

Talon in mit 30 Rappen frankiertem Couvert einsenden an: *Administration «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.*

Abonnement an:
Herrn/Frau/Fräulein (Nichtzutr. streichen)
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Herrn/Frau/Fräulein (Nichtzutr. streichen)
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Herrn/Frau/Fräulein (Nichtzutr. streichen)
Name, Adresse, Beruf:

*Rechnung an:*
Herrn/Frau/Fräulein (Nichtzutr. streichen)
Name und Adresse: k 2/7

Erkenntnis, *dass einmal der politische Aspekt des Theaters sich in der Arbeitsmethode selber herauskristallisieren muss, dass zum andern das blosse politische Bekenntnis auf der Bühne ziemlich unerheblich ist und Wirkungen hervorbringt, die nicht besonders nachhaltig sind, schon gar nicht in politischer Hinsicht.* Die Inszenierung von Goethes *«Torquato Tasso»* 1969 in Bremen wurde daraufhin von Peter Stein und den beteiligten Schauspielern dazu benutzt, die Probleme von *«subventionierten» Künstlern* zu formulieren. Man versuchte eine Klärung der Frage, weshalb und für wen man Theater spielt. Der «Tasso» setzte einen neuen Massstab für ein Theater, das auch ästhetische Kriterien durchaus wieder als politische begreift.

In der Spielzeit 1969/70 schliesslich arbeitete Stein mit dem Stamm der Bremer Schauspieler, Bruno Ganz, Edith Clever und Jutta Lampe, in Zürich. Seine Arbeitsweise einerseits, der massive Druck andererseits, dem die am Schauspielhaus neu Engagierten sich ausgesetzt sahen, führte zu einer unerwartet schnellen Solidarisierung und zur Herausbildung eines Gruppenbewusstseins. Peter Stein inszenierte in Zürich *«Early Morning»* von Bond, *«The Changeling»* von Middleton/Rowley und *«Kikeriki»* von O'Casey (zusammen mit Ulrich Heising). Brechts Auffassungen zur Theaterarbeit, seine Ueberlegungen zu Fragen des Volksstücks und des Realismus spielten eine grosse Rolle. Stücke von Brecht standen mit einer Ausnahme damals nicht zur Debatte. Peter Stein wollte gerne mit Schauspielern die Opfer *«Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny»* spielen. Das Projekt scheiterte an der Weigerung Lotte Lenyas, die eine musikalische Einrichtung für ein kleines Orchester ablehnte. Mit den erwähnten Inszenierungen wurden allerdings Wirkungen erzielt, die kurze Zeit vorher mit der *«Heiligen Johanna der Schlachthöfe»*, einem radikal marxistischen Stück, zum Beispiel nicht erreicht worden waren. Entscheidend war der Gesamtzusammenhang, in dem die einzelnen Aufführungen standen, und die sich in klaren Haltungen der Schauspieler ausdrückende Arbeitsweise. Ausserdem war noch das kollektiv erarbeitete *«Frankenstein»-Stück* von Wolfgang Deichsel Teil eines Vorprozesses, der für die Schaubühne sehr wichtig war, da er zur realistischen Einschätzung von Probenbedingungen führte und sich ein gewisses Mass an Arbeitsteilung dabei als sinnvoll und notwendig erwies. *Kollektive Arbeit heisst nicht, dass der Regisseur überflüssig ist, sondern bedeutet, dass jetzt alle an der Inszenierung Beteiligten deren Konzeption und künstlerisches Aussehen* bestimmen.

## Mitbestimmung im Theater

Die Funktion des Intendanten übt bei der Schaubühne eine Direktion aus, die aus den beiden für die Geschäftsführung verantwortlichen Gesellschaftern sowie drei gewählten Mitgliedern des Ensembles besteht und die gegenüber der Vollversammlung ein Vetorecht besitzt. In der Praxis sieht es so aus, dass das Ensemble die Möglichkeit hat und wahrnimmt, über die von der Direktion oder einzelnen Kommissionen (Dramaturgie, Bühnenbild usw.) vorgeschlagenen Stücke und Engagements zu entscheiden. Der aussergewöhnliche Erfolg der Schaubühne wird von den Gegnern eingreifender Aenderungen und substantieller Mitbestimmung aller Beschäftigten an den Theatern allein auf die Begabung und die genialen Fähigkeiten von Peter Stein zurückgeführt. Es ist richtig, dass es ohne Peter Stein die Schubühne in ihrer jetzigen Form nicht gäbe; andererseits ist es undenkbar, dass Stein jederzeit mit anderen Mitarbeitern vergleichbare künstlerische Ergebnisse erzielt hätte. Die Vorteile der Arbeitsmethoden und besonderen Produktionsbedingungen der Schaubühne sind auch an den Inszenierungen der Gastregisseure *Klaus Michael Grüber («Geschichten aus dem Wiener Wald»)* von Horváth) und *Wilfried Minks («Die Hypochonder»* von Botho Strauss) ablesbar, deren Arbeiten an anderen Theatern wesentlich anarchischer, zufälliger und von einem übertriebenen Stilwillen erzwungen wirken.

Das gilt ganz besonders für Grübers Inszenierung von *«Im Dickicht der Städte»* in Frankfurt. Es war sicher eine der eindrucksvollsten szenischen Entwürfe der letzten Spielzeit, aber eine Aufführung auch, die der klärenden Mitarbeit der Schauspieler entbehrte. Sie waren nur schlechte Marionetten in einem ganz gedämpften, fast sprachlosen Spiel. Grüber hat das Stück nur als Anlass zum Vorzeigen eines schönen Bühnenbilds benützt, das der Maler Eduardo Arroyo entworfen hat: Wir sehen ein Meer von alten, ausgelatschten Schuhen, das «Dikkicht», in dem man sich kaum mehr bewegen kann, in dem die Personen zögernd und mühsam herumstaksen. Stimmungen und Bilder. Eine Welt, in der die Menschen keine Anstrengungen mehr unternehmen, zu besseren Verhältnissen zu kommen. Die Menschen leben nur noch in Erinnerung. Der Kampf, den Brecht zeigt, sieht man nicht. Grübers Inszenierung beginnt im Grunde schon mit dem letzten Satz des Stücks: *«Das Chaos ist aufgebraucht. Es war die beste Zeit.»* Die grossartige szenische Vision des Regisseurs braucht das Stück und Brecht überhaupt nicht. Im Arbeitszusammenhang der Schaubühne hätte diese Inszenierung sicher völlig anders ausgesehen. Hier wäre das gesamte Stück von Brecht in Grübers extrem visionäre Bildvorstellungen übersetzt worden.

## Keine sozialistische Insel

Die Schaubühne strebt mit ihren künstlerischen Ueberlegungen und Zielen eine sozialistische Gesellschaftsform an. Das Ensemble spekuliert aber nicht mit einem imaginären proletarischen Publikum. Der Spielplan ist für aufgeschlossene bürgerliche Zuschauer gemacht; er ist *«für Leute, die wissen, gemerkt haben und spüren, dass sie über ihre Klassenlage zu reflektieren und nachzudenken haben».* Neben *«Peer Gynt»* von Ibsen, *«Geschichten aus dem Wiener Wald»* von Horváth, *«Der Prinz von Homburg»* von Kleist oder *«Fegefeuer in Ingolstadt»* von Marieluise Fleisser entscheidet man sich auch für so programmatische Stücke wie *«Die Mutter»* von Brecht und *«Optimistische Tragödie»* von Wischnewski, um die Geschichte der Arbeiterklasse und der Oktoberrevolution kennenzulernen und Mittel zu ihrer Darstellung auf der Bühne herauszufinden. In Ergänzung zu den Hauptproduktionen führen einzelne Gruppen des Ensembles gemäss ihren Interessen und politischen Ansichten Stücke für Lehrlinge und Kinder auf. Die Wege zu den grossen Stücken, deren Widersprüche und Probleme sind jedoch für das politische und künstlerische Selbstverständnis der Schauspieler meistens ergiebiger und spannender, als die Auseinandersetzung mit kleinen Gebrauchsstücken, die einen politischen Nutzwert haben können.

Brecht ist nicht das allein seligmachende Vorbild für dieses Theater, das mit gutem Recht heute als das neue Berliner Ensemble bezeichnet wird. Hier wird im Sinne seiner Methode Theater gespielt. Peter Stein warnt zu Recht immer wieder vor einer politischen Ueberschätzung der Schaubühne: *«Wir sind keine sozialistische Insel. Wir sind, was das Theater betrifft, eine Insel, ja und eine ziemlich einsame, das muss man schon sagen.»*

## Handkes Rückkehr zu Brecht

Die Zeit der Brechtianer und Brecht-Epigonen ist vorbei. Es sind grössere Anstrengungen und grundsätzliche Ueberlegungen nötig, will man Brechts Aktualität unter Beweis stellen. Auch die Zahl der Dramatiker, die im Gefolge Brechts Stücke geschrieben haben, ist zurückgegangen. *Von Belang sind nur Autoren, die sich mit Brechtschen Mitteln über Brecht hinweggesetzt haben.* An erster Stelle wären *Heiner Müller* und *Hartmut Lange* zu nennen. Sogar ein Autor, der gegen Brecht polemisiert hat, kehrt mit seinem neuesten Stück auf eine merkwürdige Art zu Brecht zurück: *Peter Handke.*

In *«Die Unvernünftigen sterben aus»* entwirft er das Porträt des Unternehmers Quitt, eines grossen Einzelnen wie Peer Gynt, Jegor Bulytschow, Puntila oder Stifters «Hagestolz». Die Lebensbilanz des letzteren lässt sich Quitt von seinem Vertrauten Hans, der zu ihm gehört wie Matti zu Puntila, vorlesen: *«Mit meinem Tode fällt alles dahin, was ich als Ich gewesen bin.»* Quitt ist ausgestattet mit spätzeitlicher Sensibilität, er will Lust beim Geschäftemachen verspüren und nicht nur wie seine modernen Unternehmerkollegen Geld raffen mit Supermärkten, Volkswagen, Bausparverträgen und Massentourismus. Das Preiswerte bezeichnet er als das Unmenschliche. Die Gefahr des Stücks: Seine Dialektik ist wie die in Brechts *«Im Dickicht der Städte»* idealistischer Art. Zu inszenieren ist deshalb nicht die Tragödie des Unternehmers, sondern die Kraft seiner Erkenntnisse und menschlichen Einsätze. Anders als der Grossbauer Marski in Hartmut Langes gleichnamigem Stück, der in einer sozialistischen Gesellschaft als Mensch weiterleben kann, sieht Quitt für sich keinen anderen Ausweg als Selbstmord. Zurück bleibt eine unbewohnbare Welt, Schlangen bevölkern die Bühne, die am Schluss öde ist wie eine Wüste. *«Die Massen haben andere Sorgen»*, wendet die Unternehmerin Paula gegen Quitt ein, als er ihr vorhält, dass sich die Menschen vor lauter Ursachen nicht mehr um die Erscheinungen kümmern. Da Paula ein Herz für die Unterdrückten, sprich ihre Kunden hat, arbeitet sie daraufhin, dass es den Massen immer besser geht und sie keine Sorgen mehr haben müssen. Doch Quitt gibt zu bedenken: *«Und dann werden die Massen vielleicht meine Sorgen haben, die nicht vorübergehen.»*

Kunst, meinte Brecht, ist nicht etwas, *«das mit Ansichten zu schaffen hätte»*, sie muss Spannungen erzeugen, Widersprüche formulieren, Geschichte verlebendigen. Peter Handke ist das mit *«Die Unvernünftigen sterben aus»* grossartig gelungen. *Es ist ein revolutionäres Stück, weil es nicht auf die politische Revolution warten muss, um die Vorbilder zu bekommen, auf die Autoren angeblich klassenkämpferischer Stücke spekulieren.* Handke versteht Geschichte, mit Walter Benjamin zu sprechen, als *«Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit, sondern die von ‚Jetztzeit' erfüllte bildet».*

*Klaus Völker*


# Wer weiss

vielleicht lässt sich im nächsten Herbst ein Flug Zürich–London nur noch metaphysisch durchführen. Heute hingegen verbrennst Du immer noch 60 Liter Kerosen pro Person auf einem London-Flug.

# Wir wären nicht der SSR,

wenn wir nicht sofort nach neuen Lösungen gesucht hätten:

Unter Typenbezeichnung «Groovy I» vom Konzil abgenommen

Zur Zeit gilt noch folgender Flugplan:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Athen | Fr. 170.– | Madrid | Fr. 150.– |
| Dublin | Fr. 132.– | Oslo | Fr. 193.– |
| Helsinki | Fr. 238.– | Stockholm | Fr. 190.– |
| Kopenhagen | Fr. 119.– | Tel Aviv | Fr. 243.– |
| London | Fr. 102.– | Bangkok | Fr. 745.– |
| ab Basel | Fr. 90.– | | |
| Spezialwochenendtarif Zürich–London–Zürich | Fr. 175.– | | |

Diese Flüge sind nur für vollimmatrikulierte Studenten und Mittelschüler. Die Preise verstehen sich einfach.

Daneben vermittelt der SSR noch andere Flüge mit günstigen Tarifen. Hier sind die Teilnahmebedingungen von Fall zu Fall anders. Im übrigen kannst Du beim SSR auch alle IATA-Flüge (Swissair usw.) buchen. Auch hier gibt es Spezialtarife für Studenten und Jugendliche, die wir Dir natürlich offerieren.

**SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST**

Basel Bern Genève Lausanne Lyon Neuchâtel St. Gallen Zürich

# «Theorien der internationalen Beziehungen» - ein problematischer Reader

**Dieser Artikel bezieht sich auf die soeben im Piper-Verlag in München erschienene Publikation «Theorien der internationalen Beziehungen», für die der Professor für Politologie an der Universität Zürich, Daniel Frei, als Herausgeber zeichnet.[1]) Einerseits erschien uns die Entstehungsgeschichte des Readers als exemplarischer Fall der Veröffentlichung wert, andrerseits hat unsere kritische Stellungnahme – die wir dem Herausgeber bereits vor der Drucklegung überreichten – nur unwesentlich an Aktualität eingebüsst. Da der Reader als mehr oder eher weniger frei-williges Lehrmittel für zukünftige Politologiestudenten gedacht ist, scheint es uns notwendig, gewisse kritische Bemerkungen anzubringen.**

Im politologischen Proseminar «*Einführung in die Theorien der internationalen Politik*» des Wintersemesters 1972/73 stellte Prof. Daniel Frei die einzelnen Artikel verschiedener Autoren[2]) vor, die im heutigen Reader zusammengestellt sind. Aufgrund der sich ergebenden Diskussionen verfasste er die jeweiligen Einleitungstexte und legte sie den Studenten vor – mit der Aufforderung zur Stellungnahme. Diese Gelegenheit zur Kritik wurde in der Folge von Seiten der Studenten kaum benützt, wohl deshalb, weil bereits die Lektüre einiges an Zeit und Kenntnis der betreffenden Theorien voraussetzte. Diese mangelnde kritische Beteiligung ist um so bedauerlicher, als ein Unbehagen an der Auswahl und Präsentation der Artikel hie und da laut, jedoch kaum ausformuliert wurde. Wird von der Seite eines Professors schon die an und für sich lobenswerte Möglichkeit zur studentischen Stellungnahme geboten, sollte sie unseres Erachtens besser genutzt werden. Anderseits muss gesagt sein, dass das, was im Vorwort des Readers als «*in der akademischen Unterrichtspraxis entstanden und durch kritische Diskussion mit den Studierenden wesentlich geformt*» bezeichnet wird, in unseren Augen als gelinde Uebertreibung erscheint.

Wie bereits angetönt, entspricht die folgende Kritik in weiten Teilen der Stellungnahme zu den damals noch im Entwurf bestehenden Einleitungstexten des Herausgebers. Wie dort geht es in der Folge nicht um eine Kritik an den bisherigen theoretischen Leistungen im gewaltig expandierenden Fachbereich der politischen Wissenschaft, vielmehr um eine Kritik des Theorie und Wissenschaftstheorieverständnisses sowie der Auswahl und Präsentation der Theorien im erschienenen Reader.

## Das Theorieverständnis

Was ist Theorie? Theorie im engeren Sinne – und so muss sie in einem wissenschaftlichen Anspruch erhebenden Buch verstanden sein – kann beschrieben werden als ein Gefüge von Sätzen über ein Sachgebiet, die miteinander in angebbarer Beziehung stehen, und zwar derart, dass aus einigen von ihnen die übrigen abgeleitet werden können. Dass alle Teile einer Theorie logisch widerspruchslos verknüpft sein müssen, ist die Grundforderung an jedes theoretische System. [3])

Theorie ist mehr als blosser Bezugsrahmen, mehr als kognitive Struktur, die die Funktionen der Selektion, Ordnung und Erklärung sowie die Kriterien der maximalen Leistungsfähigkeit bezüglich vorliegender Information, der inneren Konsistenz und der «Wahrheit» erfüllt (vgl. Reader S. 11 ff.). Besonders einem Studienanfänger muss klargemacht werden, dass der Alltagsgebrauch den Begriff Theorie anders verwendet, als das in der Wissenschaft üblich ist. Wird beispielsweise aufgrund bestimmter Bedingungen nicht differenziert zwischen einer Theorie im engeren Sinne und einer Vor- oder Protheorie, so erhält der Leser einen unklaren Endruck von Theorie und ist nicht in der Lage, zu erkennen und zu begreifen, was nun der Unterschied zwischen Vorstellungen oder Ideologien (hier im üblichen Sinne) und Theorien ist.

Fragen wie diejenige nach der Wertgebundenheit von Forschung oder diejenige nach den Grenzen der jweiligen Möglichkeiten zur Herstellung von Theorien bedürften in einer Theoriensammlung einer eingehenden Abhandlung. Uns scheint, dass in den Einleitungstexten des Readers diesbezüglich etwas unbekümmert verfahren wurde.

## Das wissenschaftstheoretische Verständnis

Jegliches Theoretisieren und jede Beschäftigung mit bereits vorhandenen Theorien haben eine wissenschaftstheoretische Basis, sei diese nun explizit gemacht oder nicht. Gerade letzteres ist den Einleitungstexten vorzuwerfen, denn es geht um mangelnde Erklärung und Begründung einer Position, die überall durchschimmert, sei es in der Auswahl, Präsentation oder Kritik von Theorien durch den Herausgeber. Die Begründung für das Insistieren auf präziser Theorie- und Wissenschaftstheorieexplikation ist folgende: Es sollen bekanntlich Anfängern Grundbegriffe geliefert und Zusammenhänge aufgezeigt werden. Dies ist nur dann möglich, wenn die zentralen Begriffe klargestellt und explizit gemacht werden. Es existieren in der politologischen Literatur Schemen, die gerade Anfängern die notwendigen Zusammenhänge plausibel machen und sie den Stellenwert der verschiedenen Theorien besser beurteilen lassen. [4]) Was nützt dem Leser eine Kumulation von Theorien ohne die Fähigkeit, sie nach gewissen Kriterien zu ordnen? Auch wenn im Vorwort erklärt wird, dass «*jede ‚Einteilung' der Theorien auf diesem Gebiet zwangsläufig eine scheinbare und fragwürdige sein müsste, da sie sich häufig und in komplexer Weise überschneiden und einander durchdringen und nicht einfach schubladenartig klassifiziert werden können*», und versucht werde, «*besonders auffällig Ansätze punktweise aufzugreifen*», so muss unseres Erachtens der Vorwurf mangelnder Systematik und kaum explizit gemachter wissenschaftstheoretischer Basis in einem Einführungsbuch bestehen bleiben – denn darum handelt es sich bekanntlich. Damit kämen wir zum Kriterium der Auswahl der Theorien.

## Zur Auswahl der Theorien

Das Auswahlkriterium des Herausgebers wird als bescheiden, pragmatisch bezeichnet: «*‚Wichtig' gelten hier theoretische Ansätze dann, wenn sie durch die Häufigkeit und die Intensität, mit der sie bisher in der wissenschaftlichen Diskussion aufgegriffen worden sind, besonders hervorstechen.*» Dieser Pragmatismus wird auch begründet – mit der Einzigartigkeit der Theorien unter anderem, die jede Einteilung fragwürdig mache, abgesehen eben von der Auswahl nach der quasi historischen Repräsentativität der Theorien. Dieses Verfahren war bisher üblich beim Zusammenstellen von Geschichtsbüchern und Geschichtsunterricht. Die Disziplin Internationale Beziehungen unterscheidet sich nun jedoch mindestens in den folgenden zwei Punkten von der historischen Disziplin:

● in der Entstehung:
Im Gegensatz zur historischen Disziplin als Reflektierung der Tradierung von Instrumenten und Kenntnissen ist die politologische Disziplin als Reaktion auf den Zusammenbruch der europäischen Ordnung nach dem 2. Weltkrieg und als Antwort der empirisch-analytischen Wissenschaften auf die marxistischen Imperialismustheorien zu verstehen. Dies kann in diesem Ort nicht näher ausgeführt werden.

● In Anspruch und Zielsetzung:
Historische Disziplin soll umschrieben werden als Instrument der Erhellung der Vergangenheit und Gegenwart mit Hilfe der Analyse der Vergangenheit, wobei die politologische Disziplin als Versuch der Interpretation des internationalen Systems, der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Konflikte und Widersprüche im Kontext globaler Interdependenz und unter Berücksichtigung der aktuellen weltpolitischen Entwicklung verstanden werden soll.

Eine zu den Ursachen und Ursprüngen zurückfragende Wissenschaft Internationale Beziehungen kann sich kaum damit begnügen, das bestehende Gleichgewicht des Schreckens mittels alter und bewährter Theorien zu rationalisieren und bei einem einen immer zentraleren Platz einnehmenden Komplex der Entwicklungsproblematik (Nord-Süd-Ungleichheit) zu resignieren ob des mangelnden zeitlichen Abstandes und des daraus folgenden erschwerten Beurteilungsvermögens. Gerade die Problematik der Entwicklungsunterschiede fehlt in diesem Reader – im Gegensatz zu andern ähnlichen Werken [5]) – ohne einleuchtende Begründung. Dazu kommt, dass Theorien und theoretische Ansätze mit wirtschaftlichen Fragestellungen in der vorliegenden Auswahl zu kurz kommen, obwohl sich deren Relevanz in der heutigen Weltpolitik vielfach beweisen lässt.

Zusammenfassend gesagt: Das Kriterium der Auswahl der historischen Repräsentativität von Theorien erscheint fragwürdig. Bisherige Theorie ist allzuoft stehengeblieben bei der Fragestellung nach Gleichgewicht, Stabilität, Integration, Wahlbeteiligung, Gipfelbesuchen etc. All das führt zu Ergebnissen, die zur bisherigen Erkenntnis von den bestehenden Verhältnissen wohl addiert werden können, die aber kaum Alternativen aufzuweisen imstande sind. «Strukturbedingungen kann man nur zureichend untersuchen, wenn man die Frage höher ansetzt als bestehende Strukturen» [6]) – dies ist aber unmöglich, wenn die Vergangenheit und deren Analyse mehr Platz erhalten als die aktuelle Situation. Dazu kommt noch folgende Ueberlegung: Der Reader ist für Anfänger gedacht. Für solche ist ein derart extensiver Ueberblick, der zwar für die wissenschaftliche Diskussion repräsentieren soll, aber weder nach wissenschaftstheoretischen noch anderen Gesichtspunkten geordnet ist, eher verwirrend als hilfreich. Irgendeine Strukturierung des Stoffes drängt sich unseres Erachtens auf.

## Willkürlichkeit der Beurteilung und Kritik

Willkürlichkeit der Beurteilung heisst, dass die dargestellten theoretischen Ansätze oft nicht nach den gleichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Aus diesem Grund ist einem Leser, der sich erst mit Politologie zu beschäftigen beginnt, kaum möglich, die verschiedenen Ansätze gegeneinander abzuwägen. Zudem erfüllt eine unsystematische Kritik, die hier diesen und dort jenen Punkt aufgreift, im Zuge einer vergleichenden Darstellung verschiedener Ansätze ihren Zweck nicht, sie bringt in die stetig anwachsende Fülle des Dargebotenen keine Ordnung und Klarheit. Sie vermittelt ein verzerrtes Bild, da ähnliche Dinge mit verschiedenen Massstäben gemessen werden. Dass man so auch den einzelnen Ansätzen nicht gerecht wird, dürfte klar sein.

Es sind verschiedene Kriterien denkbar zur Beurteilung von Theorien; sie können hier nicht ausführlich behandelt werden. Als Beispiele gelten der wissenschaftstheoretische Hintergrund, der Grad der theoretischen Durcharbeitung (Protheorie, Theorie), die Klarheit von Konzepten, Definitionen und Aussagen, die Folgerichtigkeit und Widerspruchsfreiheit, die Voraussage- und Erklärungsfähigkeit, die Reichweite und Möglichkeit der Uebertragung auf andere Bereiche, der Grad der empirischen Prüfbarkeit etc. [7]) Bei der Anwendung solcher Ansatzpunkte der Kritik geht es nicht darum, jeden Ansatz nach allen diesen Punkten ausführlich abzuhandeln. Vielmehr soll auf die wichtigsten Punkte, die eine Menge von Aussagen zu einer Theorie machen, hingewiesen werden und so dem Leser eine Orientierung und erste Beurteilung ermöglicht werden. Benützt man ein solches Schema der Beurteilung, so setzt das neben der Formulierung des eigenen Standpunkts resp. des eigenen Erkenntnisinteresses eine gründliche Aufarbeitung des behandelten Stoffes voraus.

## Zum Erkenntnisinteresse wissenschaftlicher Arbeit

Da es eine nicht wertgebundene Forschung nicht gibt, ist es um so wichtiger, die angewandten Kritierien explizit darzulegen. Die vorliegende Kritik an Daniel Freis neuem Reader rührt nicht zuletzt daher, dass es uns im Lauf der Entstehungsgeschichte desselben immer schwerer fiel, die aus pragmatischen Gründen erfolgte Auswahl und Präsentation der Theorien zu bejahen. Aus unserem Erkenntnisinteresse heraus fordern wir ein wissenschaftliches Tun, das darauf zielt, «*eine Welt umzubauen, die zu tiefer Unzufriedenheit Anlass gibt*» (Dahrendorf), und nicht darauf, «*sichtbar zu machen, was sowieso geschieht und gar nicht zu ändern ist*» (Schelsky). Es geht – mit anderen Worten – um eine zu nützende Chance wissenschaftlicher Erkenntnis im Bemühen um eine Weltordnung, in der Friede nicht bloss Abwesenheit von Krieg, sondern Struktur der Gerechtigkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist. Eine derart bestandeskritische Analyse der Gesellschaft und der Wissenschaft erfordert analytisch brauchbare und explizit gemachte Urteilskriterien.

*Katharina Ley*
*Matthias Peters*

**Anmerkungen**

1) Daniel Frei, Hrsg. «Theorien der internationalen Beziehungen», Bd. 18 der Reihe Piper Sozialwissenschaft, Piper-Verlag, München 1973.

2) Es handelt sich dabei um zwei Dutzend Texte zur Thematik der internationalen Beziehungen der Autoren wie W. F. Hegel, E. B. Haas, Hans J. Morgenthau, Ekkehart Krippendorff, Karl W. Deutsch, Johan Galtung, Anatol Rapoport, Ch. E. Osgood, Amitai Etzioni u. a.

3) Es ist hier nicht der Ort, um die Anforderungen an eine Theorie genauer abzuhandeln. Ueberdies gibt es darüber eine Menge Literatur, von der nur folgende genannt werden soli: Rudner. R. S., «Philosophy of Science»; Zetterberg, H. L., «On Theory and Verification»; Blalock, H. M., «Theory Construction» etc.

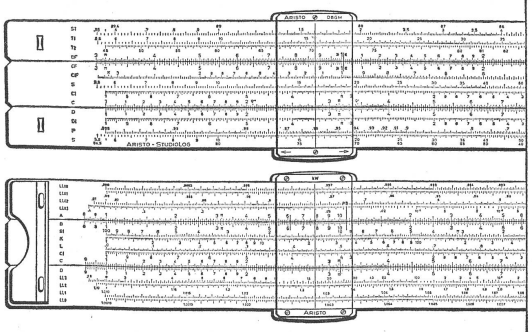
4) Es sei hier auf K. von Beyme verwiesen, der in seinem ebenfalls in der Reihe Piper Sozialwissenschaft (Bd. 12) erschienenen Buch «Die politischen Theorien der Gegenwart, eine Einführung», nicht nur die verschiedenen Wissenschaftstheorien erklärt, sondern seine Publikation dementsprechend konzipiert hat (siehe z. B. dort S. 321).

5) Hier soll wieder die bereits erwähnte Publikation von K. vom Beyme erwähnt werden, eine ebenbürtige von K. P. Tudyka, «Internationale Beziehungen», Kohlhammer, 1971 – beide Einführungen bestechen neben der klaren wissenschaftstheoretischen Darstellung durch den heute obligaten Einbezug der Entwicklungsproblematik (vor allem Beyme).

6) zit. bei W.-D. Narr in «Politikwissenschaft», Hrsg. G. Kress und D. Senghaas, S. 22.

7) Literaturhinweis: Klaus Holzkamp, «Kritische Psychologie», Fischer-Taschenbuch Nr. 6505, S. 11 ff.


ARISTO-
StudioLog



Der ARISTO-Studio wurde in zwanzig Jahren — dank seiner praktischen Skalenanordnung zum schnellen und sicheren Rechnen und wegen der präzisen Teilung mit deutlicher Bezifferung — zum meistbenutzten Rechenstab für Ingenieurberechnungen.
Mit insgesamt 29 Skalen, klar und übersichtlich auf einem breiteren Körper angeordnet, setzt der neue Rechenstab ARISTO-StudioLog die Tradition des ARISTO-Studio fort. Zwei weitere Exponentialskalen, eine 2. Tangensskala, eine zweite, bewegliche Sinusskala sowie die Kehrwertskalen BI und DI bieten die Möglichkeit, mit weniger Einstellungen und kürzeren Rechenwegen noch schneller zu rechnen und die Rechengenauigkeit zu erhöhen.
Bitte fordern Sie Informationsmaterial R 32 an.

Generalvertretung:
Lindenmann AG • 4000 Basel 18 • Delsbergerallee 38

ARISTO

ARISTO-WERKE • DENNERT & PAPE KG • HAMBURG

Wer hat Angst vor der Mitbestimmung? Dr. A. Buss, Vizepräsident der Buss AG, einmal vor dem Basler Volkswirtschaftsbund zur Mitbestimmungsinitiative: «*Die Leistungsfähigkeit der Unternehmer wird eingeschränkt, wenn jemand nebendran noch mitregiert.*» Womit mindestens klar gesagt wäre, wer hierzulande regiert . . .

★

Angst, vielleicht nicht ohne Gründe. Gemäss Nationalrat Hans Rüegg, Rüti ZH, *ist das Unternehmen in unserem Wirtschaftssystem primär auf Leistung und Ertrag ausgerichtet*». Weiter: «*Darum müssen wir eine Mitbestimmung auf der Ebene der Leitungsgremien ablehnen, weil eine solche die Schlagkraft und die Ertragskraft der Unternehmen beeinträchtigen könnte.*» So gesprochen in einem Referat vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Dass es andere Werte geben kann als die «*Schlag- und Ertragskraft*» der Unternehmen will Rüegg nicht einleuchten. Darum folgert er denn auch kurz und bündig: «*Mitbestimmung ist insofern in unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung systemwidrig.*»

★

Aber Rüegg sieht die Probleme schon richtig. Und hat auch Alternativen bereit: «*Die angestellten Geschäftsleitungen richten ihr Augenmerk so stark auf das ja gerade im Interesse der Arbeitnehmer liegende Fortdauern und Gedeihen der Gesamtunternehmung, dass Kenner des Wirtschaftsalltags etwas überspitzt bemerkt haben, es bedürfe heute eher einer Mitbestimmungsinitiative zugunsten der Aktionäre als einer zugunsten der Arbeitnehmer.*»

★

Arme Aktionäre. Zum Trost sei ihnen gesagt, dass sie mindestens nicht allein sind. Denn auch der Kredit- und Baubeschluss sowie die dringlichen Bundesbeschlüsse zur Bekämpfung der Preissteigerung haben «in der Regel immer nur eine Minderheit, nämlich die Unternehmen, die aus der Natur ihrer Tätigkeit heraus bereit sind, mehr zu arbeiten und ein grosses Risiko zu tragen», getroffen. So jedenfalls Fritz Koenig, seines Zeichens Präsident des Verbandes Schweizerischer Generalunternehmer und Brigadier der Schweizer Armee. Wer hätte da nicht auch Erbarmen?

★

Minderheitenschutz wird immer dringlicher. Gerade auch mit den Bestrebungen zur Einführung einer Reichtumssteuer. Denn immerhin lastet auf den schmalen Schultern von nur drei Prozent aller Steuerpflichtigen die schwere Bürde der Hälfte des gesamten Volksvermögens.

★

Trotzdem, der Staat braucht Geld. Und sei es auch nur zur Subventionierung der Militärvereine. Diese «*Träger der vor- und ausserdienstlichen körperlichen und militärischen Ausbildung der Wehrmänner*» erhalten jährlich vom Bund immerhin die ansehnliche Summe von 390 000 Franken, während die politischen Parteien z. B. leer ausgehen. Wird dort wohl zu sehr geistig und zu wenig «*körperlich und militärisch*» gearbeitet?

★

Militär! Alles Leben strömt aus dir! Weil sie keinen Militärdienst leisten, erleiden Schweizer Arbeiterinnen auf ihrem Durchschnitts-Stundenlohn eben auch eine Einbusse von ungefähr dem Tagessold eines Soldaten. 3.21 Franken in der Stunde oder ganze 58% verdiente eine Arbeiterin im vergangenen Jahr gemäss Biga weniger als ihre männlichen Kollegen.

★

Falls die Frauen mehr Lohn forderten, könnte man ja immer noch billige Fremdarbeiter importieren . . . An arbeitslosen Sizilianern z. B. fehlt es nicht. Trotzdem werden nach Sizilien Fremdarbeiter aus Tunesien eingeführt, weil sie ihre Arbeitskraft eben noch billiger verkaufen als die einheimischen Arbeitskräfte.


Die Schweiz und die Entwicklungs-Zusammenarbeit
von Botschafter Sigismond Marcuard, Delegierter für technische Zusammenarbeit, und seinen Mitarbeitern.
**Soeben erschienen**
in der Reihe ‹Orientierungen› der Schweizerischen Volksbank
Verlangen Sie bitte Ihr Gratis-Exemplar mit untenstehendem Talon.
Name Nr. 58
Vorname
Adresse
PLZ/Ort
Schweizerische Volksbank, Generaldirektion ‹Orientierungen› Nr. 58 Bundesgasse 26, 3001 Bern

Notizen zur Mitbestimmungsdiskussion

# In Deutschland normal — in der Schweiz verdächtig

**Am Tage nach Annahme der Mitbestimmungsinitiative wird die Schweizer Wirtschaft im Chaos versinken. Eine «unheilvolle Syndikalisierung der Wirtschaft», ein «erster Schritt zur Umgestaltung der Wirtschaftsordnung» werden alles anders werden lassen. Während die Schweizer Unternehmer so reden, erarbeiten ihre deutschen Tochterfirmen weiterhin Millionengewinne – just unter einem Betriebsverfassungsgesetz, das viel weiter geht als das, was man in der Schweiz überhaupt zu diskutieren wagt.**

Seit zwei Jahren gilt in der Bundesrepublik das neue *Betriebsverfassungsgesetz*. Ihm unterstehen alle Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten, also etwa die *BBC Mannheim*, die grösser als das Badener Unternehmen ist, oder die *Escher Wyss GmbH in Ravensburg, die Gebrüder Sulzer Heizungs- und Klimatechnik GmbH in Stuttgart* oder die *Sarotti AG (Nestlé)*, die *Nordcement AG in Hannover (Holderbank-Schmidheiny-Gruppe)* oder die *Ciba-Geigy AG* in Grenzach. Eventuell schlechtere Geschäftsergebnisse der letzten beiden Jahre wurden von den Schweizer Unternehmern in Deutschland mit der abgeflauten Konjunktur, etwa des Jahres 1971, begründet, aber bezüglich der recht weit gehenden Beschneidung von Unternehmervorrechten im Betriebsverfassungsgesetz wurde keine Klage laut.

## Das deutsche Modell

Das neue *Betriebsverfassungsgesetz* dürfte in Europa nur noch vom jugoslawischen System übertroffen werden, wobei dort die Produktionsmittel grösseren Ausmasses überhaupt nicht mehr in privater Hand sind. Daher wird natürlich in Deutschland vor der integrativen Funktion solcher wirtschaftlicher Demokratisierungsbemühungen in einer weiterhin dem privaten Kapital unterworfenen Gesellschaft gewarnt. Unternehmer wiederum mögen argumentieren, die Anwendungszeit von erst knapp zwei Jahren sei noch zu kurz, um überhaupt Wirkungen beurteilen zu können. *Dennoch stellt das Gesetz ein Modell dar, das einen möglichen Rahmen für den Inhalt abgibt, den die Mitbestimmungsinitiative in der Schweiz bei ihrer praktischen Verwirklichung erhalten könnte.* Dass schliesslich ein solches Modell nicht den *Abschluss*, sondern eher den *Ausgangspunkt* weiterer Entwicklungen in der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt abgibt, zeigt gerade die neueste deutsche Diskussion um die paritätische Besetzung der Verwaltungsräte. In der Schweiz, wo Unternehmerverbände Bildungsartikel zu Fall bringen können, täte eine solche Anlernzeit unter einem Betriebsverfassungsgesetz den Beschäftigten recht wohl.

## Bis zu 33 Köpfe

Betriebe mit 5 bis 20 Beschäftigten wählen einen Mann als Betriebsrat, solche mit bis zu 300 Beschäftigten sieben, und Grossbetriebe mit über 10 000 Beschäftigten bekommen sogar 33 Betriebsräte. Weist ein Unternehmen mehrere Betriebe auf, so gelten die Bestimmungen für jeden der Betriebe, und für das Gesamtunternehmen wird aus Delegierten der einzelnen Betriebsräte ein Gesamtbetriebsrat zusammengestellt. Die Delegierten stimmen im Verhältnis der von ihnen vertretenen Betriebsangehörigen. Minderheitsgruppen haben ein Anrecht auf gesetzlich vorgeschriebene Anteile im Rat. Ebenso müssen die Frauen im Betriebsrat entsprechend ihrer Stärke im Personal vertreten sein. Die Wahl ist geheim und erfolgt alle drei Jahre.

## Sitzung im Stundenlohn

Die Betriebsräte üben ein unentgeltliches Ehrenamt aus, aber die Sitzungen dürfen während der Arbeitszeit abgehalten werden. Ueberdies muss der Unternehmer die Räume, die sachlichen Mittel und das notwendige Büropersonal unentgeltlich zur Verfügung stellen. In Unternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten muss das Unternehmen ein Mitglied zum bisherigen Lohn für die Ratstätigkeit voll freistellen, bei 5000 Beschäftigten sechs, bei über 10 000 Beschäftigten sogar 11 Mitglieder des Betriebsrates. Auch für die zur Amtsausübung notwendige Schulung der Betriebsratsmitglieder muss die Firma sorgen.

## Sicherung gegen Unternehmerwillkür

Vorbildlich ist der Schutz des Gesetzes gegen Repressalien der Unternehmensleitung gegenüber den Betriebsräten. Es verbietet die Herabsetzung von Entgelt und Zulagen der Betriebsratsmitglieder während ihrer Tätigkeit und bis ein Jahr nach Amtsende. Ihre berufliche Entwicklung darf weder benachteiligt noch begünstigt werden. Hiermit soll auch der «Bestechung» durch rasche Beförderung entgegengewirkt werden. Auch darf das Unternehmen den Ratsmitgliedern während ihrer Amtszeit keine andere Arbeit zuweisen. Ein Ausschluss aus dem Betriebsrat kann nur erfolgen, wenn offensichtliche Vernachlässigung gesetzlicher Pflichten vorliegt. Der Ausschluss muss durch ein Viertel der Betriebsangehörigen oder durch eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft oder durch den Unternehmer beim Arbeitsgericht beantragt und begründet werden.

## Die Betriebsversammlung

Alle Betriebsangehörigen versammeln sich auf Wunsch eines Viertels der Belegschaft oder des Unternehmers oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft, mindestens aber viermal jährlich. Falls der Unternehmer die Einberufung verlangt, findet die Betriebsversammlung während, sonst ausserhalb der Arbeitszeit statt. Die Unternehmensleitung muss zu den Versammlungen eingeladen werden, und sie hat mindestens einmal jährlich über die personelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Firma zu berichten. Der Betriebsrat berichtet der Versammlung mindestens viermal im Jahr über seine Tätigkeit.

Diese Aktivität des Betriebsrates umfasst Sprechstunden, eine monatliche Besprechung mit der Unternehmensleitung und im allgemeinen die Wahrung der Interessen der Belegschaft. Er wacht also über die Durchführung der Gesetze, die sie betreffen, über die Anwendung der Tarifverträge und hat sich besonders der Schwerbeschädigten, der Ausländer und der älteren Beschäftigten anzunehmen.

## Bereiche der Mitbestimmung

Die Betriebsräte erhielten durch das Gesetz wichtige innerbetriebliche Kompetenzen. Kommt in den nachgenannten Gebieten keine Einigung mit der Unternehmensleitung zustande, so tritt eine paritätisch aus Betriebsrat und Unternehmen gebildete Einigungsstelle mit einem unparteiischen Vorsitzenden in Aktion und entscheidet. Die Unternehmensleitung hat also nicht das letzte Wort. Dieser Entscheidungsmechanismus bezieht sich auf die Erstellung der Betriebsordnung, die somit nicht einseitig erlassen werden kann. Die Festsetzung und die Unterteilung der Arbeitszeit unterliegen ebenso diesen Bestimmungen. Auch die Entscheide über Kurzarbeit oder Ueberstunden werden so getroffen. Desgleichen die Urlaubsgrundsätze, die Anwendung von Ueberwachungseinrichtungen (Verhalten oder Leistung der Belegschaft). Diese Mitbestimmung erstreckt sich im weitern auf die Form, die Ausgestaltung und die Verwaltung von Sozialeinrichtungen des Betriebs. Die Betriebswohnungen dürfen nur auf diese Weise zugeteilt und gekündigt werden.

Sehr wichtig ist die Festsetzung der Lohngrundsätze und Lohnmethoden, der Akkord- und Prämiensätze. Dem einzelnen Beschäftigten müssen im übrigen auf sein Verlangen hin die Berechnung und die Zusammensetzung seines Arbeitsentgeltes erklärt werden. Die Gewerkschaften haben freien Zugang zum Betrieb. Im Zeitalter der immer weiter gehenden «Persönlichkeitsbewertung» als Lohngrundlage, der Gesinnungsschnüffelei und des übermässigen Interesses der Firmenleitungen für das Privatleben der Beschäftigten ist es von grosser Bedeutung, dass das Betriebsverfassungsgesetz jedem Beschäftigten das Recht einräumt, seine Personalakte einzusehen. Er darf sogar eigene Anmerkungen eintragen lassen und kann auch ein Mitglied des Betriebsrates beiziehen.

In personellen Angelegenheiten ist der Betriebsrat stets rechtzeitig zu informieren. Seine Zustimmung ist einzuholen, bevor Personalfragebögen ausgearbeitet werden können. Ebenso bestimmt er die Richtlinien des Unternehmens für Einstellungen und Kündigungen mit. Auch für Umgruppierungen und Versetzungen innerhalb des Unternehmens ist er zuständig. Ein Nein des Betriebsrates kann nur durch die Einigungsstelle oder das Arbeitsgericht umgestossen werden. Eine Kündigung, die ohne vorherige Anhörung des Rates ausgesprochen wurde, ist ungültig. Der Rat darf sie ablehnen, wenn die sozialen Gesichtspunkte des Falles nicht oder ungenügend berücksichtigt wurden, wenn der Betreffende anderswo im Betrieb weiterarbeiten kann und wenn eine Umschulung durch den Betrieb zumutbar ist. Im Zweifelsfall entscheidet wiederum das Arbeitsgericht.

Freie Arbeitsplätze müssen zuerst im Betrieb ausgeschrieben werden. Für die Ausgestaltung der betrieblichen Weiterbildung ist die Zustimmung des Betriebsrates notwendig.

## Wirtschaftsausschuss: Blosse Information

*Mit der betrieblichen Ebene hören die Wirkungen des Betriebsverfassungsgesetzes aber auf.* Zwar müssen, wie erwähnt, Gesamtbetriebsräte auf Unternehmensebene gebildet werden, und bei verschachtelten Konzernen können die verschiedenen Gesamtbetriebsräte nochmals eine übergeordnete Stelle, den Konzernbetriebsrat, aufstellen. Aber deren Kompetenzen beschränken sich auf die beschriebenen innerbetrieblichen Fragen. Dies kann noch am Beispiel des Wirtschaftsausschusses verdeutlicht werden, der bei Unternehmen mit über 100 Beschäftigten neben dem Betriebsrat gebildet werden muss. Die Unternehmensleitung muss diesen Ausschuss zwar rechtzeitig und umfassend anhand von schriftlichen Unterlagen bei seinen monatlichen Zusammenkünften informieren (Lage der Firma, Produktion, Verkauf, Investitionsprogramme, vorgesehene Rationalisierungen, Arbeitsmethoden, Personalplanung und Berufsbildung). Aber Entscheidung oder Mitentscheidung besteht auf dieser Ebene nicht mehr. Damit erfasst die betriebliche Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz die übergeordneten Unternehmensziele, die dazu notwendigen Entscheidungen nicht. Die angestrebte Vertretung – nach Wunsch der SPD mindestens paritätisch – im Verwaltungsrat soll hier den Ausgleich bringen. Ueberdies sind den Betriebsräten Arbeitskampfmethoden formell untersagt, denn diese müssen nach Gesetz den Gewerkschaften überlassen werden. Auch darf vom Betriebsrat aus keine Parteipolitik betrieben werden.

## Rahmenbedingungen

Es kommt weitgehend auf die konkrete Situation an, wie weit etwa ein kühner Betriebsrat das Gesetz in seiner beträchtlichen Tragweite anwenden wird. Die in Deutschland grössere Kampffreudigkeit der Gewerkschaften spielt hier eine Rolle ebenso wie die Verpflichtung des Unternehmens, die Arbeit des Betriebsrates materiell und mit Büropersonal zu unterstützen. Im weitern verfügt die Bundesrepublik über eine viel grössere Transparenz des Wirtschaftsgeschehens als die rückständige Schweiz. Sogar Familienkonzerne müssen öffentlich Rechnung ablegen, und allgemein schreibt das deutsche Aktienrecht detaillierte Bilanzierung vor. Beteiligungen müssen bekanntgegeben werden, und die Möglichkeiten, im Unternehmen den grössten Teil des Gewinns in Abschreibungen und stillen Reserven versickern zu lassen, sind beschränkter als in der Schweiz. *Auch diese Unternehmerprivilegien müssen daher bei uns noch abgebaut werden, bevor Mitbestimmung einen Sinn bekommt.* Das deutsche Betriebsverfassungsgesetz und seine Rahmenbedingungen zeigen zumindest einen gangbaren Weg.

Im Gegensatz zu dem, worüber schweizerische Unternehmer echt provinzlerisch klagen, wird allein dadurch der private Produktionsmittelbesitz noch nicht aufgehoben. In Deutschland überbieten sich unterdessen CDU, FDP und Unternehmerverbände mit (nicht immer ganz revolutionären) Mitbestimmungsmodellen. Weil der Appetit mit dem Essen kommt und ihnen die mitbestimmungsgewohnte deutsche Arbeiterschaft davonläuft. *Beat Kappeler*

Unser Briefkasten für Ahnungslose

# Lieber Onkel Adolar!

*In einer Zeit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit sehen wir uns immer mehr vor brennende Fragen gestellt, die gebieterisch eine klare Antwort erheischen. Kein Blatt von Rang und Namen kann da abseits stehen, wo ein dringendes Informationsbedürfnis zu stillen ist. Wir freuen uns daher, unseren geschätzten Lesern die Dienste Onkel Adolars, eines versierten Kenners der Materie, zur Verfügung stellen zu können. Er wird mit Rat und Tat beistehen, wo es gilt, Dinge ins recht Licht zu rücken.*

*Die Redaktion*

★

*Herr G. M. in Biel.* Sie machen sich Sorgen, dass die Automobilindustrie empfindliche Produktionsausfälle erleiden könnte, falls das Sonntagsfahrverbot längerfristig einen Grossteil der Personenwagen an den Tag mit der grössten Kilometerleistung lahmlege.

Seien Sie unbesorgt. Wie aus den grossen Produktionszentren verlautet, haben die Automobilkonzerne bereits die nötigen Forschungsarbeiten angeordnet, welche bei den künftig herzustellenden Fahrzeugen eine Senkung der Lebensdauer um 15 bis 20% ermöglichen.

★

*Frau A. H. in Vauffelin.* Sie fragen an, ob der allgemeinen Auszahlung eines dreizehnten Monatsgehalts nicht eine inflationsfördernde Tendenz innewohne.

Prinzipiell trifft Ihre Befürchtung zu. Erfreulicherweise hat nun aber der Hauseigentümerverein in Aussicht gestellt, diese zusätzliche Geldmenge durch einen dreizehnten Wohnungsmietzins abzuschöpfen. Die so dem Umlauf entzogenen Mittel sollen dem dringend notwendigen luxuriösen Wohnungsbau zugewendet werden. Fragen Sie jetzt ja nicht weiter.

Strukturwandel der Wirtschaft führt zu Mieterverdrängung

# Städte werden gesprengt

*Dieser Beitrag ist Bestandteil einer 16teiligen Artikelfolge von Ruedi Jost, welche demnächst unter dem Titel «Stadt in der Krise» im «nzpanorama», einer Wochenendbeilage der «National-Zeitung», erscheinen wird. Die Reihe ist aus der gleichnamigen Hörfolge von Radio DRS hervorgegangen, die ebenfalls von Ruedi Jost gestaltet worden war.*

Vor einem Menschenalter noch war unser Land klar in Dorf, Kleinstadt und Stadt gegliedert. Heute quillt der Häuserbrei über die städtischen Becken. Hinter diesem offensichtlichen und radikalen Wandel versteckt sich ein weniger gut sichtbarer Strukturwandel unserer Wirtschaft. Das industrielle wird vom nachindustriellen Zeitalter abgelöst, einem Zeitalter, das die Futurologen als golden und paradiesisch prophezeiten. Jetzt, da es langsam Wirklichkeit wird und die ersten Auswirkungen sichtbar werden, scheint es nicht mehr so golden.

Man erinnert sich: Auch das industrielle Zeitalter wurde einstmals als goldenes Zeitalter angekündigt und brachte dann die Proletarisierung der grossen Massen. Die dramatischen Nebenwirkungen des nachindustriellen Zeitalters sind anderer Art. Sie dürften eher in der Ueberbeanspruchung der natürlichen und elementaren Ressourcen zu suchen sein und nicht zuletzt auch in der psychischen Belastung der Menschen.

Das Kennzeichen des nachindustriellen Zeitalters ist statistischer Art. Es ist dann Wirklichkeit, wenn mindestens die Hälfte der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor arbeitet.

Die Städte Zürich, Basel, Genf, Bern, Lausanne, St. Gallen, Luzern, Freiburg, Neuenburg und Chur haben die magische 50-Prozent-Schwelle bereits überschritten. Und im Jahr 2000 soll nach den Berechnungen der Prognostiker die ganze Schweiz soweit sein.

Die Städte spielen überhaupt eine grosse Rolle für den Dienstleistungssektor. Dies nicht aus irgendeinem Zufall, sondern weil die Stadt das eigentliche Element dieses Wirtschaftssektors darstellt. Vor allem die Innenstadt bietet Geschäften, Zentralverwaltungen und überhaupt sämtlichen *kapitalintensiven Dienstleistungsbetrieben* eine Standortqualität von überragender Bedeutung: einmal die *Verkehrslage* mit der besten Zugänglichkeit innerhalb der Region, dann die *Prestige- und Repräsentationslage*, die sich sowohl aus der Nachbarschaft zu traditionellen, mit symbolischen Werten behafteten Institutionen als auch aus der Ballung der führenden neueren Institutionen wie Kaufhäuser, Banken und Versicherungen ergibt.

Das Stadtzentrum wird so zum *«Central Business District»*. Hier gibt es für Stadtbewohner, aber auch für Gewerbe und Industrie keine Zukunft mehr. Sie werden verdrängt: in die Aussenquartiere, in die Vororte und bis weit in die Region hinaus.

Der Nationalökonom *Dr. Angelo Rossi* unterscheidet bei dem damit verbundenen Prozess, der Ersetzung der Einwohner durch Arbeitsplätze, vier Kausalzusammenhänge.

- Erstens verursacht der Zuwachs von Arbeitsplätzen die Verdrängung städtischer Bevölkerung in die Vororte.
- Zweitens bringt der Zuwachs von Arbeitsplätzen den Nachzug von zusätzlichen Erwerbstätigen samt ihren Familien, was ebenfalls zu einem Bevölkerungszuwachs in den Vororten führt.
- Drittens bedingen die verdrängten städtischen Bewohner wie auch die Neuzuzüger in den Vororten einen Nachzug von Arbeitskräften in diese Vororte, die wiederum ihre Familien nachziehen. Dies führt zu einem zusätzlichen Bevölkerungszuwachs in den Vororten.
- Viertens schafft der gesamte Bevölkerungszuwachs der ersten drei Kausalzusammenhänge die Voraussetzung für einen neuen Arbeitsplatzzuwachs in der Stadt.

Der Prozess geht so weiter und wird höchstens durch *Engpässe im Agglomerationsverkehr* abgebremst. Doch geht der Prozess nach den Verkehrssanierungen ungehindert weiter.

Auch der Strukturwandel geht weiter. Wie ein Motor hält er den ganzen Prozess in Gang. Der Dienstleistungssektor wächst und wächst und wächst. Immer mehr Dienstleistungsbetriebe drängen in die attraktiven Zentren und sprengen so die Städte von innen auf.

Wir haben die Wahl: Entweder wir überlassen die Stadt dem bürokratischen Dienstleistungssektor, oder wir beginnen mit einer *Standortpolitik*, die den Strukturwandel berücksichtigt und ermöglicht, allen Interessen, auch den schwächeren, gerecht zu werden.

*Ruedi Jost*

# konzept Tip

**In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.**

### Wohin führt die biochemische Forschung?

Unter dem Titel *«Domestizierung oder Befreiung»* ist eine 44seitige Broschüre erschienen, deren zentraler Teil den politischen und ökonomischen Hintergründen der Heilmittelproduktion gewidmet ist und in der auch Alternativen zum heutigen Zustand geschildert werden. Die Broschüre geht insbesondere auf das Beispiel *«Valium Roche»* ein und untersucht das Menschen- und Gesellschaftsbild, das dem heutigen *«Gesundheitsmarkt»* zugrunde liegt. Es fehlen auch nicht einige wissenschaftsgeschichtliche Betrachtungen sowie eine Kritik der Schweizerischen Forschungspolitik anhand einiger Zitate aus Expertenberichten, die der Wissenschaftsrat für die Erstellung seines Forschungsberichts einholte. Erhältlich gegen 2 Fr. in Briefmarken bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

### Chile — Wie informieren zwei grosse Berner Zeitungen?

In einer 16seitigen Broschüre untersucht die Arbeitsgruppe 3. Welt, Bern, die Berichterstattung über Chile im *«Bund»* und im *«Berner Tagblatt»* und vergleicht sie mit derjenigen des *«Tages-Anzeigers»* (Zürich) und der *«National-Zeitung»* (Basel). Bestellungen mit 0.80 Fr. in Briefmarken an: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007, 3001 Bern.

### Schweiz—Unctad

Eine Untersuchung über das Verhalten der Schweiz an der Welthandelskonferenz in Santiago de Chile. Geht, gestützt auf die Verhandlungsprotokolle, der Frage nach, inwiefern die Arbeit der Schweizer Delegation mehr oder weniger rhetorischer Natur war. Bestellungen an: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007, 3001 Bern. 3.50 Fr. in Briefmarken beilegen.

### Entwicklungszusammenarbeit — kritisch beleuchtet

Dokumentation zur Meinungsbildung über das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz. Vorschläge für eine bessere Konzeption. Gegen 3 Fr. in Briefmarken erhältlich bei: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007, 3001 Bern.

Der Schwelzerische Wissenschaftsrat veröffentlicht seinen Forschungsbericht

# 50 Mio. Fr. für «dringliche Forschungsbedürfnisse»

**Der nachfolgende Artikel soll Diskussionsmaterial liefern. Eng anliegend an den Wortlaut des Forschungsberichtes (also quasi aus der Sicht des Wissenschaftsrates) werden – ohne alle Details berücksichtigen zu können – die wissenschaftspolitischen Motivationen für die Erarbeitung des Berichts, das konkrete Vorgehen (von der Erfassung der Bedürfnisse bis zur Formulierung der Empfehlungen) und die vorgeschlagenen konkreten Massnahmen referiert. In einer der nächsten Nummern wird eine Artikelserie über die schweizerische Forschungs- und Wissenschaftspolitik beginnen. Im Rahmen dieser Artikelfolge werden wir uns auch kritisch mit dem hier vorgestellten wissenschaftspolitischen Dokument – auch mit einzelnen «sektoriellen Expertenberichten» und deren Zustandekommen – kritisch auseinandersetzen.**

**Rolf Nef**

Die *Widerstände*, auf welche staatliche Forschungspolitik stösst, haben zwei verschiedene Gründe. Der eine ist allgemeiner Art und liegt im Wesen der wissenschaftlichen Forschung; der andere ist spezifisch schweizerisch und hängt mit dem besonderen Verhältnis zusammen, welches bei uns zwischen der Hochschulforschung und der von der Industrie getragenen Forschung besteht:

● Der Wissenschaftsrat ist sich, wenn er im folgenden forschungspolitische Massnahmen verschiedener Art vorschlägt, jenes innersten Beweggrundes der Forschung völlig bewusst, welcher *schöpferische Freiheit und Initiative des Wissenschafters* genannt werden kann.

● Anderseits geht es aber nicht an, im Namen der individuellen Forschungsfreiheit einer nationalen Forschungspolitik grundsätzlich zu opponieren. Angesichts der finanziellen Aufwendigkeit heutiger wissenschaftlicher Forschung ist der Gedanke illusorisch, der Staat könne verpflichtet werden, jede Forschungsrichtung und jedes Forschungsunternehmen, für das irgendein Wissenschafter optiert, vollumfänglich zu finanzieren.

## Antinomien

Staatliche Forschungspolitik muss sowohl zielbewusst als auch beweglich sein. Sie hat als *primäre Aufgabe, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Forschung auf denjenigen Gebieten gedeihen kann, deren wissenschaftliche, staatspolitische oder wirtschaftliche Bedeutung unbestreitbar ist. Daneben aber müssen Vorkehren getroffen werden, damit auch Forschungen unterstützt werden können, die sich nicht voraussehen, geschweige denn planen lassen, wissenschaftliche Tätigkeit also, die sich zunächst nicht von ihrem Gegenstand her, sondern durch ihre Qualität und ihren Rang empfiehlt.*

Die Schwierigkeiten und Begrenzungen, denen die Inauguration einer kohärenten Forschungspolitik in einem Bundesstaat begegnet, *dessen Universitäten kantonal sind und dessen Wirtschaft einen hohen Grad von Selbständigkeit gegenüber dem Staat bewahrt hat, dürfen nicht zum Schluss führen, der Versuch einer forschungspolitischen Grundkonzeption des Bundes sei infolgedessen überhaupt nicht zu wagen.* In diesem Zusammenhang kommt der *Motivation* der staatlichen Forschungsförderung Gewicht zu. Man pflegt heute drei Motive zu unterscheiden, die in Stichworten wie folgt umschrieben werden können:

● Forschungsförderung um des Fortschritts der Wissenschaft willen

● Forschungsförderung aus wirtschaftlichen Gründen

● Forschungsförderung aus staats- und gesellschaftspolitischen Gründen.

Ein kurzer Blick auf die verschiedenen Motivierungen der staatlichen Forschungsförderung zeigt, dass eine umfassende Konzeption der Forschungspolitik einerseits den Bedürfnissen der Wissenschaft selber Rechnung zu tragen hat, anderseits aber auch den Bedürfnissen des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft nach wissenschaftlichen Leistungen. Jenes sind wissenschaftsimmanente Bedürfnisse; diese Probleme hingegen transzendieren den Raum der Wissenschaft im engeren Sinne. Die Beurteilung der Voraussetzungen für eine mittelfristige Forschungspolitik zeigte, dass der Ueberblick über die gegenwärtigen Forschungskapazitäten, Forschungsaktivitäten und insbesondere die künftigen Forschungsbedürfnisse nur in einem mehrjährigen Prozess zu gewinnen sein würde. Anderseits wussten wir, dass es eine Reihe von Forschungsbedürfnissen gab, mit deren Erfassung nicht jahrelang zugewartet werden dürfte.

## Von der Ermittlung der Bedürfnisse ...

Angesichts dieser Sachlage entschloss sich der Wissenschaftsrat Anfang 1970 zu einer *«Ermittlung der dringlichen Forschungsbedürfnisse in der Schweiz»*, die mit einer schriftlichen Umfrage im Sommer 1970 eingeleitet wurde. Mit dieser Bedürfnisermittlung hat der Wissenschaftsrat Neuland betreten. Der Begriff der *«Dringlichkeit»* war vor allem, wenn auch nicht ausschliesslich, zeitlich gemeint gewesen. So sollten primär jene Bedürfnisse und Probleme angemeldet werden, deren Lösung keinen zeitlichen Aufschub ertrüge (z. B. wegen des drohenden Informationsverlusts usw.). *Es entsprach aber unseren Intentionen, dass daneben auch jene Bedürfnisse genannt wurden, die so wichtig sind, dass unverzüglich Bemühungen zu ihrer Deckung eingeleitet werden sollten. In diesem Sinne stellt jede gravierende Lücke ein dringliches Problem dar.*

Die Erarbeitung der Empfehlungen erfolgte in fünf Stufen.

1. *Beschaffung von Informationen über Forschungsbedürfnisse.* – Es wurden zwei Typen von Fragebogen ausgearbeitet. Im einen wurde nach den *dringlichen Forschungsbedürfnissen aus der Sicht der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen*, im anderen nach den *Problembereichen*, zu deren Lösung Forschungsaktivitäten nötig sind, gefragt. Gesamthaft beteiligten sich rund 2000 Personen aus Hochschulen, Verwaltung und Privatwirtschaft an dieser Umfrage.

2. *Auswertung der mittels der Fragebogenaktion erfuierten Forschungsbedürfnisse.* – Das eingegangene Material wurde in 38 Auswertungsbereiche aufgeteilt und von Fachwissenschaftern weiterbearbeitet. Die Auswertungsberichte gliederten sich dabei in zwei Teile. Im ersten wurden die eingegangenen Forschungspostulate zusammengefasst dargestellt. Im zweiten hatten die Auswerter die erfassten Forschungsprobleme zu beurteilen und einzustufen.

## ... über disziplininterne Begutachtung ...

3. *Expertengutachten zur Beurteilung der Auswertungsergebnisse und zur Beschaffung zusätzlicher Informationen.* – Für jedes Auswertungsgebiet wurde eine meist aus Hochschuldozenten bestehende Expertengruppe gebildet. Kernstück der Evaluierungsarbeit der Experten war die Bestimmung jener Forschungsprobleme, welchen innerhalb des von ihnen vertretenen Wissenschaftsbereichs eine hohe Priorität zukommen soll und deren Bearbeitung dringende staatliche Förderungsmassnahmen erfordert. Dabei hatten sich die Experten insbesondere zur Frage zu äussern, in welchem Mass einem Problembereich eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung des Erkenntnisstands in der zugehörigen oder in benachbarten Disziplinen zugeordnet werden müsse und welche Bedeutung bestimmten Forschungspostulaten für die Befriedigung wichtiger Anliegen der Oeffentlichkeit zukomme.

4. *Konfrontation der Expertenmeinungen und Evaluation der Forschungsbedürfnisse innerhalb der einzelnen Wissenschaftsbereiche.* – Die Meinungen der konsultierten Experten in den verschiedenen Disziplinen über die zu setzenden Prioritäten wichen häufig voneinander ab. Durch intensive Diskussionen in den Expertengruppen sollte auf Disziplinebene ein Konsens erreicht werden. Das Produkt dieser Diskussionen sind die *sektoriellen Expertenberichte.*

## ... zur wissenschaftspolitischen Evaluation

5. *Wissenschaftspolitische Evaluation von zirka 300 Postulaten aus den sektoriellen Expertenberichten, Formulierung der wissenschaftspolitischen Ziele und Massnahmen.* – Die Aufgabe war hier, konvergierende, aber auch völlig disperate Postulate, welche von der Wissenschaft, der Gesellschaft und der Wirtschaft an die Forschungsförderung herangetragen worden waren, aufeinander abzustimmen und mit den finanziellen und personellen Ressourcen des Landes zu konfrontieren.

Die insgesamt etwa 300 Postulate wurden in einem ersten Schritt gruppiert:

● Forschungsprobleme, deren Dringlichkeit durch zeitliche, äussere Umstände motiviert ist;

● Forschungsbereiche, die entwicklungsbedürftig erscheinen;

● Probleme der Forschungsinfrastruktur;

● Einzelprobleme.

Die Mehrzahl der aufgestellten Postulate (rund 180) wurde so der Gruppe *«Entwicklungsbedürftige Forschungsbereiche»* zugeordnet. Die weitere wissenschaftspolitische Evaluation der in vier Gruppen aufgeteilten Postulate erfolgte durch die Gewichtung der einzelnen Postulate bezüglich *intradisziplinärer, interdisziplinärer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Relevanz;* dies auf dem Hintergrund des vom Wissenschaftsrat gewählten forschungspolitischen Zielrahmens, der durch folgende «Ecksteine» chrakterisiert ist:

● Einleitung von Entwicklungsimpulsen bei wichtigen, aber offensichtlich wenig entwickelten Wissenschaftsbereichen;

● Förderung von Forschungsbereichen, die zum Methodenfortschritt beitragen;

● Förderung gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanter Forschung;

● Verbesserung der Forschungseffizienz.

Auf der Ebene der praktischen Massnahmen wurden schliesslich zwei Kategorien gebildet:

## Sonderförderung

Sonderförderung wird dann vorgeschlagen, wenn nach Massgabe der den Hochschulträgern und den forschungsfördernden Institutionen zur Verfügung stehenden Mittel angenommen werden muss, dass die notwendige Deckung des Nachholbedarfs und der wünsch-

*«Finden sie nicht auch, wir sollten uns dringend mal überlegen, welche Prioritäten wir in der Forschung setzen wollen.»*

# *Ein Projekt voller Tücken*

*«Der Forschungsbericht stellt den Versuch einer umfassenden Prioritätensetzung für die Entwicklung der Forschung in den nächsten Jahren dar.» (Aebi) – Ein Versuch, der trotz allen noch im einzelnen herauszuarbeitenden «seichten» Stellen seine positiven Seiten hat:*

*● Die Bewältigung konkreter gesellschaftspolitischer Aufgaben, die Weiterentwicklung der Gesellschaft überhaupt, ist immer mehr von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung abhängig. Die Forschung ist deshalb vermehrt direkt auf konkrete gesellschaftspolitische Problemstellungen auszurichten.*

*● Forschungsaktivitäten können und müssen geplant und koordiniert werden. Die «freie Spontaneität des Forschers» unbesehen des Forschungsgegenstandes zu fördern kann heute nicht mehr der zentrale Bezugspunkt staatlicher Forschungspolitik sein. Es muss versucht werden, einen transparenten, rational kritisierbaren, letztlich nur politisch zu rechtfertigenden Ziel- und Kriterienrahmen zu erarbeiten, um zu einer sinnvollen Prioritätensetzung zu gelangen. Der vom Wissenschaftsrat selbst durchexerzierte Zielfindungsprozess zeigt, in welchem Ausmass man auf diesem Gebiet noch im dunkeln tappt.*

*● Die in der Wissenschaft Tätigen haben selbst vermehrt aktiv an diesem – politischen – Zielfindungsprozess teilzunehmen. Dies bedingt eine fundiertere Reflexion des Zusammenhangs zwischen Wissensproduktion und Gesellschaft, eine vermehrte Berücksichtigung der Ansprüche der Gesellschaft in der konkreten wissenschaftlichen Tätigkeit auf der Ebene des einzelnen Wissenschafters einerseits, eine bessere Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auf der Ebene der wissenschaftlichen Disziplin resp. Disziplingruppe anderseits. Dass viele Wissenschafter resp. Wissenschaften dieses «Stadium» noch nicht erreicht haben, zeigten die Schwierigkeiten, vor die man sich seitens der Wissenschafter bei der Ermittlung der disziplinären resp. multidisziplinären «dringlichen Forschungsbedürfnisse» gestellt sah.*

*Nun – in aller Kürze – zu einigen neuralgischen Punkten.*

### *Fragwürdiges Gesamtkonzept*

*Bekanntlich werden in der Schweiz rund ¾ aller Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von der privaten Wirtschaft getätigt. Die vom Bund über die «Kommission Allemann» zur Zeit für die angewandte wirtschaftlich motivierte Forschung zur Verfügung gestellten Summen nehmen sich – verglichen mit den von der Wirtschaft autonom aufgebrachten Beträgen – verschwindend gering aus: «... ein beträchtlicher Teil der schweizerischen Forschung (ist) damit ... ausserhalb des direkten staatlichen Einflusses». Staatliche Forschungspolitik ist somit subsidär. Sie springt dort ein, wo (notwendiges) Wissen nicht durch die «Gesetze des Marktes» produziert wird.*

*«Während ein forschungspolitisches Gesamtkonzept alle Bereiche der Forschung, also auch die privaten, in ein Verhältnis zueinander setzt, betrifft das staatliche Konzept der Forschungsförderung lediglich jene Aktivitäten, welche von der öffentlichen Hand finanziert werden. Dagegen umfasst es die durch Private in privaten Forschungseinrichtungen ermöglichte Forschung nicht.» Unter diesen Bedingungen ist ein «forschungspolitisches Gesamtkonzept», das der Wissenschaftsrat als Fernziel anstrebt, wohl in hohem Masse durch die «durch Private in privaten Forschungseinrichtungen ermöglichte Forschung» determiniert, also partikulär bestimmt. Dieses einseitige Determinationsverhältnis wird den Charakter der mit «öffentlichen» Mitteln geförderten Forschung nicht unberührt lassen.*

### *Krisenwissenschaft?*

*Der Wissenschaftsrat empfiehlt u. a. die prioritäre Förderung der Sozialwissenschaften. Hier wird eine Entwicklung eingeleitet, die in anderen OECD-Ländern schon vor einigen Jahren eingesetzt hat: Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre wurde in erster Linie die naturwissenschaftliche und technische Forschung euphorisch gefördert. Die im Zusammenhang mit der forcierten «technischen» Entwicklung in den hochindustrialisierten Gesellschaften auftauchtenden «sozialen» Folgeprobleme führten jedoch in den OECD-Ländern tendenziell zu einer verstärkten Förderung der Sozialwissenschaften. Dieser Stimmungsumschwung spiegelt sich deutlich in den repräsentativen OECD-Dokumenten zur Forschungspolitik.*

*Der Staat bedarf offensichtlich der Verbesserung seines Aktionsinstrumentariums, um das Ausbrechen sozialer Krisen zu verhindern, oder falls derartige Krisen schon vorhanden sind, deren systemimmanten Verlauf zu garantieren. Auf diese Art und Weise wird versucht, weitergehende «umwälzende» Entwicklungen abzublocken. Steht hinter der Empfehlung des Wissenschaftsrats, die Sozialwissenschaften prioritär zu fördern, eine ähnliche «disziplinierende» Motivation?: «Um so wichtiger wäre es, in Forschung und Forschungspolitik über ein ‚Frühwarnsystem' zu verfügen. Dieses sollte die rechtzeitige Erkennung von Problemen und die Einleitung von Entscheidungsprozessen auf politischer Ebene ermöglichen. Es ist denkbar, dass auf diese Weise unerwünschte Entwicklungen in Zukunft rechtzeitig erkannt und vorbeugende Massnahmen vorbereitet werden können.»*

*So notwendig heute ein forcierter Ausbau der Sozialwissenschaften in der Schweiz ist, so sehr wird man auf der Hut sein müssen, dass Sozialwissenschaft nicht als «disziplinierende», sondern als «kritische» installiert wird.*

### *Hochschulförderungsgesetz und Sonderförderung*

*Der Wissenschaftsrat stellt fest, dass «die Hochschulträger schon heute nur noch beschränkt in der Lage (sind), (den) rasch wachsenden Anforderungen auf dem Gebiete des Unterrichts zu genügen». In noch grösserem Ausmass gelte dies auf dem Gebiet der Forschung. Wie Bundesrat Tschudi an der Pressekonferenz ausführte, «dürfen die Bundesleistungen für Forschung überproportional, jedoch nicht exponentiell wachsen» – gemessen an der Entwicklung des Bruttosozialprodukts.*

*Wenn auch der Bund die für die vorgeschlagenen Sonderförderungsmassnahmen benötigten zusätzlichen Mittel aufbringen kann, so sind doch gerade auch die Kantone entscheidend an dieser ganzen Aktion «Sonderförderung» beteiligt: «In der vorliegenden Schätzung (= die geforderten 50 Mio. Fr. – rn) wurden nur die Planungs- und Betriebskosten bis zur Erreichung der Aufbauziele geschätzt. Allfällig notwendig werdende Investitionen würden auf dem normalen Weg über das Hochschulförderungsgesetz subventioniert ... Neben den verbleibenden Investitionskosten ist als Hauptleistung der Hochschulträger die spätere Eingliederung der neu aufgebauten Forschungseinheiten in die Hochschulinfrastruktur anzusehen.» Erarbeitete nationale Förderungsprogramme sollen u. a. nur dann durchgeführt werden, wenn «die Träger derjenigen Hochschulen, an welchen Forschungssaktivitäten aufgebaut werden sollen, mit den Plänen einverstanden sind und sich bereit erklären, die von ihnen erwarteten Leistungen ... zu erbringen ...»*

*Bekanntlich ist die Ausarbeitung eines neuen Hochschulförderungsgesetzes, das u. a. eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Ausbaus und Betriebs der kantonalen Hochschulen ab 1975 mit sich gebracht hätte, nicht zuletzt am Widerstand der offensichtlich primär an einer möglichst integralen Erhaltung ihrer «Hochschulsouveränität» interessierten grossen Hochschulkantone fürs erste gescheitert. Der Bund wird sich also zumindest in den Jahren 1975 und 1976 in Sachen kantonale Hochschulen finanziell kaum mehr engagieren können als in den letzten Jahren – ganz abgesehen von der «Bundesfinanzklemme». Auch wenn sich die Sonderförderungsmassnahmen über fünf Jahre erstrecken sollen und somit frühestens 1980 abgeschlossen sein werden, ist es nicht ausgeschlossen, dass es hier – im Zusammenhang mit der für die nächsten Jahre zu erwartenden «Ausbaustagnation» der kantonalen Hochschulen – zu finanziellen Engpässen kommen kann, die eine Realisierung der vorgeschlagenen Sonderförderungsmassnahmen gefährden.*

*Darüber hinaus ist es nicht unproblematisch – damit «die Planungen einen Grad von Realismus erreichen, der einen raschen Durchlauf bei den Entscheidungsorganen ermöglicht» –, die Hochschulkantone derart stark in den Sonderförderungsentscheidungsprozess einzubeziehen. Unter den heutigen Bedingungen (weitgehende kantonale Hoheit über die Hochschulen) besteht die Gefahr, dass durch eine übermässige Ausrichtung des Entscheidungsprozesses auf die «föderalistische Entscheidungsstruktur» die Durchführung konsistenter nationaler Förderungsprogramme für «unterentwickelte» Disziplinen entscheidend erschwert, wenn nicht verunmöglicht wird.*

*Rolf Nef*

Zürichs grösste Auswahl

Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

bare Ausbau auf normalen Wegen der Forschungsförderung und mit ordentlichen Budgetkrediten nicht möglich sind. Unter den Wissenschaftsbereichen, die als Ganzes «entwicklungsbedürftig» sind und nach der Auffassung des Wissenschaftsrats zusätzlicher Impulse bedürfen, stehen die *Bildungswissenschaften* und gewisse neuere *Gesellschaftswissenschaften* (wie *Soziologie, Politologie, Massenkommunikationsforschung)* obenan.

Sonderförderung wird auch empfohlen für *einzelne Wissenschaftszweige*, von denen der Wissenschaftsrat, den Experten folgend, meint, sie nähmen in der Schweiz – aus Gründen stark traditionellen Verhaltens oder infolge eher zufälliger Umstände – noch nicht diejenige Stellung ein, die ihnen im Hinblick auf ihre mutmassliche wissenschaftliche Ergiebigkeit zukommt und im Ausland eingeräumt wird. Hierhin gehören zum Beispiel gewisse Zweige der Psychologie und der Linguistik.

Sonderförderung ist auch in denjenigen Fällen angezeigt, wo die Wissenschaften, im Sinne anwendungsorientierter Forschung, zur Erfassung und Bearbeitung neuerer gesellschaftspolitischer oder wirtschaftlicher Probleme herangezogen werden müssen. Das gilt insbesondere für die Umweltforschung (Oeko-Systeme, Umweltbiologie, medizinische Oekologie, Austauschprozesse Luft – Boden – Wasser, Oekonomie des Umweltschutzes), für Präventivmedizin und Epidemiologie, Managementtheorie, Konjunkturforschung, Materialforschung, Rechtsetzung und bestimmte Zweige der Erdwissenschaften.

Es stellt sich nun die Frage, *wie* und *von wem* diese zusätzlichen Mittel aufgebracht werden können. Da die Hochschulkantone wegen ihrer angespannten Finanzlage aller Voraussicht nach nicht imstande sein werden, grössere Wissenschaftsbereiche in überdurchschnittlichem Masse auszubauen, empfiehlt der Wissenschaftsrat, es seien von den eidgenössischen Räten *Sondermittel* zu bewilligen, aus denen die vorgeschlagenen *Sonderförderungsmassnahmen* finanziert werden könnten. Die Schätzung, die der Wissenschaftsrat Ende 1972 aufgrund der damals zur Verfügung stehenden Unterlagen gemacht hat, ergab einen *Betrag in der Grössenordnung von 50 Millionen Franken.*

## Vorzugsförderung

Für eine gewisse Anzahl von Sachgebieten bzw. Problemen wird Vorzugsförderung empfohlen. Empfehlungen solcher Art wurden z. B. für *angewandte Mathematik, Statistik, Erkenntnistheorie, Wissenschafts- und Sozialgeschichte, Ethnologie, Volkskunde* usw. formuliert. Sie richten sich an die Hochschulen selber, an die forschungsfördernden Institutionen, an die politischen Behörden des Bundes und der Kantone. Die Subsumierung einer Empfehlung unter den Titel «Vorzugsförderung» hat die Meinung, es sollte ihr im Rahmen der allgemeinen Ausbauplanung, der Verteilungspläne für Forschungsmittel und der ordentlichen Budgetkredite durch prioritäre Einstufung Rechnung getragen werden; Sondermittel des Bundes sind nach der jetzigen Beurteilung der Lage dafür hingegen nicht nötig. Dabei wird es sich z. T. um Umlagerung von Krediten handeln müssen.

## Organisation der Förderung

Die im Zusammenhang mit der Sonderförderung zu leistende Aufbau- und Planungsarbeit ist vielschichtig. Weil die Sonderförderung mit der Hochschulförderung und der künftigen gesamtschweizerischen Hochschulplanung verbunden werden muss, ist die Abteilung für Wissenschaft und Forschung mit der Koordination der vorgeschlagenen Massnahmen zu beauftragen. Für die Vorbereitung nationaler Entwicklungspläne empfiehlt sich die Einsetzung von Expertengruppen. Den Kern dieser Expertengruppen sollten Wissenschafter bilden, die im entwicklungsbedürftigen Fachbereich kompetent sind. In die Gruppen wären Vertreter der forschungspolitischen Instanzen zu delegieren. Die Zusammensetzung dieser nationalen Planungsgruppen ist auf die *föderalistische Entscheidungsstruktur* auszurichten.

Hinsichtlich der Wahl des Rechtsmittels, aufgrund dessen die Sondermittel bereitgestellt und verwaltet werden, schlägt der Wissenschaftsrat drei Varianten vor:

● *Sondermittel im Rahmen der Tätigkeit des Schweizerischen Nationalfonds.* Eine Möglichkeit, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, besteht im Rahmen des voraussichtlich auf den 1. Januar 1975 in Kraft tretenden neuen Bundesbeschlusses betreffend Bundesbeiträge an den Schweizerischen Nationalfonds. Dabei müssten allerdings die *Sondermittel von den ordentlichen Mitteln des Schweizerischen Nationalfonds getrennt* und ihre Benützung an *besondere Bedingungen* geknüpft werden, welche die Erreichung der im vorliegenden Bericht skizzierten Ziele gewährleisten. Dies würde entsprechende organisatorische Massnahmen im Rahmen der bestehenden Struktur des Nationalfonds bedingen.

● *Sonderförderung aufgrund des neuen Hochschulförderungsgesetzes.* Sofern die für die Durchführung gezielter Sonderförderungsmassnahmen erforderlichen Instrumente (vgl. Kap. 4.2.2) im neuen Hochschulförderungsgesetz von 1975 institutionalisiert werden, können die im vorliegenden Bericht empfohlenen Massnahmen über dieses Gesetz abgewickelt werden; das Gesetz müsste die folgenden Tätigkeiten ermöglichen:

● *Spezieller Bundesbeschluss für die Sonderförderung.* Der Bundesrat unterbreitet den eidgenössischen Räten – gestützt auf den vorliegenden Bericht – eine *Botschaft*, in welcher er um die Bereitstellung eines *Verpflichtungskredits* in der Grössenordnung von 50 Millionen Franken für die Durchführung der *Sonderförderungsmassnahmen* nachsucht. Mit der Durchführung der Sonderförderung und der Verwaltung der Sondermittel ist die Abteilung für Wissenschaft und Forschung zu beauftragen, welche bestimmte Aufgaben an den Schweiz. Nationalfonds, an andere Forschungsförderungsorgane des Bundes oder an die wissenschaftlichen Dachgesellschaften delegieren wird.

# Besondere Probleme des Spätkapitalismus

Der Kapitalismus hat sich insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg gewandelt. Dieser Wandel macht für die Sozialwissenschaften neue forschungstheoretische Fragestellungen notwendig. Ich möchte hier lediglich einen kleinen Teil der von J. Habermas in seiner neuesten Publikation* angesprochenen *«Hypothesenstrukturen sehr allgemeiner Art»* zum Problemkreis Spätkapitalismus aufzeigen, um im Sinne von Habermas *«vor allem die Unabgeschlossenheit der Diskussion»* um diese Fragen anzuzeigen – und um auf die aeusserst anregende Diskussionsgrundlage und -zusammenfassung von Habermas hinzuweisen.

Als spätkapitalistisch bezeichnet Habermas Gesellschaften, in denen der Konzentrationsprozess der Unternehmen zur Ausbreitung oligopolistischer Marktstrukturen geführt hat (Ende des Konkurrenzkapitalismus) und in denen der interventionistische Staat in die wachsenden Funktionslücken des Marktes einspringt (Ende des Liberalkapitalismus). Trotz der tendenziellen Aufhebung des Wettbewerbs und des tendenziellen Verlusts staatlicher Zurückhaltung bleibt der kapitalistische Charakter dieser Gesellschaften erhalten: Der Steuerungsmechanismus des Marktes ist so lange wirksam, wie die Investitionsentscheidungen nach Kriterien betriebswirtschaftlicher Rentabilität gefällt werden. Und: Eine politische Planung der Allokation knapper Ressourcen tritt so lange nicht ein, wie sich die gesamtgesellschaftlichen Prioritäten bei administrativen Eingriffen als Nebenfolgen privater Unternehmensstrategien herausbilden. Die wichtigsten strukturellen Merkmale des Spätkapitalismus werden am ökonomischen, administrativen und legitimatorischen System beschrieben. Das ökonomische System gliedert sich in einen öffentlichen, einen privaten monopolistischen und einen privaten Wettbewerbssektor (Dreisektorenmodell) und sichert die materielle Versorgung der Gesellschaft. Das administrative System reguliert den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf mit planenden Eingriffen zwecks Vermeidung von Instabilitäten und zwecks Schaffung und Verbesserung der Verwertungsbedingungen für überschüssig akkumuliertes Kapital. Das legitimatorische System sichert einerseits inhaltlich diffuse Massenloyalität durch das System der formalen Demokratie und anderseits die funktionell bestandesnotwendige Autonomie des administrativen Systems gegenüber der legitimierenden Willensbildung.

Erklärte Absicht der neuesten Arbeit von Habermas ist die Neufassung der überkommenen Krisentheoreme und deren Weiterentwicklung im Hinblick auf die veränderte Realität des Spätkapitalismus. Systemtheoretisch gesprochen, entstehen Krisen immer dann, *«wenn die Struktur eines Gesellschaftssystems weniger Möglichkeiten der Problemlösung zulässt, als zur Bestandeserhaltung des Systems in Anspruch genommen werden müssten».* Um diesen Begriff für die Sozialwissenschaften fruchtbar zu machen, muss die Objektivität von Steuerungsproblemen (Systemintegration) mit der kritischen Erfahrung der vergesellschafteten Subjekte (Sozialintegration) verknüpft werden. Problemhaft ist diese Verknüpfung von System (Steuerung, Kontingenzspielraum) und Lebenswelt (Werte und Institutionen) bzw. die Verknüpfung von Systemkrise und Identitätskrise. Sozialwissenschaftlich ist dann von Krise zu sprechen, wenn Steuerungsprobleme zugleich die soziale Integration gefährden. Habermas exemplifiziert diesen sozialwissenschaftlichen Krisenbegriff am Beispiel des liberalkapitalistischen Krisenzyklus: *«Die ökonomische Krise setzt sich unmittelbar in eine soziale Krise um, denn indem sie den Gegensatz der sozialen Klassen enthüllt, vollzieht sie praktische Ideologiekritik an der Selbstdarstellung einer nur zum Schein machtfreien Sphäre des gesellschaftlichen Verkehrs.»*

Mit den Folgeproblemen des spätkapitalistischen Wachstums (nämlich Störung der ökologischen Balance durch Ressourcenverknappung und teilweise irreversible Umweltverschmutzung, Störung der anthropologischen Balance durch zunehmende Abkoppelung der Entscheidungen von der im Laufe der Sozialisation erworbenen kommunikativen Verhaltensorganisation der Betroffenen, Störung der internationalen Balance durch die Bereitstellung eines totalen Selbstzerstörungspotentials), mit den Funktionsschwächen des Marktes und mit den zur Bestandeserhaltung des Systems vermehrt notwendigen Eingriffen des administrativen Systems bricht die bürgerliche Basisideologie des gerechten Tausches zusammen. Der Staatsapparat, der sich im Spätkapitalismus initiativ in den Reproduktionsprozess einschaltet, muss legitimiert werden, weil die legitimatorische Kraft des liberalkapitalistischen Marktmechanismus abnimmt. Die ökonomischen Krisentendenzen werden über das reaktive staatliche Vermeidungshandeln ins politische System verschoben, um damit den ökonomischen Krisenerscheinungen ihren natürlichen Charakter zu nehmen – um den Preis allerdings, damit bei erfolgloser Verhinderung krisenhafter Wachstumsstörungen einer Rationalitätskrise und bei erfolgloser Befriedigung des entstehenden Legitimationsbedarfes einer Legitimationskrise entgegenzusteuern. Im ersteren Fall versagt die systemnotwendige Zufuhr fiskalischer Steuermasse (Wert), im zweiten Fall die systemnotwendige Motivationszufuhr (Sinn) zur Sicherung der Massenloyalität. Zwischen den beiden knappen Ressourcen Wert und Sinn besteht eine substitutive Beziehung insofern, als Legitimationsdefizite mindestens teilweise sozialpolitisch entschädigt werden können. Da systemnotwendige normative Traditionsbestände teilweise abgebaut werden, da umgekehrt Strukturen der bürgerlichen Kultur, welche für das spätkapitalistische politisch-administrative System dysfunktional werden, teilweise nicht beseitigt werden können, da es keine administrative Erzeugung von Sinn gibt und da der verknappte Sinn nicht vollständig durch konsumierbare Werte ersetzt werden kann, entsteht eine Motivationskrise, die sich in apathischen oder legitimationskritischen Verhaltenssyndromen äussert.

Die Frage, ob Werte und Normen, nach denen Motive gebildet werden, einen immanenten Wahrheitsbezug haben, prüft Habermas am Modell der kommunikativen Kompetenz**. Die Wahrheitsfähigkeit praktischer Fragen, hier: die rational motivierte Anerkennung des Geltungsanspruchs einer Handlungsnorm, bestimmt sich danach im diskursiven Verfahren der Motivierung. *«Die Schranke einer dezisionistischen Behandlung praktischer Fragen wird überwunden, sobald der Argumentation zugemutet wird, die Verallgemeinerungsfähigkeit von Interessen zu prüfen.»* Normen, die verallgemeinerungsfähige Interessen ausdrücken, beruhen auf einem vernünftigen Konsensus; solche, die nicht verallgemeinerungsfähige Interessen ausdrücken, beruhen auf Gewalt. Rechtfertigungen, die kontrafaktisch eine Verallgemeinerungsfähigkeit von nicht verallgemeinerungsfähigen Interessen behaupten oder unterstellen, sind ideologisch.

Die Frage nach der Verallgemeinerungsfähigkeit von Interessen bzw. der diskursiven Einlösung des Anspruchs dieser Verallgemeinerungsfähigkeit von Interessen scheint mir die wesentlichste Grundlage für die Analyse des Spätkapitalismus und seiner politökonomischen Probleme zu sein. Habermas kommt das Verdienst zu, diesen Ansatz zwingend in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung gestellt zu haben.

*G. Berweger*

* Jürgen Habermas, *«Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus»*, Ffm. 1973, edition suhrkamp 623, 195 S., Fr. 7.80

** Jürgen Habermas, Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: J. Habermas/N. Luhman: *«Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie»*, Ffm. 1971 oder 1972, suhrkamp theorie, 405 S., Fr. 21.60.

## Sozialarbeit: Schutz der bestehenden Verhältnisse?

Spätestens seit den Aktionen der «Heimkampagne» sind auch in der Schweiz die Formen traditioneller Sozialarbeit im Blickpunkt, und seit dem kürzlichen öffentlichen Protest einer Gruppe von Sozialarbeitern gegen die Armee sind es auch die Sozialarbeiter selbst. Das ausführliche, von Walter Hollstein und Marianne Meinhold herausgegebene Taschenbuch über «Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen» kommt daher gerade recht.

Traditionelle Sozialarbeit geht nach Walter Hollstein vom Oberbegriff «abweichendes Verhalten» aus und reagiert auf vermeintlich individuelle Probleme. Sie greift daher ein, «wenn der Klient bereits zu Schaden gekommen ist, wenn er schon auffällt». Sozialarbeit in dieser Sicht ist «Hilfe zur sozialen Integration», sie vertritt die Gesellschaft normativ bei jenen, die ihren Anforderungen und Pflichten nicht mehr zureichend nachgekommen sind.

Entgegen den von Hollstein belegten Tatbeständen einer raschen Vermögens- und Einkommenskonzentration beispielsweise in der Bundesrepublik wird in der modernen Industriegesellschaft die Vorstellung genährt, dass Chancengleichheit und Mobilität nach oben für alle bestehe. Wer unten bleibt, hat einfach zuwenig Leistungswillen, Fleiss, Disziplin. Aber 80 Prozent der jungen Fürsorgeklienten stammen aus Arbeiterfamilien. Ein Siebtel aller Deutschen sind als zu arm zu bezeichnen. Sie sind die äusserst zahlreichen Randprodukte einer Gesellschaft, die nicht vordringlich zur Entfaltung der Menschen, sondern auf die Herstellung der profitoptimierenden Güter hinzielt. «Kapital schafft Klienten», sagt Hollstein und verweist auf den Konsum- und Werbeterror: «Diese ganze Industrie, das merkt selbst der blödeste Gesunde, ist für Süchtige gemacht.»

Diesen «Randfiguren» gegenüber erweist sich die traditionelle Sozialarbeit als eine Mischung von Repression (Ahndung von Normverstössen in Schule, Jugendgericht, Polizei) und Assistenz, worunter subtile, manipulative Methoden der Ueberredung und Ueberzeugung fallen. Der Hebel, um sozial und individuell akzeptables Verhalten zu erreichen, ist konforme, geregelte Arbeit, ist die Integration in einem unkritisch zu vollziehenden Arbeitsprozess.

Sozialarbeit ist unter diesen Produktionsverhältnissen eine *Reproduktionsagentur*, die auf Erhaltung der Arbeitskraft und einer einsatzfähigen industriellen Reservearmee tendiert. Sie ist *Sozialisationsagentur* zur Reproduktion der traditionellen Werte als individuelle Anforderung an Gefallene und Ausgeflippte. Sie ist eine *Kompensationsagentur* zur Einebnung von Widersprüchen innerhalb der Klassengesellschaft, und als *Oppressionsagentur* schützt sie die Gesellschaft vor dem Abweichen der Unterprivilegierten. Denn ein Reicher, der nicht arbeitet oder süchtig wird, fällt nicht in ihren Betracht.

Als alternative, nicht-systemstabilisierende Sozialarbeit propagiert der Aufsatzsammelband – leider nur auf wenigen Seiten – nicht die Missionierung, sondern die Selbstorganisation der Betroffenen. Eine weitere Ausformulierung der Alternativen zur «Sozialhilfe» wäre als Thema einer weiteren Arbeit wünschbar.

*Beat Kappeler*

Walter Hollstein/Marianne Meinhold (Herausgeber): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Fischer Taschenbuch Nr. 6512, Fr. 6.30.

# treff punkt

Humor ist, wenn man trotzdem lacht. **Welche Dame, 25–33,** nicht grösser als 173 (ich muss der grösste bleiben), möchte mit Oelscheich, Akadem., das Oel- und andere Probleme **diskutieren.** Zuschriften unter Chiffre 5138 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zu engagierter **Student., 21/175,** sucht für Ausgleich und Freizeit **nettes Mädchen** (Raum Bern). Interesse an Theater und Konzert erwünscht. Bildzuschriften unter Chiffre 5137 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Redaktor (25–164)** sucht Kontakte zum weiblichen Geschlecht in der ganzen Schweiz und vor allem in Zürich und Umgebung. Zuschriften bitte an Chiffre 5134 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Raum Bern:** Wo ist die aufgeschlossene, unkomplizierte **Studentin (19–22 J.) zu finden,** mit der ich (Student 170/24) nicht nur geistige Kommunikation üben kann? Diskretion ist Ehrensache. Deine ausführliche Bildzuschrift erreicht mich unter Chiffre 5136 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich und Umgebung: **25jähriger Journalist sucht** engagierten und lebendigen **Freund,** evtl. für Dauerfreundschaft. Deine Zuschrift (evtl. mit Photo) erreicht mich unter Chiffre 5135 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Berner,** 28/178, lebensfreudig, unabhängig, naturliebend, spontan und feinfühlend freut sich auf fröhliche, zärtliche, selbstsichere Frau, die ihn mit natürlichem Charme zu fesseln versteht! Zuschriften unter Chiffre 5068, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Studentin** (23/172) **sucht Freund.** Spiele gerne Klavier, interessiere mich für Literatur, Film, Wandern, Reisen. Zuschriften an Chiffre 5069 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student 26/175, aus Zürich sucht ehrlichen homosexuellen und **zärtlichen Freund** bis 30. Schreibe mir wenn auch Du nicht mehr einsam sein willst einen Brief mit Bild. Chiffre 5072 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich: Student 27/186 sucht sympath. **toleranten Freund,** 25–30, mit welchem man sich auch nach dem Sex noch unterhalten kann. Jede Bildzuschrift wird beantwortet. Chiffre 5071 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Basler Phileinser (22) sucht schöne, spontane, **elegante Freundin** (20–24) ohne Abneigung gegen Künste und Wissenschaften. Chiffre 5070, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Attr. Jus-Student sucht hübsche **Partnerin für Sex** und andere schöne Sachen. Nicht frustierte gleichgesinnte Geniesserinnen erreichen mich mit Bildzuschrift unter Chiffre 5043 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern, Akademiker, 28, Ehemann, sucht Freundin für **offenen Brief- und evtl. Gefühlsaustausch.** Wer hat Mut zum Ungewöhnlichen und wagt eine ausführliche Bildzuschrift. Diskretion 100%. Chiffre 5044 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Einsamer alter Mann** (25), klein, dumm und hässlich (182, Student in Bern), interesselos und mit altmodischen Ansichten, sucht unternehmungslustige, attraktive Partnerin, die ihn aus seiner Frustration erlöst. Bildzuschriften an Chiffre 5098, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Attraktiv und interessant,** 25, suche ich für gelegentliche psych. und phys. Kommunikation ein feines, hübsches Mädchen. Bildzuschrift bitte an Chiffre 5102, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welches nette Mädchen zwischen 20 u. 30 Jahren fühlt sich ebenso wie ich manchmal einsam? Ich bin Poly-Student (24/180), vielseitig interessiert, und wünsche mir eine Partnerin, mit der ich eine **echte Freundschaft** eingehen könnte. Schreibe mir doch bitte (mit Photo). Ich warte darauf! Du erreichst mich unter Chiffre 5103 Mosse Annoncen AG, 8023 Zürich.

Junger Boy in Bern freut sich auf **Freund mit eigener Bude** zum Lieben und zum Plausch. Deine Bildzuschrift beantwortet Dir Chiffre 5101, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Du: Gutaussehende, erotische Frau, 20–35, mit Wohnung, **suchst sensiblen Sex** oder wilde Abwechslung. Ich: Akademiker, 30/180, verh., sehr zärtlich, feinfühlig, sportlich. Keine Anspruchsinflation. 100% Diskretion als Grundlage. Bitte nur Bildzuschriften. Raum Bern. Chiffre 5150 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ETH-Student, 26/173, sensibel, sportlich, mit etwas lichtem Haarwuchs, sehnt sich nach liebesbedürftiger, **unkomplizierter Freundin.** Deine Bildzuschrift an Chiffre 5151 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Student** (23/172) mit Neigung zu Kunst und Politik sucht hübsches Mädchen zum Teilen von Freizeit und Bett. Bildzuschrift an Chiffre 5170 Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

**Zürich, Stud., 19/174,** 1. Semester, will am Freitagabend nicht mehr allein sein und sucht deshalb ehrliche Freundin für gemeinsame Theater-, Kino- und Konzertbesuche. Ich freue mich auf Deinen Brief mit Foto an Chiffre 5155 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Feinfühlender, introvertierter **Doktorand** der Sozialwissenschaften (Nicht-Skifahrer) sehnt sich nach einer lieben, anschmiegsamen, treuen Eva (attraktiv, schlank, modisch-elegant) mit Geist und Charme. Bildzuschriften an Chiffre 5168 Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

**Bern, Student Phil.** – Nat. (26/170), bilingue, sucht nette Freundin. Schreibe mir bitte (mit Foto) an Chiffre 5156 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welchem emanzipierten Mädchen darf ich (29/170, sportlich, schlank, sensibel) **Freund sein?** Sicher werden wir zusammen die Frustrationen bald los! Ausführliche Bildzuschriften an 5164 Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

**Akademiker, Manager, Künstler** und Hobbyfotograf mit eigenem Fotostudio in Zürich (36, gut aussehend) sucht sehr hübsche Studentin (evtl. Mulattin). Bildzuschriften an Chiffre 5171 Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

**Akademiker (ETH),** 30/177, feinfühlend, sportlich, möchte sich in ein fröhliches, intelligentes Mädchen verlieben. Bildzuschriften an Chiffre 5157 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

**Welcher weltoffene Akademiker** oder Student (26 bis 33 J.) wünscht sich eine schöne Partnerschaft? Hübsche, schlanke (173 cm), feinfühlende Frau freut sich auf eine lebhafte, vielseitige Auseinandersetzung. Offerten an Chiffre 5177 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

# FLOHMARKT

Wir haben in unserer **Wohngemeinschaft** noch Platz für ein Pärchen mit Kind (evtl. n.). Wir wohnen in einem Bauernhaus mit vielen Möglichkeiten im Zürcher Oberland. Chiffre 5090, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Die Ausgabe 1973/74 des
**Schweizer Studienführers**
ist soeben erschienen. Ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle Studenten und Hochschulabsolventen. Mit vielen nützlichen Hinweisen über Ausbildungsmöglichkeiten, Zulassungsbedingungen, Abschlussmöglichkeiten, Berufseinmündungen, Stipendien und Informationsstellen, um nur einige Gebiete zu nennen.
3., überarbeitete Auflage, 276 S. Kart. Fr. 6.—.
**Buchhandlung Paul Haupt, Falkenplatz 14, 3001 Bern**
haupt für bücher

Beim Verlag völlig vergriffen

**Philosophisches Wörterbuch**

Herausgeber:
Georg Klaus, Manfred Buhr.

Ueber 1100 Seiten in zwei Bänden, Ganzleinen. Format: 24,5×17 cm, Fr. 24.20.

Das philosophische Wörterbuch aus der DDR schliesst empfindliche Lücken in so mancher Bibliothek. Kaum einmal ist es gelungen, diese schwierige Materie in solch klare Sprache zu fassen. Disziplin wie Kybernetik, Semiotik, Informations- und Systemtheorie werden in hohem Niveau behandelt. Die hervorragende Kritik, auch in unserer Presse, ist hoch verdient.

**Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb**
Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, **8004 Zürich.**
Telefon (01) 39 85 12 und 39 86 11
(3 Minuten vom Stauffacher, hinter Eschenmoser)

**Innert 16 Monaten 3 Auflagen**
**Der neue Hit**
**Marketing**
Eine konzentrierte Einführung Band I/II UTB 84/85 je Fr. 24.40.
**Jetzt lieferbar!**
Verlag Paul Haupt Bern und Stuttgart
haupt für bücher

**Zurzach AG**

Bald wird in unserem Kurort ein neues Oberstufen-Schulhaus bezugsbereit sein. An der **Bezirksschule** ist auf den 1. Januar 1974 (evtl. Frühjahr 1974) eine

**Lehrstelle phil. I**

neusprachlicher Richtung zu besetzen. Es sind verschiedene Fächerkombinationen möglich. Richten Sie bitte Ihren Vorschlag mit den nötigen Unterlagen an: Herrn Hans Egli, Präsident der Schulpflege, 8437 Zurzach.

**Buchhandlung Programm**
Zeughausgasse 20, 3. Stock (Lift)
3000 Bern 7 / Tel. (031) 22 80 11

Unsere Buchhandlung befindet sich jetzt in 3 hellen, grossen und wohnlichen Räumen. Teilen Sie uns Ihre Adresse mit. Wir versenden regelmässig Kataloge.

Wir suchen
**Hilfsarbeiter Magaziner Packer**
für einige Wochen oder Monate kostenlose Anmeldung in Zürich, Rennweg 57, 32 06 96
MANPOWER
= temporäre Arbeit für alle Berufe
137 c/79

***Uns macht die Zukunft Spass – denn wir nehmen sie ernst***

EW Elektro-Watt Ingenieurunternehmung AG
Postfach 8022 Zürich Tel. 01 36 33 66

Unabhängige Gesellschaft beratender Ingenieure mit Sitz in Zürich.

Zählt derzeit rund 800 Mitarbeiter, verteilt in der Schweiz und zahlreichen Ländern Europas, Afrikas, Amerikas und Asiens.

Erbringt globale Ingenieurleistungen in praktisch allen technischen Sektoren.

Dokumentations- und Fotodienst werden laufend ausgebaut – zu Ihren Diensten.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

**1974 nach den USA**

im Sommer als **Camp Counselor;** Frühling bis Herbst als Teilnehmer an einer **Hospitality Tour.**

Mädchen ab 17 Jahren haben Gelegenheit, sich 1 bis 3 Monate als Gäste in amerikanischen Familien aufzuhalten. Auskünfte durch:

**International Summer Camp**
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

★

**«konzept» gibt gratis eine Liste von Aerzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Administration «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.**

★

**Jean Villain**

**Das Geschäft mit den 4 Wänden**

92 Seiten, Fr. 9.80

Der bekannte Schweizer Autor befasst sich mit einem der brennendsten Probleme unserer Zeit. Satellitenstadt — Grüne Witwen, grüne Kinder — Wohnung als Ware — Das Sterben der City — Zürichs Verkehrsprobleme

Zuschriften an:

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse
8004 Zürich

Telefon (01) 39 85 12 und 39 86 11
(3 Min. vom Stauffacher, hinter Eschenmoser)

**Kennen Sie**
den jede Woche erscheinenden Stellen-Anzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten?

**Die Stelle**

Verlangen Sie telefonisch oder mit Postkarte eine Probenummer der neuesten Ausgabe!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/61 55 95

**Für jeden Beruf**
**gut bezahlte Arbeit**
MANPOWER
weiss wann und wo.
In Zürich: Rennweg 57, 32 06 96

**Aus USA ORIGINAL**

Für Wintertage
BLUE JEANS:
Wrangler
Lee Cooper
Levi Strauss

Lee

**Armee-Schlafsäcke**
**Feldjacken und Hosen**
Reportermäntel
Fliegerjacken
**Nylon-Gestellrucksäcke**
**Lee Riders und Jacken**
Leder-Armeestiefel
Lammfellstiefel
Lederbekleidung usw.
Grossauswahl in Occasionen

Boeing-Lumber
Nylon oder Baumwolle
Bomberjacken in Fell u. Leder
Occ. Marine-Pullover
Wintermützen
Lammfell

Versand ganze Schweiz
**Gratisprospekt**

ARMY AND JEANS SHOP IMBACH
**Bäckerstrasse 22**
8004 Zürch
Tel. (01) 23 90 67

**Das aktuelle pädagogische Magazin**
**betrifft: erziehung**
Heft 5/73
**Der heimliche Lehrplan**
Was wirklich gelernt wird
Heft 7/73
**Die Methode Paulo Freire**
Pädagogik der Dritten Welt
Heft 10/73
**Spracherziehung**
b:e ist die Fachzeitschrift für Erziehung und Bildungspolitik mit der höchsten Auflage in der BRD.
b:e erscheint jeden Monat. Einzelheft DM 4,–/sfr. 5,50, Jahresabonnement DM 40,–/sfr.52,60, Studenten DM 29,– / sfr. 38,60.
Fragen Sie Ihren Buchhändler oder fordern Sie ein kostenloses Probeheft an: Verlag Beltz Basel, 4002 Basel, Postfach 494

**Gutschein** betrifft: erziehung
1 kostenloses Probeheft

Name Vorname
PLZ Ort Straße 152

**treff punkt FLOHMARKT**

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Vergessen Sie nicht, bei Kleininseraten Ihre Adresse, evtl. Telephonnummer im Text anzugeben.

**Kontaktinserat* (Fr. 15.–)** **Kleininserat* (Fr. 12.–)**
* Nichtzutreffendes streichen.

Name und Adresse:

Unterschrift:

**Zu diesem Preis schmunzelt Leo Schürmann**
**Einst kostete es Fr. 88.–, jetzt nur noch Fr. 44.–**
**DAS ATLANTISBUCH DES THEATERS**
**1038 Seiten dick, mit vielen zum Teil farbigen Abbildungen. Herausgegeben von Martin Hürlimann** (erschienen 1966 im Atlantis-Verlag, Zürich).

Sie interessieren sich für das Thema **Zur Leitung eines Musiktheaters.** Vielleicht möchten Sie mehr wissen über **Bühnenform und Dramenform** oder **Ausbildung zum Theaterberuf.** Bestimmt interessiert Sie auch die **Theatergeschichte** der einzelnen europäischen Länder oder gar jene Japans, Indiens oder Chinas. Sie finden, dass auch **das Puppentheater** interessante Aspekte aufweist, und Sie möchten sich darüber näher informieren. Das alles und noch viel mehr finden Sie in diesem umfassenden Handbuch. Die Beiträge stammen alle von bekannten Fachleuten. So entdecken Sie unter den Mitarbeitern **Harry Buckwitz, Elisabeth Brock-Sulzer, Rolf Liebermann, Peter Löffler** und **Adolf Muschg,** um nur einige zu nennen. Das Werk wird im Anhang durch ein ausführliches **Theaterlexikon** ergänzt.

☐ **Ich bestelle Das Atlantisbuch des Theaters zum Preis von Fr. 44.— für 10 Tage unverbindlich zur Ansicht.** Als Student habe ich beim Kauf Anspruch auf 10% Rabatt.
☐ **Bitte senden Sie mir gratis und unverbindlich Ihren Katalog «Verlagsneue Bücher zu reduzierten Preisen», der gegen 5000 Titel enthält.**

Name: für Stud. Rabatt-Abzug wichtig
Vorname: Student(in) der Fakultät
Strasse: Ort mit PLZ:
Datum: Unterschrift:

Bitte als **Drucksache** mit 15 Rp. frankiert einsenden an
**Buchhandlung Ernst, Abt. Versand, Buchholzstrasse 158, 8053 Zürich, Tel. (01) 53 06 31**

Die urchigen Argumente der SVP-Mannen sind nicht vom Himmel gefallen

# Für Bildung gibt's keine Lobby

**Wieder einmal dem Volk aufs Maul zu schauen täte heute manchem Bildungs- und Studentenpolitiker gut. Besser jedenfalls als esoterische Diskussionen in den immer gleichbleibenden gesellschaftlichen Randzirkeln, deren exotische Flora mit den struppigen Alltagsgewächsen schweizerischer Provenienz nichts gemein hat. Dann würde manchem elitären Weisswäscher vielleicht bewusst, wie tief der Graben zwischen ihm und den breiten Volksschichten geworden ist. Verbale Beteuerungen von «gemeinsamer Interessenlage» und einem «politischen Zusammengehen zwischen Studenten und Arbeitern» etwa erweisen sich nur allzu rasch als idealistische Gedankenkonstruktionen.**

Aus der Berner Abstimmungsstatistik der letzten 40 Jahre ergibt sich eine aufschlussreiche und symptomatische Tendenz, wenn man die Ergebnisse von Volksabstimmungen zu Primar-, Mittel- und Hochschulfragen verfolgt: Je höher das behandelte Ausbildungsniveau, desto grösser die Anzahl der Nein-Stimmen und desto kleiner die Stimmbeteiligung. Die Frage drängt sich auf, ob der Durchschnittsbürger kein Verhältnis (mehr?) zu seinen höheren Lehranstalten habe oder ob dieses Verhältnis allenfalls gestört sei. Beredtes Zeugnis von der verfahrenen Situation legen die eben erschienen Sitzungsprotokolle des bernischen Grossen Rates, der kantonalen Legislative, ab, die die mehrstündige Debatte zur Zwangsmitgliedschaft in der Berner Studentenschaft vom September dieses Jahres wiedergeben. Bei dieser Gelegenheit äusserten sich Grossräte aus allen politischen Lagern zur Studentenschaftsmisere und – häufiger noch – zur Lage der Universität im allgemeinen.

*«Es gibt an der Universität Leute, die sich in elitärer Absonderung gegenüber dem übrigen Volk gefallen»*, stellte der Landesringler *Theiler* fest und meinte damit das bekannte Charakteristikum unseres heutigen Wissenschaftsbetriebs, der nur in den seltensten Fällen nach den tatsächlichen Bedürfnissen und Interessen der gesamten Bevölkerung ausgerichtet wird. Die *«Volksmeinung zu berücksichtigen»*, machte sich ein Volkspartei-Mann anheischig: *«Gerade die Arbeiter und Angestellten, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, um den Lebensunterhalt zu verdienen, sowie die Unternehmer, Geschäftsleute und Bauern, die vom Morgen bis zum Abend in ihren Betrieben engagiert sind, sind bereit, für unsere Lehranstalten, inklusive Stipendien, etwas zu leisten, vorausgesetzt, dass studiert wird. Diese Leute sind aber nicht bereit, dass man von ihren Steuern etwas für die verwendet, die den Krawall auf ihre Fahne geschrieben haben und nicht bereit sind, ernsthaft zu arbeiten.»* Damit sind die Welten geschieden, die zwischen Universität und Bevölkerung liegen. Groteskerweise verteufeln gerade jene Volksschichten ihre einzigen Verbündeten im Geiste an den höheren Bildungsanstalten, die sich für *ihre* Interessen einzusetzen wagen und damit in Konflikt geraten mit dem etablierten Machtgefüge. Mit dem Schlagwort des *ungenügenden «Bewusstseinsstandes»* des Durchschnittsbürgers kann dieses Erscheinungsbild elegant abgetan, nicht aber dessen Ursache ausgelotet werden.

## Des Teufels Dank?

So stossen wir denn hier an ein grundlegendes Problem der Bildungspolitik im demokratischen Staat: Lässt sich das Bildungsbedürfnis so artikulieren, dass es zum Motor gruppenbildender Prozesse und daraus resultierender gleichartiger Interessenvertretung führen kann? Wenn wir dem deutschen Soziologen *Claus Offe* folgen, stehen die Chancen für die Bildungspolitik eher schlecht. Er meint, dass zunächst nur solche Interessen überhaupt organisierbar sind, *«die sich als Spezialbedürfnisse einer sozialen Gruppe interpretieren lassen»*, und fügt als Einschränkung bei, dass ein solches Spezialinteresse *«den aktuellen und potentiellen Mitgliedern dieser Gruppe hinreichend deutlich und wichtig sein muss»*. Als Folgerung ergibt sich: Am leichtesten organisierbar sind in einer Gesellschaft *«die primären Lebensbedürfnisse (Konsum- bzw. Investitionschancen, Abdeckung sozialer Risiken, Zuteilung arbeitsfreier Zeit)* grosser *und relativ homogener Statusgruppen (Bauern, Arbeiter, Angestellte, Beamtenschaft...)»*. Dagegen sind schwerer oder überhaupt nicht unmittelbar diejenigen Lebensbedürfnisse zu organisieren, *«die nicht klar abgrenzbaren Status- oder Funktionsgruppen, sondern der Gesamtheit der Individuen zuzuordnen sind»*. Dazu zu zählen sind nun die Bedürfnisse im Zusammenhang mit persönlicher Bildung. Sie stehen ausserhalb der Markt- und Verteilungssphäre unseres Gesellschaftssystems und entziehen sich damit einer direkt organisierbaren Interessenvertretung.

## Fussvolk im Zügel der Mächtigen

*«Die gegenwärtig zum Teil anmassende, allgemein politische Stellungnahme der Spitze der Studentenschaft bringt die Universität und die Studentenschaft in der öffentlichen Meinung in Misskredit. Das können wir seit langem beobachten. Nötig ist aber das Gegenteil. Kredit im wörtlichen und in übertragenem Sinn für unsere Universität war nie nötiger als jetzt...»* Ist dieser Kredit, von dem ein anderer SVP-Grossrat im Berner Parlament sprach, überhaupt herstellbar, wenn wir an die Unorganisierbarkeit der dazu notwendigen Interessen in der Bevölkerung glauben? Zunächst erleichtert uns die Art der praktizierten Entscheidfindung in der Schweiz die Arbeit: Die «Meinungsmacher im Hintergrund» übernehmen in Form von auf anderen primären Interessen aufbauenden Gruppierungen (Parteien, Verbände) die Arbeit der Ideologieproduktion. Sie versuchen, auf dem Weg über Vernunft oder Emotionen, einen Entscheid im Bildungswesen gegenüber der Masse des Fussvolks zu verfechten. Beim Entscheid an der Urne wird sich der Bürger schliesslich weniger von seiner eigenen Interessenlage als vielmehr von den ihm suggerierten Interessen leiten lassen.

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Gerade im Bildungssektor werden damit wesentliche Entscheide in hohem Grade manipulationsanfällig. Gegenüber Fragen der primären Bedürfnisbefriedigung gerät Bildung notwendigerweise immer ins Hintertreffen: Schwache Gruppierungen, die zudem sporadisch ihre Zielrichtung ändern müssen, um überhaupt noch Unterstützung zu finden, können bildungspolitische Postulate nur mit ungenügender Eindringlichkeit vorbringen und wirkungsvoll in einer breiten Oeffentlichkeit vertreten. Darüber hinaus ist die Volksgunst ihren Anliegen gegenüber von unverhältnismässig starken Zufallskonstellationen, wie etwa der jeweiligen Konjunkturlage, abhängig, Zufällen die sich umso verheerender auswirken, als jeder Bildungsentscheid erst Jahre oder Jahrzehnte später seine Auswirkungen zeitigt.

## Wie sag ich's meinem Kind?

Hat rationale Bildungs- und Studentenpolitik überhaupt noch eine Chance? Muss man sich ob solch trister Einsichten ernsthaft fragen. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Volksentscheiden zu den neuen kantonalen und unter Umständen eidgenössischen Hochschulgesetzen sowie der Abstimmung über die Lausanner-Modell-Initiative für eine verbesserte Studienfinanzierung sind dies die vordringlichen Fragen, bei deren Beantwortung mancher Studentenfunktionär auf den Boden der Realitäten zurückgeführt wird, wenn es ihm darum geht, zu pragmatischen, aber dafür realen Massnahmen zu gelangen.

Die Töne des SVP-Horns, mit denen die sonderbar weltfremde Forderung dahergeblasen wird, dass *«jeder studierende Akademiker (sic! Es gibt offenbar auch unstudierte...) Anspruch darauf hat, endlich in Ruhe studieren zu können und sich nicht mit politischer Rabulistik befassen zu müssen, wie das bisher häufig der Fall war,* sind damit nicht etwa aufzunehmen.» Offenbar haben die Studenten und Akademiker sich in der Vergangenheit viel zu wenig mit der Frage beschäftigt: Wie sag ich's meinen nichtakademischen Mitmenschen?

*Richard Bauer*
*Vorstandsmitglied des VSS*

*(Die Zitate stammen aus dem Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern, Jg. 1973, Heft 3 S. 550 ff., sowie aus einem Aufsatz von Claus Offe: «Politische Herrschaft und Klassenstrukturen». In: Politikwissenschaft. fibü 6150, S. 135 ff.).*

# *Uni Bern: Was nun?*

Der Regierungsrat des Kantons Bern hatte im Frühjahr 1973 der Studentenschaft die Finanzautonomie entzogen und eine «Kommission für studentische Zwecke» geschaffen, an die die Studentenschaft ihre Finanzbegehren von nun an stellen sollte. Die Generalversammlung beschloss darauf im Sommer einen Boykott dieser Kasse, das heisst, es sollten keine Anträge an diese Kommission, in der die Studenten in der Minderheit sind, gestellt werden. – Ueber die Situation aufgrund dieser Willkürakte der Berner Regierung berichtet Hansjakob Baumgartner, Mitglied des Vorstands der Berner Studentenschaft:

*Wie angesichts angedrohter Exmatrikulationen nicht anders zu erwarten war, scheiterte der Boykott für die «Kasse für studentische Zwecke». Die Einschüchterungsversuche des Rektorats verfehlten ihre Wirkung nicht.*

*Damit scheint der ungleiche Kampf, die finanzielle Autonomie wiederherzustellen, fürs erste verloren. Verloren ging auch – das ist wohl die ernüchterndste Erfahrung der Generalversammlung vom 24. Oktober 1973 – die Einheit der fortschrittlichen Studenten.*

*Die Einsicht in die Unfähigkeit, einem Repressionsakt zu begegnen, schlug um in Resignation und bewirkte die totale Zersplitterung derjenigen, die sich gemeinsam zu wehren versucht hatten.*

*Während noch im Frühling ein Grossteil der Studierenden das Dekret der Berner Regierung als Repressionsakt erkannte und noch im Sommer über tausend Studenten an einer Generalversammlung die Wiederherstellung der Finanzautonomie forderten, traf sich nach den Sommerferien ein resignierter Haufen zerstrittener Gruppen, um sich in der fast leeren Aula gegenseitig die Schuld am ausgebliebenen Erfolg in die Schuhe zu schieben.*

*Derweil pröbelt der experimentierfreudige Berner Regierungsrat weiter an Methoden, kritischen Studenten beizukommen. Zum Beispiel, indem er ihnen das Geld nimmt. Und tatsächlich: Die Massnahme wirkt. Denn einerseits erreichte der Regierungsrat, dass die Studentenschaft ein Semester lang fast ausschliesslich mit der Verteidigung ihrer Existenz beschäftigt war, anderseits zeitigt die Verordnung mit dem Zweck, die «Verpolitisierung» der Uni zu vermeiden, ihre ersten Erfolge: Für Tutorien, die eine Alternative zum einseitigen Lehrinhalt bilden, bleibt das Geld vorerst aus, und über dem VSS und dem «Berner Studenten» schwebt die Drohung einer Finanzsperre. Diese Drohung am Beispiel des «Berner Studenten» ist nichts anderes als Zensur.*

*Die Niederlage ist offensichtlich. Was nun?*

*Es gilt weiterzukämpfen, denn die Ziele, eine allen Bevölkerungsschichten offene Hochschule zu schaffen, haben wir nicht geändert. Es gilt weiter, aus der Erfahrung zu lernen, dass Demokratie nur so lange von den Mächtigen geduldet wird, als sie das Bestehende garantiert. Sonst schreiten die Mächtigen unverzüglich ein; den gegenwärtigen Machthabern ist die partielle Abschaffung der Demokratie erlaubt.*

*Fortschrittliche Bildungspolitik kommt nicht an den Machtstrukturen vorbei; sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie Bestandteil einer langfristigen gesellschaftspolitischen Strategie bildet, die diese Machtverhältnisse letztlich umbildet. Davon gilt es in Zukunft auszugehen.* *Hansjakob Baumgartner*

# *Stichwort «Berufsverantwortung»*

*Am ETH-Symposium «Technik für oder gegen den Menschen» fiel am ersten Abend in der Diskussion ein Stichwort, das dann leider nicht mehr weiter aufgenommen und konkretisiert wurde: Berufsverantwortung der technischen Intelligenz.*

*Immer wieder wird ja angesichts bedenklicher Zukunftsperspektiven und drohender Katastrophen an die Verantwortung des einzelnen appelliert, seinen «Erfindergeist», sei es als Konstrukteur, Forscher oder Biotechniker, nach Möglichkeit zum Wohle der Menschheit einzusetzen. Und gleichzeitig wird behauptet, die wirklich einflussreichen Organisationen und Institutionen müssten nach scheinbar unabänderlichen Gesetzen und Zwängen ihre zerstörerische Wachstumspolitik fortsetzen.*

**Gewerkschaft Kultur Erziehung und Wissenschaft** GKEW/ Postfach 725 8022 Zürich

*Doch schon in der Begrüssungsrede warnte ETH-Präsident Prof. Ursprung davor, weitere Bevölkerungskreise für die Problematik zu «sensibilisieren», also auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen. Und nach viertägiger Auseinandersetzung mit Zukunftsperspektiven und Alternativen hatte man für dieses Thema nicht mehr als ein Achselzucken übrig: Das abschliessende Podium unterhielt sich vornehmlich über hochschulinterne Organisationsprobleme.*

*Wer nun aber die Berufsverantwortung ernst nimmt, wird spätestens in der Praxis draussen feststellen, dass er als Arbeitnehmer gar keine echte Verantwortung tragen kann. Denn von der Entscheidung, ob und wieviel der Konzern zum Beispiel in «Intermediate Technology»-Projekte investieren will, erfährt der Ingenieur erst, wenn die Entwicklungsaufträge auf seinem Schreibtisch liegen. Berufsverantwortung ist ein bequemes Schlagwort, wenn man die Tatsache übersieht, dass die grosse Mehrzahl der Hochschulabsolventen in der Praxis als Lohnabhängige tätig sind und auch bei gutem Willen zuallererst für die spezifischen Ziele ihres Arbeitgebers «Verantwortung» zu tragen haben. Dass diese Ziele nach wie vor in der Sicherung «angemessener» Profite bestehen, wurde ja gerade am Symposium wieder deutlich.*

*Andere Schichten von Arbeitnehmern haben längst erkannt, dass neben der Sicherung ihrer materiellen Existenz auch die Uebernahme von Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen und der Gesellschaft nur durch Zusammenschluss in starken Organisationen gewährleistet werden kann. Durch die Solidarität über die Grenzen des Unternehmens hinaus wird also die Möglichkeit erst geschaffen, eine Berufsverantwortung auch wirklich konkret werden zu lassen. Denn was nützt das fundierteste Wissen über Umwelt- und Wachstumsprobleme, wenn man die kritisch und verantwortungsbewusst handelnden Leute mühelos aus wichtigen Positionen entfernen kann – was in der Praxis mehr vorkommt, als allgemein bekannt wird.*

*Während der langen Tradition der Arbeiterbewegung hat die technische Intelligenz stets abseits gestanden und sich in elitären Vereinen organisiert, um ihre Privilegien zu schützen und zu erweitern. Dieses Schema ist nun aber ins Wanken geraten. In den umliegenden Ländern haben schon Tausende von Wissenschaftern und Technikern ihre traditionellen Vorurteile abgelegt und sich gewerkschaftlich organisiert. Darin zeigt sich eine Bereitschaft zur Uebernahme von echter Verantwortung, die weit über verbale Bekenntnisse an akademischen Veranstaltungen hinausgeht. Denn wer ständig von der Verantwortung der Wissenschaft redet, kann eigentlich diese Gesellschaft schon lange nicht mehr verantworten.*

*In der Schweiz hat die GKEW die Initiative ergriffen. Jeder, der seine Berufsverantwortung ernst nimmt, sollte sich also mit dieser Organisation auseinandersetzen.*

*Emil Zopfi*

# 1974: Mitbestimmung verstärken!

Die gesellschaftliche Entwicklung und die Politik auf allen Ebenen wird heute in der Schweiz durch die Gesetzmässigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Eigentumsordnung und ihre Produktionsweise bestimmt.

Die Gemeindepolitik ist nur im Rahmen dieser gesamtschweizerischen politischen Gegebenheiten möglich. Es liegt nicht in ihrer Macht, einen direkten Einfluss auf die Produktionsverhältnisse und Strukturen der bestehenden Wirtschaft zu nehmen. Diese nehmen aber umgekehrt einen grossen Einfluss auf die Gemeindepolitik. Sie bestimmen diejenigen Bereiche, in denen Veränderungen erreicht werden können: die Bereiche der Infrastruktur.

Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen sind erst möglich, wenn das demokratische Entscheidungsprinzip über den politischen Bereich hinaus Gültigkeit erhält und auf die Produktionsverhältnisse und Strukturen unserer Wirtschaft einwirkt. Deshalb ist es notwendig, in die Plattform für die Zürcher Wahlen als erstes die Stellung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zur bürgerlichen Politik im Produktionsbereich und zu den Rechten des Einzelnen am Arbeitsplatz aufzuzeigen.

## Produktionsbereich, Arbeitsplatz

In den letzten Jahrzehnten hat sich zwar die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten verbessert. Ihre Abhängigkeit vom Unternehmer ist jedoch gleich geblieben. Teilweise hat sich die Situation am Arbeitsplatz sogar verschlechtert, weil die Anforderungen immer höher werden, und Gruppen von Arbeitern und Angestellten gegeneinander ausgespielt werden, damit sie ihren eigentlichen Feind, den Arbeitgeber, in Ruhe lassen.

Daraus ergeben sich für die Arbeiterschaft insbesondere folgende Probleme:

1. Am Arbeitsplatz werden durch die Unternehmer künstlich Gegensätze zwischen einzelnen Gruppen der Arbeitnehmer gefördert. Vor allem wird heute versucht, die folgenden Gruppen gegeneinander auszuspielen:

   Schweizer Arbeiter : Fremdarbeiter
   Junge Arbeiter : Aeltere Arbeiter
   Männliche Arbeitnehmer : Weibliche Arbeitnehmer
   Kopfarbeiter : Handarbeiter

2. Bei Entlassungen sind die Arbeitnehmer kaum geschützt. Die Gründe für die Entlassungen sind für die Betroffenen und ihre Gewerkschaften nicht zu ändern, weil sie nicht konsultiert werden und rechtlich in diesen Fragen nichts zu sagen haben.

3. Die Arbeit selbst wird in allen Bereichen immer weniger durchschaubar. Diese Entleerung des Arbeitsprozesses zu völlig entfremdeter Arbeit dehnt sich immer mehr in alle Arbeitsbereiche aus.

   In diesem Zusammenhang ist von uns festzuhalten:

   a) Der Arbeitnehmer verlangt qualifizierte Mitbestimmung in seinem Betrieb auf allen Ebenen.
      Demokratie darf es nicht nur im politischen Bereich geben, sie muss auf den wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt werden. Aus diesem Grund unterstützt die SP die Mitbestimmungsinitiative des SGB, die vom Bürgertum bekämpft wird.

   b) Die Arbeitnehmer brauchen Informationen über die wirtschaftliche Situation ihres Unternehmens, die nicht von den Unternehmern manipuliert werden kann. Nötig sind vor allem Investitionskontrollen, ein besseres Aktienrecht, Anti-Trust-Gesetze und ein anderes Steuersystem.

   c) Alle diese Forderungen dienen letztlich dazu, die bestehenden Machtverhältnisse zu ändern, denn nur durch grundlegende Veränderungen der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Strukturen kann eine Gesellschaft entstehen, in der sich der Mensch nach seinen Neigungen und Fähigkeiten frei zu entfalten vermag. «Die Sozialdemokratische Partei beschränkt sich deshalb nicht auf relative Verbesserungen innerhalb der gegebenen Verhältnisse» (Standortbestimmung der SP des Kantons Zürich vom 1. Februar 1969).

4. Eine wichtige Auswirkung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist für die Schweiz das Fremdarbeiterproblem: Für die SP ist dies derzeit eines der vordringlichsten Probleme. Dabei gehen SP wie der SGB vom Prinzip aus, dass die am wenigsten privilegierten Gruppen besonders unterstützt werden sollen. Vorteile für einzelne Gruppen dürfen nicht auf Kosten von anderen Gruppen erreicht werden. Es geht darum, eine Einheit aller Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber zu erreichen.

(Aus der Wahlplattform 74 der SP der Stadt Zürich)

SP Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich
Engelstrasse 64, 8004 Zürich

Zum Eingehen der Zürcher «AZ»

# Opfer kleinkarierten Gerangels

**Am 31. Dezember dieses Jahres wird die letzte Nummer der Zürcher und der Oberländer «AZ» erscheinen. So beschloss die Generalversammlung der Genossenschaftsdruckerei Zürich (gdz), der Herausgeberin der beiden Arbeiterblätter. Denn Rest der Schweizer Arbeiterpresse wird es wahrscheinlich nicht besser gehen. Im Welschland gibt es schon seit einigen Jahren keine sozialdemokratische Tageszeitung mehr, und der Versuch einer Wochenzeitung («Le Point») musste vor kurzem eingestellt werden. Die Berner «Tagwacht» wird vom 1. Januar an auch nur noch in reduziertem Umfang erscheinen, und bei den andern «AZ»-Zeitungen sind die Defizite zum Teil noch höher als in Zürich, so dass kaum mit deren langfristigem Ueberleben gerechnet werden kann.**

Rekapitulieren wir das kurze Aufleben und die letzten Konvulsionen des 75jährigen Zürcher Arbeiterblattes:

● Im November 1972 startet die «AZ» mit einer *neuen Konzeption:* auf der ersten Seite *brisante Probleme aus dem Lokalbereich* (Schulen, Mieter, Verkehr usw.). Am Donnerstag erscheint die *«Schüler-Zytig»*, am Freitag die *«AZ-Tribüne»*. Die Inserenten reagieren negativ auf diese Neukonzeption: Der Inseratenumfang im Zentralteil sinkt auf die Hälfte des Umfangs von 1970, derjenige im Lokalteil auf ⅔ (vgl. dazu auch den Artikel «Politökonomisches zur politischen Presse», auf dieser Seite, sowie den Kommentar «Pressefreiheit, die ich meine» von Roman Brodmann in «konzept» Nr. 2/6). Anders bei den Abonnenten: Im ersten Halbjahr 73 nimmt zum erstenmal seit einiger Zeit die Zahl der Abonnenten um 5% zu.

● Am 29. August beschliesst der Verwaltungsrat der gdz die *Einstellung der Zeitung* auf Ende Jahr. Das *Defizit* 1974 würde 1 Mio. übersteigen. Bedingung zu einer eventuellen weiteren Herausgabe: Zuschüsse von jährlich 300 000 Franken von der SP sowie von 1 Million vom Bund im Rahmen der Presseförderung.

Eine Grundwelle der *Solidarität mit der Zeitung* bricht aus. Befremdet und empört schicken Leser Unterstützungsbriefe an die Redaktion. Diese eröffnet ein Solidaritätskonto, auf dem auch bald von allen Seiten Beiträge eintreffen. Meist kleine Summen: etwas Erspartes, ein Teil der AHV. Die Arbeiter wollen ihre Zeitung nicht eingehen lassen. *Adolf Muschg, Walter M. Diggelmann, Kurt Marti* schreiben Kolumnen. Ein *Leserkampfkomitee* organisiert Strassenaktionen, druckt Flugblätter, Kleber und Leibchen. Innert eines Monats gewinnt die «AZ» 1400 Neuabonnenten – 20% Mehrauflage.

● Am 29. September findet in Urdorf ein ausserordentlicher SP-Parteitag statt. Eine Sammelaktion unter den Genossen wird beschlossen.

● Am 16. November beschliesst die Generalversammlung der gdz die definitive Einstellung der «AZ». In Aussicht genommen wird die Herausgabe eines parteiinternen Wochenblattes.

Der Ursachen für das Verschwinden der *«Zeitung, die sagt, was los ist»* («AZ»-Werbung), sind viele. Der noch in der Aera des vorherigen Verlagsleiters *Ueli Götsch* und des *Chefredaktors Helmut Hubacher* eingetretene *Rückgang der Abonnentenzahlen*, die *Missgunst der Inserenten* wurden bereits erwähnt. Man sagt sich unter Insidern, dass auch die gdz am Verschwinden der «AZ» nicht ganz unschuldig sei: Befremdlich erscheint z. B., dass die Redaktion bis Mitte 1973 nicht über die tatsächliche Auflage des Blattes orientiert war und nach aussen immer noch mit einer Zahl von ca. 11 000 operiert wurde, obwohl sie nur noch knapp 6000 betrug.

Aber die wirklichen Gründe des Scheiterns liegen tiefer: Die «AZ» passte den Machthabern innerhalb der SP nicht mehr ins Konzept. Denn von der linientreuen Parteizeitung weg hatte sie sich zu einer *Alternativzeitung* entwikkelt, die sich an die gesamte Arbeiterschaft richten wollte, nicht zuletzt an die Jungen. Dass dabei die Zeitungsmacher hin und wieder auch SP-Leute unter Beschuss nahmen, haben diese ihnen nicht vergolten. Sowohl die 65 000 Franken auf dem Solidaritätskonto der Redaktion wie auch die ca. 160 000 Franken, die aus der SP-Aktion zusammenflossen, entstammten nicht dem Geldsäckel finanzkräftiger Genossen. Denn mit ihrem neuen Konzept erfüllte die «AZ» nicht mehr die Funktion, die sie früher einmal hatte: den führenden Köpfen der Partei zu guten Posten zu verhelfen. Dazu war jeder Kompromiss recht gewesen, auch wenn es galt, im kalten Krieg im Kanon mit der bürgerlichen Presse zu singen. Der *«zeitdienst»* zur Lage der «AZ»: *«Die Machthaber in Partei und Gewerkschaft, die einflussreichen Politiker der SP, als deren Organ die ‚AZ' galt und noch gilt, verloren schliesslich das Interesse an der Zeitung.» «Sie wollten zum Zuge kommen. Sie wollten nicht angegriffen werden.» «Und sie wollten sich das Ganze, das ihnen nichts nützte und höchstens dem Ränkespiel um Würde und Amt in den bürgerlichen Institutionen noch Schaden zufügen konnte, nicht noch teures Geld kosten lassen. Das Geld brauchten sie dringend für ihre eigenen Spiele, die Spiele um Macht, die sich Wahlkampf nennen.»*

Was Wunder, dass auch eine Rettung der «AZ» durch ähnliche Intrigen verhindert wurde. Durch die fehlende Solidarität der Genossen mit Rang und Namen, durch Kuhhändel wie denjenigen mit einem Journalisten und Sportwagenfahrer aus dem Bieler Büro Cortesi, der den Basler Andreas Gerwig als Bundesrat zu verkaufen hatte und dafür Aussichten bekam, einmal Chefredaktor einer von einer AG herausgegebenen Wochenzeitung zu werden.

Die Herausgabe einer *Wochenzeitung* fasst nun auch die gdz ins Auge. Unter Fachleuten: *«Eine Totgeburt»* (siehe «Le Point»). Das Wochenblatt soll von 2 Redaktoren, eventuell sogar nur von einem, gemacht werden, denen ½ Schreibkraft und ein Administrator zur Seite stünden. Für Telex, Mitarbeiter, Photoagenturen, Zeitungsabonnemente sind ganze 35 000 Franken im Jahr vorgesehen.

Die «AZ» wäre zu retten gewesen. Der Zürcher Kantonsrat *Franz Schumacher* z. B. hatte ein Konzept für eine Tageszeitung ausgearbeitet, das mit dem gleichen Defizit wie die Wochenzeitung ausgekommen wäre. Nur fehlte die Möglichkeit, dieses in der gdz-Versammlung durchzubringen. Die Mitgliedschaftsanwärter, die die Stimmverhältnisse hätten verändern können, wurden nicht mehr aufgenommen (obwohl eine Genossenschaft laut Gesetz jedermann offensteht). gdz-Verwaltungsratspräsident Hans Storrer: *«Wir wollten doch nicht unterwandert werden!»*

Auch ein Projekt der *Schweizerischen Journalisten-Union* wäre diskussionswürdig gewesen. Es sah vor, die zahlreichen Gewerkschaftszeitungen und die «AZ» zusammenzulegen, wobei die Nachrichten aus den Gewerkschaften jeweils auf Sonderseiten publiziert worden wären. Dieses Konzept hätte der Arbeiterpresse in der deutschen Schweiz zu einer Auflage von mindestens 150 000, im besten Fall jedoch sogar 300 000 verholfen. Eine Arbeitnehmerzeitung hätte somit zum *drittgrössten Organ* nach dem *«Blick»* und dem *«Tages-Anzeiger»* werden können statt zum Opfer einer kleinkarierten Politik.

*Barbara Stein*

## *Die Wunschtraumstrategen*

*Was es auch immer geben mag an kleineren oder grösseren kriegerischen Konflikten dieses Erdballs, egal, an welchem Breitengrad, unter welchen Umständen und mit welchem Ausgang – unsere Militärstrategen sind immer dabei. Auf dem Papier, meine ich. Und ziehen als souveräne Leute vom Fach aus jeder militärischen Lage den zwingenden Schluss von der Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit einer möglichst starken Schweizer Armee. Besonders beliebtes Vergleichsmodell war spätestens seit 1967 der Konflikt im Nahen Osten – und ist es noch immer. Der Kleinstaat Israel, der militärisch bis 1967 unter anderem deshalb nicht umzuwerfen war, weil er über ein Drittel seiner Mittel in die Rüstung steckte, das ist so ganz nach dem Herzen unserer Berufsverteidiger, denen kein Panzer zu viel und kein Flugzeug zu teuer sein kann.*

*Dabei stört keinen die Tatsache absolut unvergleichbarer politischer und geographischer Voraussetzungen. Wer eine Kanone vor dem Kopf hat, der braucht vom möglichen Angreifer keine reale Vorstellung mehr, er ist gewissermassen aus Prinzip umzingelt. Wozu hätte er denn sonst eine Kanone vor dem Kopf? Der Hexenkreis zeichnet den Horizont aller Lagebeurteilungen. Als 1967 die Israelis die Aegypter durch die Wüste jagten, schlugen die Herzen aller Sandkastenstrategen höher, vermutlich bei der Aussicht, es einmal mit den Oesterreichern so zu treiben – oder mit wem denn sonst? Und dass man überlegene Kampfflugzeuge braucht, um sich erfolgreich zur Wehr zu setzen, das wurde damals auch schlagend nachgewiesen. Bis zum Gegenbeweis im Oktober 1973.*

*Aber wer nun etwa denkt, der wesentlich andere Verlauf dieses neusten Krieges hätte irgendeinen Interpreten unserer militärischen Zunft in Verlegenheit gebracht, der hat noch nichts von taktischer Beweglichkeit gehört. Mühelos stilisieren unsere Feld-Herren auch diesen jüngsten Konflikt zum anschaulichen Beweis dessen, was sie immer schon gesagt haben. Und es kümmert sie nicht im geringsten eine Erfahrung, die hier jedem Militärkopf zu denken geben müsste: dass die Geschichte der Territorialkriege zu Ende gegangen ist.*

*Zum ersten Mal hat sich mit solcher Deutlichkeit die segensreiche Ohnmacht der Kleinkriegführenden gezeigt: Politik als Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln, aber wohl doch auch als Möglichkeit friedlicher Kompromisse. Der Kriegstopp am Suezkanal hat zweierlei klargemacht: Die Supermächte lassen erstens Territorialkriege bis zur Erschöpfung der einen oder andern Partei nicht mehr zu, weil jede drohende Entscheidung die Gefahr einer Ausdehnung des Konflikts verschärft, und daraus lässt sich zweitens wieder einmal folgern, was schon lange evident ist: dass die Supermächte eine apokalyptische Machtprobe um jeden Preis vermeiden wollen. Wer aus alledem noch die Notwendigkeit vermehrter militärischer Anstrengungen im Kleinstaat herausdividieren kann, der muss schon ein kleines Genie sein.*

*Etwa wie jener Oberst Meier, der in Avenches aus der drohenden Energiekrise behende die Notwendigkeit einer kavalleristischen Renaissance ableitete.*

*Roman Brodmann*

# Polit-ökonomisches zur politischen Presse

**pf. Der «Zeitungsherbst» schreitet voran. Nach und nach sterben verschiedene Blätter aus: an ihrer Stelle vergrössern sich die Grossen noch etwas mehr oder treten farblose Erzeugnisse, deren einziger Zweck oft darin besteht, Inseratenraum anzubieten. Das sichere oder voraussehbare Eingehen des Hauptteils der sozialdemokratischen Presse in der deutschen Schweiz – Verschwinden der «Zürcher AZ», Kochen auf Sparflamme bei der Berner «Tagwacht» –, sowie das vollständige Fehlen einer linken Tageszeitung im Welschland, lassen ahnen, dass hinter dem Zeitungssterben nicht nur «natürliche Todesursachen» stehen. Am besten scheinen sich diejenigen Gewächse zu halten, die dem rauhen Wind von rechts am meisten Flexibilität entgegenbringen. Der folgende Artikel befasst sich mit den Hintergründen dieser aktuellen Problematik.**

Die Situation der schweizerischen politischen Presse kann man folgendermassen verstehen: Die Presse, gepriesen als *«ein politischer Umweltschutzgarant erster Ordnung»*, krankt an ihren finanziellen Lebensgrundlagen, weil einerseits die Abbaumassnahmen der PTT kostensteigernd wirken (Vertrieb, Umstellung auf Nachtschicht usw.), andererseits weil immer mehr pressefremde Elemente *«am Werbekuchen nagen»* (Gratisanzeiger, Fernsehen, Kabelfernsehen, private und öffentliche Verkehrsmittel usw., später vielleicht auch Radio). Aus dieser Situation leitet sich eine eindeutige *«Bedrängnis der politischen Presse»* her (vgl. NZZ Nr. 261, 8. 6. 1973). Die Aeusserungen im Parlament lassen darauf schliessen, dass man sich in der *Situationsanalyse* einigermassen einig ist. Einigkeit besteht auch darüber, dass der Staat einmal mehr helfend einspringen müsse, und zwar schnell (vgl. Berichterstattung zur Presseförderungsdebatte im Nationalrat).

Leider kommt man beim ganzen Argumentenkatalog nicht um den Eindruck herum, dass hier ein *grundlegend gesellschaftspolitisches Problem auf eine betriebswirtschaftliche Dimension herunterdebattiert* wird. Zwar wurde verschiedentlich – und zu Recht – für den Fall von staatlichen Direktinvestitionen auf die Gefahren hingewiesen, welche sich für die Unabhängigkeit der Presse stellen können. Hingegen fehlen die Stimmen, welche auf die *heute bestehenden Abhängigkeiten* hinweisen würden. Es wird stillschweigend unterstellt, dass die heute (noch) bestehende politische Meinungspresse *unabhängig* und daher förderungswürdig sei. Dies ist keine gesicherte Tatsache, sondern eine Frage, die geklärt werden müsste, bevor konkrete Massnahmen zur Förderung diskutiert werden.

Hier lohnt sich ein Rückgriff auf die theoretische Analyse von *Jürgen Habermas*, die schon 1962 unter dem Titel *«Strukturwandel der Oeffentlichkeit»* publiziert wurde, an Aussagekraft nichts eingebüsst und an Aktualität noch gewonnen hat. Die Berechtigung der politischen Presse leitet sich aus der Zeit der bürgerlichen Revolutionen her. *«In der Phase, da sich die Oeffentlichkeit als eine politisch fungierende durchsetzt, bewahren auch die verlegerisch konsolidierten Verlagsunternehmen ihren Redaktionen jene Art Freiheit, die für die Kommunikation der Privatleute als Publikum im allgemeinen charakteristisch war.»* Eine derart nichtkommerzialisierte Presse blieb durchaus Institution des Publikums: *Gesinnungspresse «im Kampf um den Freiheitsspielraum der öffentlichen Meinung, um Oeffentlichkeit als Prinzip».* Diese Funktion der bürgerlichen Presse wurde erkannt und durch die Pressefreiheitsgarantie schliesslich staatlich geschützt. Erst mit dieser Existenzsicherung konnte die Presse *«die Erwerbschancen eines kommerziellen Betriebes wahrnehmen».*

Die Gesinnungspresse entwickelte sich zur *Geschäftspresse*, welche primär Anzeigenraum als Ware produziert, den sie mittels redaktionellen Teilen verkäuflich macht. *«Seitdem der Absatz des redaktionellen Teiles mit dem Absatz des Annonceanteils in Wechselwirkung steht, wird die Presse, bis anhin Institution der Privatleute als Publikum, zur Institution bestimmter Publikumsteilnehmer als Privatleute – nämlich zum Einfallstor privilegierter Privatinteressen in die Oeffentlichkeit».* Die allgemeinen Tendenzen der Konzentration und Zentralisation haben auch die Presse erfasst. Die Einrichtungen der Presse sind *«zu Komplexen gesellschaftlicher Macht geronnen, so dass gerade der Verbleib in privater Hand die kritischen Funktionen der Publizistik vielfach bedroht(e)»*, denn: *«in dem Masse, in dem aber die Oeffentlichkeit für die geschäftliche Werbung in Anspruch genommen wird, wirken unvermittelt Privatleute als Privateigentümer auf die Privatleute als Publikum ein».* Mit der Weiterentwicklung der *Werbung* für Waren zur gezielten Meinungspflege *(Public Relations)* wird dem Publikum auch noch die Möglichkeit der Erkenntnis dieses Sachverhalts vernebelt. *«Die Werbung darf als Selbstdarstellung eines privaten Interesses gar nicht mehr kenntlich sein. Sie verleiht ihrem Objekt die Autorität eines Gegenstandes öffentlichen Interesses, über das sich, wie es den Anschein haben soll, das Publikum der räsonierenden Privatleute frei seine Meinung bildet.»*

Dieser skizzenhaft dargestellte *politökonomische Hintergrund* müsste auch für die schweizerische Presse untersucht werden. Sollte sich die Unabhängigkeit der schweizerischen Presse als Fiktion erweisen, so reduziert sich das Problem der staatlichen Direktsubventionen und seine Gefahren auf einen blossen Vergleich. Auf die Frage nämlich, welches der beiden Uebel das kleinere, und zwar das politisch kleinere sei. Dass diese tiefere Dimension des Problems aus der parlamentarischen Diskussion ausgeklammert blieb, scheint nicht zufällig. Bundesrat *Celio* hat einen versteckten Hinweis gegeben, als er zu bedenken gab, dass von direkten staatlichen Massnahmen auch Zeitungen profitieren könnten, die *nicht förderungswürdig* seien. Eine solche Bemerkung lässt den hochpolitischen Charakter einer Pressefinanzierung durch die – an sich schon zweifelhaften – Werbebudgets privater Wirtschaftsunternehmen durchschimmern. Sie unterstellt nämlich, dass auf diese Weise finanzierte Presseerzeugnisse von selbst förderungswürdig seien! Das politische Dilemma der Debatte um ein Presseförderungsgesetz wird hier deutlich: eine qualitative Aenderung der bestehenden Ordnung der Pressefinanzierung gefährdet den heute der Oeffentlichkeit schwer einsehbaren *Selektionsmechanismus*, der all jenen Zeitungen (noch) die Existenz sichert, welche sich innerhalb der Abhängigkeit von privaten Werbegeldern «frei» fühlen und innerhalb dieses beschränkten Freiheitsraums durchaus einen gewissen «Meinungspluralismus» pflegen, hingegen denjenigen Zeitungen die Existenz erschwert (wenn nicht ganz verunmöglicht) welche aufgrund ihrer politischen Meinung nicht damit rechnen können, über den Verkauf von Anzeigenraum von der privaten Wirtschaftsmacht belohnt zu werden! Es ist nicht zufällig, dass im Welschland ausgerechnet die sozialdemokratische Zeitung sich nicht mehr hat halten können. Eine Aenderung des heutigen Finanzierungsmechanismus müsste *privatwirtschaftliche Abhängigkeiten mit politischem Gehalt* aufdecken und damit der Oeffentlichkeit einen heute weitgehend verschleierten *undemokratischen Sachverhalt der schweizerischen Innenpolitik* einsichtig machen.

Man kann den Schleier weiterhin belassen, uns beispielsweise ungefragt (!) Werbegewäsch auch noch am Radio und am Sonntag-Fernsehschirm vorsetzen, um damit der Presse mehr aus den alten Finanzquellen zu erschliessen. Oder man könnte den Schleier lüften, um dem Publikum die kritische Sicht auf die jetzigen politisch zweifelhaften Zusammenhänge zu ermöglichen.

*G. Berweger*

## *Habt Mitleid mit den Militärköpfen!*

«Militärköpfe auf wackligen Füssen»,
Konzept Nr. 2/6, November 73

*Epistel uns in unserem redaktionellen Uebereifer zurechtgewiesen. Unzählige Telephone empörter Leser haben es uns zur moralischen Pflicht gemacht, in Sachen Wehrpsychologen etwas zu unternehmen, damit die Kirche mitten im Dorf bleibt. Ein offener Brief an den Vorsteher des EMD schien uns das geeignetste Mittel, eine positive Tat für das Militär zu leisten.*

ECHO

Ein bisschen Verständnis, so scheint mir, dürfte man den höheren Offizieren unserer Armee schon entgegenbringen. Immerhin tun sie ihre Pflicht, wenn sie auch nie einen Dank dafür bekommen und auch nie greifbare Erfolge ernten können, da Kriege in unseren Breitengraden eher selten sind.

*P. H., Bern*

*

*Ihr Brief, lieber Herr P. H., war für die Redaktion ein Wecksignal. Eindrücklicher als Dutzende von anderen Zuschriften zu diesem Thema hat Ihre*

### *Offener Brief an den Vorsteher des EMD*

*Sehr geehrter Herr Bundesrat,*

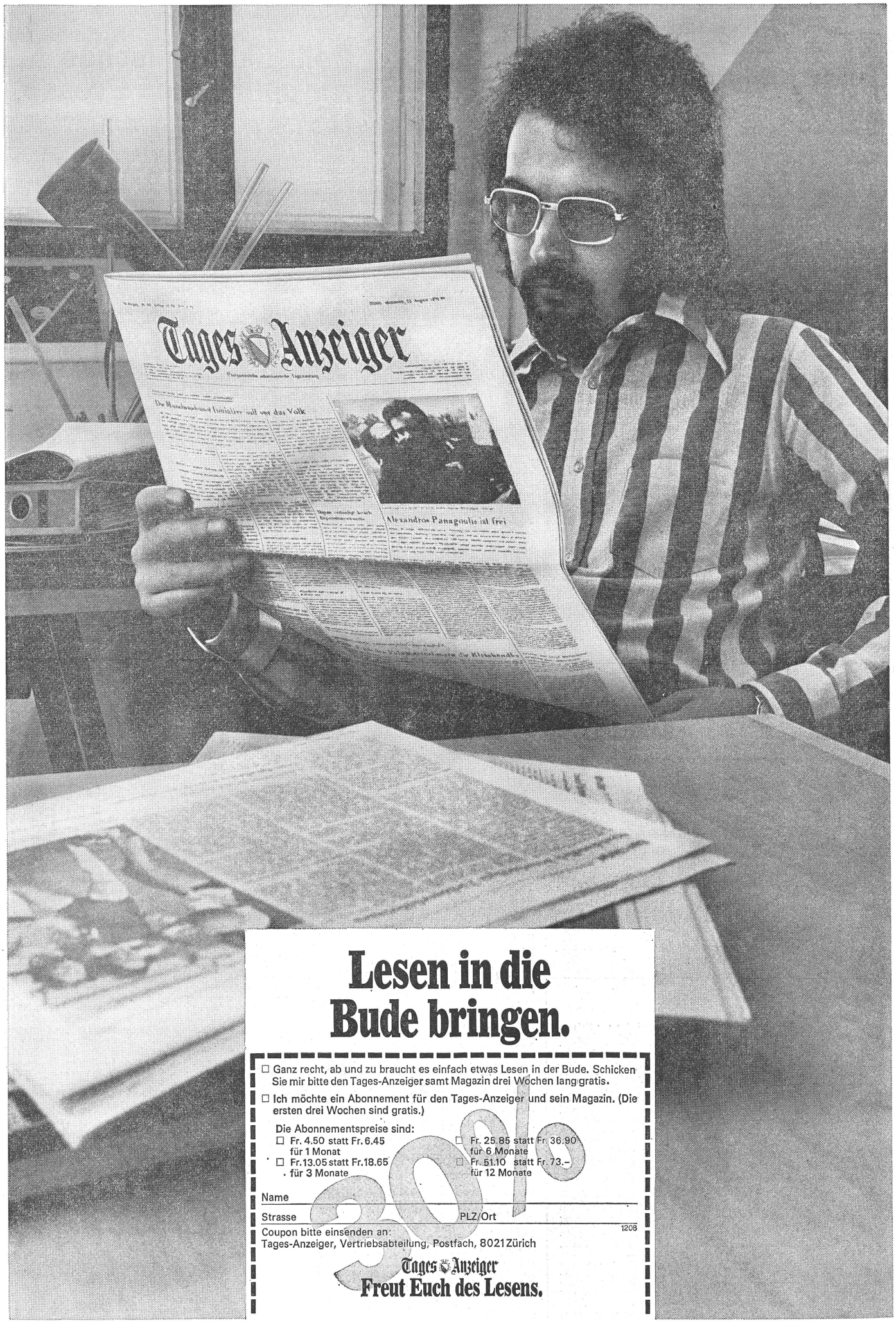
*die Schweiz wurde bekannterweise seit einigen Jahrzehnten vor Kriegen verschont. Offensivkriege darf sie – zumindest auf militärischem Sektor – wegen ihrer Neutralitätspflicht keine führen. Für die militärische Führungsspitze unseres Landes fehlt also jede Gelegenheit, sich irgendwie im direkten Kampf gegen den Feind auszuzeichnen.*

*Wie wir feststellen müssen, ist dieser Mangel für den einen oder anderen Offizier recht schmerzhaft, steht doch aus diesem Grund auch keine der von ausländischen Kollegen so begehrten Kriegsauszeichnungen in Aussicht. Oberst Emil Brun, stellvertr. Direktor der Abt. für Militärwissenschaften der ETH Zürich, erklärte einmal in einem Vortrag vor Waffenplatzpsychiatern: «Man kann sich auch sagen, wenn wir schon nicht Gelegenheit haben, unseren Enkeln einige Kriegsauszeichnungen zu hinterlassen – ein hübsch eingerahmter Angriff aus einer Zeitung, auf feldgrauem Grund beispielsweise, der zeigt, dass der Grossvater noch einer war, der sich wenigstens in der Oeffentlichkeit für seine Sache schlug, wird bei den Nachkommen mindestens so viel Hochachtung bewirken wie verblasste Orden.»*

*Wir möchten Ihnen vorschlagen, diesem Mangel abzuhelfen. Denn an Feinden fehlt es ja nicht, zumindest nicht an Feinden der Armee. Wir schliessen uns deshalb der Meinung von Oberst i Gst Emil Brun an und bitten Sie mit Nachdruck um die Schaffung eines Ordens für erfolgreich bestandene Zeitungsangriffe. Der Orden könnte an diejenigen Offiziere abgegeben werden, die sich in irgendeinem Zusammenhang einer Kritik der Presse ausgesetzt sehen. Gleichzeitig liesse sich damit den von EMD-Pressechef Mörgeli als unsachlich bezeichneten Blättern eins auswischen, die sich ja meistens zum Sprachrohr solcher Kritik machen.*

*Wir bitten Sie: Bleiben Sie dem Appell eines hohen Schweizer Offiziers gegenüber nicht taub! Die Schaffung dieses Ordens könnte z. B. eine würdige letzte Leistung vor Ihrem Austritt aus unserer obersten Landesbehörde darstellen. Nach der Kavallerieabschaffung und dem Corsair-Debakel eine Tat, die sicher vom Schweizervolk positiv gewertet würde.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung grüsst Sie Ihre Redaktion «konzept»*





# Lesen in die Bude bringen.

☐ Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazin drei Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

☐ Fr. 4.50 statt Fr. 6.45 für 1 Monat

☐ Fr. 13.05 statt Fr. 18.65 für 3 Monate

☐ Fr. 25.85 statt Fr. 36.90 für 6 Monate

☐ Fr. 51.10 statt Fr. 73.– für 12 Monate

30%

Name

Strasse PLZ/Ort

1208

Coupon bitte einsenden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

Tages Anzeiger
**Freut Euch des Lesens.**